



Stadtratssitzung

Donnerstag, 17.12.2020, 17.00 Uhr und 19.35 Uhr

Bern-Expo Halle 4.1 (Festhalle)

Traktanden	Geschäftsnummer
1. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Unübersichtliche Verkehrsverhältnisse wegen Pop-Ups (SUE: Reto Nause)	2020.SR.000371
2. Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Pop-Ups – Konkurrenz für Berner Restaurants statt Platz ohne Konsumzwang für alle? (SUE: Reto Nause)	2020.SR.000372
3. Kleine Anfrage Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Thomas Glauser (SVP): Missglückter Wettbewerb und Jurierung beim Tierparklift: Mit welchen Kostenfolgen ist zu rechnen? Was für Konsequenzen zieht die Stadt aus den Fehlern? (SUE: Reto Nause)	2020.SR.000373
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Niklaus Mürner, SVP): Mehrverschuldung von Fr. 430 Millionen: Wann und wem war dies bereits bekannt? Warum wurde dies erst nach den Wahlen kommuniziert? (FPI: Michael Aebersold)	2020.SR.000374
5. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Wieso bleibt das Zeichen des ewigen Friedens in der Nacht stumm? (SUE: Reto Nause)	2020.SR.000375
6. Wahl in Schulkommission (Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
7. Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle, die Whistleblowing-Meldestelle und die Datenschutz-Aufsichtsstelle der Stadt Bern (Ombudsreglement; OSR; SSSB 152.07); Änderungsantrag der Aufsichtskommission; Zuweisung zur Vorberatung (Büro)	2020.SR.000369
8. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Marianne Schild (GLP): Themen der Wirtschaft – mehr Gewicht im Berner Stadtrat; Zuweisung zur Vorberatung (Büro)	2020.SR.000265
9. Legislaturrichtlinien 2017–2020; Schlussbericht (AK: Nadja Kehrl / PRD: Alec von Graffenried)	2016.PRD.000036
10. Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Karin Gasser, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (2) vom 6. September 2007: Energieeffiziente Überbauungsordnungen; Abschreibung (PVS: Katharina Gallizzi / PRD: Alec von Graffenried) <i>verschoben vom 19.11.2020</i>	2007.SR.000278
11. Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL): Förderung der Medienvielfalt in der Stadt Bern (PRD: Alec von Graffenried)	2020.SR.000349

12. Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, BDP/CVP (Daniel Egloff, PdA/Isabelle Heer, BDP/Claudio Fischer, CVP/Manfred Blaser, SVP): Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!; Abschreibung (PVS: Marieke Kruit / Ursula Wyss) *verschoben vom 19.11.2020* 2015.SR.000284
13. Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GFL/EVP, SVP (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Alexander Feuz, SVP): Wie löst die Stadt Bern die Problematik der Schulraumknappheit im Schulkreis Länggasse-Felsenau rasch? (BSS: Franziska Teuscher) 2020.SR.000342
14. Kommunale Corona-Notunterstützung für die notleidende Wirtschaft in Form einer Mietzinshilfe für Geschäftsräumlichkeiten; Konzept und Nachkredit (SBK: Tom Berger / PRD: Alec von Graffenried) 2020.PRD.000069

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 21	1077
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr.....	1080
Mitteilungen der Vorsitzenden	1081
Traktandenliste.....	1082
1 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Unübersichtliche Verkehrsverhältnisse wegen Pop-Ups.....	1083
2 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Pop-Ups – Konkurrenz für Berner Restaurants statt Platz ohne Konsumzwang für alle?	1083
3 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Thomas Glauser (SVP): Missglückter Wettbewerb und Jurierung beim Tierparklift: Mit welchen Kostenfolgen ist zu rechnen? Was für Konsequenzen zieht die Stadt aus den Fehlern?	1084
4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Niklaus Mürner, SVP): Mehrverschuldung von Fr. 430 Millionen: Wann und wem war dies bereits bekannt? Warum wurde dies erst nach den Wahlen kommuniziert?	1084
5 Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Wieso bleibt das Zeichen des ewigen Friedens in der Nacht stumm?	1085
6 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl)	1085
7 Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle, die Whistleblowing-Meldestelle und die Datenschutz-Aufsichtsstelle der Stadt Bern (Ombudsreglement; OSR; SSSB 152.07); Änderungsantrag der Aufsichtskommission; Zuweisung zur Vorberatung	1086
8 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Marianne Schild (GLP): Themen der Wirtschaft – mehr Gewicht im Berner Stadtrat; Zuweisung zur Vorberatung	1086
9 Legislaturrichtlinien 2017 – 2020; Schlussbericht	1086
10 Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Karin Gasser, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (2) vom 6. September 2007: Energieeffiziente Überbauungsordnungen; Abschreibung	1092
11 Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL): Förderung der Medienvielfalt in der Stadt Bern.....	1094

12	Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, BDP/CVP (Daniel Egloff, PdA/Isabelle Heer, BDP/Claudio Fischer, CVP/Manfred Blaser, SVP): Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!; Abschreibung	1104
	Präsenzliste der Sitzung 19.35 bis 21.40 Uhr	1105
	Mitteilungen der Vorsitzenden	1106
14	Kommunale Corona-Notunterstützung für die notleidende Wirtschaft in Form einer Mietzinshilfe für Geschäftsräumlichkeiten; Konzept.....	1106
13	Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GFL/EVP, SVP (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Alexander Feuz, SVP): Wie löst die Stadt Bern die Problematik der Schulraumknappheit im Schulkreis Länggasse-Felsenau rasch?	1123
	Traktandenliste	1127
	Eingänge.....	1128

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Barbara Nyffeler

Anwesend

Mohamed Abdirahim
 Sophie Achermann
 Timur Akçasayar
 Katharina Altas
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Elisabeth Arnold
 Oliver Berger
 Tom Berger
 Lea Bill
 Laura Binz
 Gabriela Blatter
 Regula Bühlmann
 Michael Burkard
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Rafael Egloff
 Bernhard Eicher
 Sibyl Martha Eigenmann
 Claudine Esseiva
 Alexander Feuz
 Barbara Freiburghaus
 Katharina Gallizzi

Eva Gammenthaler
 Lionel Gaudy
 Thomas Glauser
 Hans Ulrich Gränicher
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Michael Hoekstra
 Thomas Hofstetter
 Matthias Humbel
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Irène Jordi
 Nadja Kehrli-Feldmann
 Ingrid Kissling-Näf
 Philip Kohli
 Eva Krattiger
 Marieke Kruit
 Nora Krummen
 Maurice Lindgren
 Peter Marbet

Szabolcs Mihalyi
 Patrizia Mordini
 Seraina Patzen
 Tabea Rai
 Daniel Rauch
 Simon Rihs
 Sarah Rubin
 Rahel Ruch
 Michael Ruefer
 Kurt Rügsegger
 Remo Sägesser
 Marianne Schild
 Edith Siegenthaler
 Ursula Stöckli
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Ayse Turgul
 Johannes Wartenweiler
 Janosch Weyermann
 Manuel C. Widmer
 Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Devrim Abbasoglu-Akturan
 Diego Bigger
 Milena Daphinoff
 Joëlle de Sépibus

Vivianne Esseiva
 Ueli Fuchs
 Brigitte Hilty Haller
 Fuat Köçer

Simone Machado
 Daniel Michel
 Niklaus Mürner
 Zora Schneider

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD

Michael Aebersold FPI

Franziska Teuscher BSS

Entschuldigt

Ursula Wyss TVS

Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Ratssekretärin
 Marianne Hartmann, Protokoll

Sabrina Hayoz, Ratsweibelin
 Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichteremann, Stadtschreiber

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen der Vorsitzenden

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Für die heutige Sitzung habe ich zwei Rücktrittsschreiben erhalten. Ich verlese zunächst das Schreiben von **Devrim Abbasoglu-Akturan**: «Wenn mir jemand vor etwa 19 Jahren gesagt hätte, dass ich in der Schweiz für eine Weile Teil der kommunalen Politik sein werde, hätte ich wahrscheinlich nur gelacht. Ich bin vor 19 Jahren als Flüchtling nach Bern gekommen. Die Begriffe «Röstigraben» oder «Chuchichäschtli» klangen wie Chinesisch in meinen Ohren. Meine Wurzeln stammen aus der kurdischen Stadt Baskale, einer armen Gegend an der Grenze der Türkei zu Iran. Hier in Bern habe ich mein Leben fortgesetzt und weiterstudiert, hier gehe ich meiner Arbeit nach und ziehe meine kleine Tochter gross. Hier in Bern war ich auch zweieinhalb Jahre Stadträtin und heute möchte ich mich von diesem Lebensabschnitt und von euch, werte Kolleginnen und Kollegen, verabschieden.

Ich finde das Leben interessant: Wohin führen uns unsere Wege? Welche Leute kreuzen wir unterwegs? Welche Aufgaben erwarten uns? In der kurzen Zeit im Parlament war ich Präsidentin der Agglomerationskommission, ich war Teil der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS). Am besten hat mir natürlich die Arbeit in der PVS gefallen, da ich als Architektin mehrheitlich mit Stadtplanung, Arealentwicklung und Stadterneuerungsthemen beschäftigt bin. Für meine Arbeit ist es notwendig, die Erwartungen und Forderungen der Nutzerinnen und Nutzer zu kennen. Gemäss meinem Verständnis machen die Gemeinsamkeiten und nicht die Unterschiede unsere Stadt aus. Wir kommen zusammen, egal wie unterschiedlich wir sind, und leben zusammen, entweder nebeneinander oder miteinander. Ich erkenne immer wieder aufs Neue: Eine Stadt, in der die Menschen zusammen und miteinander leben, bietet eine stabile Zukunft. Dies erleben wir gerade während der Coronakrise. Ich mag das Wort «Stadtentwicklung», da es eine Vision erfordert. Ich wünsche mir, wie viele in diesem Saal, ein Bern mit begehbaren Stadtlandschaften mit hoher Lebensqualität. Ich sehe, dass sehr viel Arbeit auf unsere Planerinnen und Planer zukommt. Darauf freue ich mich. Die Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt setzt aber in erster Linie die Politik. Fordert bitte von uns Architektinnen und Architekten das Unmögliche, so werden wir wenigstens das Bestmögliche schaffen. Uns mit dem gut Machbaren zu begnügen wäre doch die falsche Richtung.

Mir ist bewusst, dass es in der Stadt Bern und in diesem Parlament noch sehr viel zu erreichen gibt. Ich hätte mich sehr gerne stärker engagiert, aber ich muss leider aus zeitlichen Gründen aufhören. Ich werde mich freuen, wenn unsere Wege sich wieder kreuzen, sei es beim Verein Gastwerk oder im Haus der Religionen beim Alevitischen Kulturverein oder, wer weiss, vielleicht bei einer planerischen Aufgabe oder sonst irgendwo. Ein ganz besonderer Dank geht an meine Fraktion für die tolle Zusammenarbeit. Ein Teil dieser Fraktion zu sein, war wirklich schön. Ich danke euch allen für die gemeinsame Zeit und vor allem dafür, dass ihr euch weiter für die Bernerinnen und Berner engagiert. In diesem Sinne bis bald und uf wiederluege.»

Applaus.

Devrim Abbasoglu ist erkältet und musste sich daher von der heutigen Sitzung abmelden. Vielleicht verfolgt sie die Stadtratssitzung per Livestream. Als nächstes verlese ich das Rücktrittsschreiben von **Sophie Achermann**: «Nach wenigen Monaten lege ich mit Bedauern mein Amt als Stadträtin nieder. Jede Person, die sich aktiv an der Erziehung von Kindern beteiligt, wird wissen, dass die Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie eine riesige Herausforde-

rung ist. Meine familiären und beruflichen Verpflichtungen erschweren es mir, mein Stadt- ratsmandat verantwortungsvoll wahrzunehmen. Ich werde mein politisches Engagement je- doch in meinem Beruf weiterführen und mich dort für die Gleichstellung der Geschlechter ein- setzen. Ich möchte mich bei meiner Fraktion für die Unterstützung und das Verständnis be- danken. Ich freue mich, zu sehen, wie dieser Rat sich verändert und eine schweizweit einma- lige 70%-Frauenmehrheit aufweist. Ich freue mich auf mutige Entscheide und überparteiliche Zusammenarbeit und ich hege die Hoffnung, dass die Modernisierungsprozesse voranschrei- ten, damit es in Zukunft auch Personen mit intensiven Betreuungsaufgaben möglich sein wird, sich an der Parlamentsarbeit zu beteiligen. Ich ziehe meinen Hut vor allen, die dieser Drei- fachbelastung gewachsen sind, und möchte mich gerne bei allen für ihr Engagement für die Stadt Bern bedanken.»

Applaus.

Die heutige Sitzung ist die letzte dieser Legislatur und viele weitere Stadtratsmitglieder sind heute ebenfalls zum letzten Mal dabei. Ich möchte die Verabschiedungen daher alle am Schluss der zweiten Sitzung vornehmen und bitte Sie, um 21.30 Uhr nicht davon zu springen, sondern noch ein wenig zu bleiben. Durst werden Sie nicht haben müssen. Wie angekündigt wird ein «Apéro pauvre» offeriert, denn einen «Apéro riche» können wir leider nicht durchfüh- ren. Wir haben Foodbags vorbereitet und werden diese in der Pause verteilen. Verzehren Sie aber nicht gleich alles, damit Sie noch etwas übrig haben, wenn wir zum eigentlichen Apéro schreiten. Wir wollten, dass die Ambiance heute nicht ganz so nüchtern ist wie sonst, da wir uns unter anderem auch von Gemeinderätin Ursula Wyss verabschieden werden. Ich habe daher die Halle leicht dekorieren lassen.

Weiter weise ich Sie wie zu Beginn jeder Sitzung darauf hin, dass Sie zu Hause bleiben sol- len, wenn Sie Krankheitssymptome haben. Aus Respekt gegenüber Ihren Kolleg*innen bitte ich Sie sodann, auch am Platz eine Gesichtsmaske zu tragen, auch wenn dies gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.

Schliesslich erinnere ich daran, dass die Ratssekretärin, Nadja Bischoff, im Januar aus ihrem Mutterschaftsurlaub zurückkehren wird. Sie übernimmt dannzumal wieder die Leitung des Ratssekretariats. Alle Fragen, die die Stadtratssitzungen ab dem 21. Januar 2021 betreffen, richten Sie bitte von jetzt an wieder direkt an Nadja Bischoff. Die stellvertretende Ratssekretä- rin, Jacqueline Cappis, wird ab dem kommenden Jahr wieder für die AK und die SBK zustän- dig sein. Ihren Einsatz als Ratssekretärin werde ich am Schluss der zweiten Sitzung verdan- ken.

Traktandenliste

Marianne Schild (GLP): Die zweite Sitzung heute Abend wird wegen der Corona-Massnahmen respektive wegen Traktandum 14 durchgeführt. Ich stelle den **Ordnungsantrag**, dass wir die- ses Geschäft vorziehen und am Anfang der zweiten Sitzung, also um 19.30 Uhr, behandeln, falls wir nicht schon in der ersten Sitzung damit beginnen. Natürlich soll anschliessend bis 21.30 Uhr weitergearbeitet werden, falls wir nicht vorher mit allen Traktanden fertig sind.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Schild einstimmig zu. (55 Ja, 0 Nein) *Abst.Nr. 003*

2020.SR.000371

1 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Unübersichtliche Verkehrsverhältnisse wegen Pop-Ups

Regula Bühlmann (GB): Wir sind nicht glücklich mit der Antwort des Gemeinderats, sie ist ein wenig lausig. Es wird gekonnt an den Fragen vorbeimanövriert. Ich habe nicht nach der Rettungsgasse gefragt, sondern ich wollte wissen, wie gross der Abstand der Pop-Ups oder der temporären Bauten zu den Strassen sein muss. Dazu wird nichts gesagt. Stattdessen schreibt der Gemeinderat, das Ganze sei legal, sonst wäre es nicht bewilligt worden, und man habe es bewilligt, weil es legal sei. Die Begründung ist ein bisschen zirkulär und wenig aufschlussreich. Die Verkehrssituation wird dadurch nicht übersichtlicher.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2020.SR.000372

2 Kleine Anfrage Fraktion GB/JA! (Regula Bühlmann, GB): Pop-Ups – Konkurrenz für Berner Restaurants statt Platz ohne Konsumzwang für alle?

Regula Bühlmann (GB): Auch mit der Antwort auf diese Anfrage sind wir nicht zufrieden. Wir haben den Eindruck, dass uns der Gemeinderat Sand in die Augen streuen will. Es heisst, das Gewerbe profitiere von den Pop-Ups. Ich habe aber nicht nach dem Gewerbe generell gefragt, sondern nach der Gastronomie. Dazu wissen wir nach wie vor nicht mehr als das, was wir in der Zeitung lesen können. Es scheint, dass die Gastronomie nicht so glücklich ist über die Pop-Ups, was wir durchaus nachvollziehen können. Amüsant finde ich das formulierte Ziel: Es wird ausgeführt, die Pop-Ups stünden im öffentlichen Raum, damit junge Leute einen Platz hätten, um sich ohne Konsumzwang treffen zu können. Der fehlende Konsumzwang ist vielleicht ein Ziel des Gemeinderats, aber ganz sicher nicht das Ziel der Pop-Up-Anbieter*innen. Ich habe heute mit einem der Betreibenden telefoniert und er sagte mir klar, dass sie das Angebot nicht betreiben können, wenn sie die 50 Plätze nicht mit konsumierenden Personen besetzen können. Weiter ging aus dem Gespräch klar hervor, dass ein Tisch mit Personen, die nichts konsumieren wollen, nach ein paar Minuten geräumt wird. Bitte seien Sie wenigstens ehrlich und sagen Sie, dass das erwähnte Ziel wohl nicht eingehalten werden kann. Auch nach den vorliegenden Antworten finden wir die Pop-Ups sinnlos, und zwar nicht nur wegen der Corona-Pandemie, sondern aus ganz grundsätzlichen Überlegungen. Wir hoffen sehr, dass es sich der Gemeinderat beim nächsten Mal nochmals überlegt, bevor er alle Freiräume in der Stadt mit Betrieben belegt, bei welchen man etwas konsumieren muss und die kommerziell sind. Ich höre aus Ihren Zwischenrufen, dass Sie wissen wollen, welche Betriebe dies sind. Dazu sage ich nur so viel: Es gibt in der Stadt insgesamt drei solcher Pop-Ups. Ich möchte niemanden davon herauspicken und anprangern. Schauen Sie selber nach und probieren Sie es aus.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2020.SR.000373

**3 Kleine Anfrage Alexander Feuz, Hans Ulrich Gränicher, Thomas Glauser (SVP):
Missglückter Wettbewerb und Jurierung beim Tierparklift: Mit welchen Kosten-
folgen ist zu rechnen? Was für Konsequenzen zieht die Stadt aus den Fehlern?**

Alexander Feuz (SVP): Die Antworten des Gemeinderats auf meine beiden Kleinen Anfragen grenzen an Arbeitsverweigerung. Man wollte zu den von mir gestellten Fragen nicht Stellung nehmen. Ich schliesse mich meiner Vorrednerin an und finde es eine Frechheit, wie die Fragen beantwortet wurden. Zuerst wollte der Gemeinderat diese beiden Anfragen heute überhaupt nicht beantworten. Nun hat er sie doch noch beantwortet, aber eben lausig. Ein solches Vorgehen ist höchst unsorgfältig.

Es ist eine Katastrophe, wenn man einen Wettbewerb lanciert und das Siegerprojekt die Grundvoraussetzungen gar nicht erfüllt. Wir haben nachgefragt, wie man so etwas in Zukunft verhindern will. In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat: «Der Gemeinderat ist immer bestrebt, Wettbewerbe so durchführen zu lassen, dass ein Abbruch nicht nötig wird. Verbesserungsvorschläge werden laufend geprüft...». Mit anderen Worten: Man hat sich nicht einmal richtig mit dem Thema auseinandergesetzt. Es ist dem Gemeinderat offenbar egal, denn die Kasse des Tierparks muss das Ganze bezahlen. Der Rest interessiert ihn nicht. Der Tierpark erhält auch von uns Geld und dient auch uns. Es ist frech und arrogant, eine solche Antwort zu geben und auf diese Weise zu einem solchen Problem Stellung zu nehmen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2020.SR.000374

**4 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Niklaus Mür-
ner, SVP): Mehrverschuldung von Fr. 430 Millionen: Wann und wem war dies be-
reits bekannt? Warum wurde dies erst nach den Wahlen kommuniziert?**

Alexander Feuz (SVP): Ich verweise auf meine Ausführungen zum vorherigen Traktandum. Das Motto des Gemeinderats scheint zu lauten: «Will ich nicht, dann kann ich nicht». In der Antwort des Gemeinderats ist zu lesen, das Ganze stehe im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP). Lesen Sie die Stellungnahme des Finanzdirektors. Man verkündet grossartig, beim Kanton sei es noch viel schlimmer und die Stadt Bern stehe gut da. Das Ganze wurde vor den Abstimmungen bewusst verschwiegen. Entscheidend ist, dass man es schon vorher wusste, aber nicht sagen wollte. Als Oppositionspartei haben wir auf gewisse Dinge hingewiesen und gewarnt, dass es nicht gut herauskommt. Wir haben Vorschläge gemacht, wo man sparen könnte, aber es ist nichts passiert. Wir werden an diesen Themen dran bleiben und weiterhin unbequem sein. Wenn Kleine Anfragen auf diese Art und Weise beantwortet werden und der Gemeinderat so vorgeht, hoffe ich, dass der Leser merkt, wie der Gemeinderat kommuniziert und wie die aktuelle Situation aussieht. «Tarn und Täuschung» haben wir wohl im Militär beide gelernt.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Ich bitte Sie, Ihr Votum zu beenden.

Alexander Feuz: «Tarn und Täuschung» ist auch das Motto des Gemeinderats. Ich habe festgestellt, dass der Finanzdirektor, der selber auch im Militär war, dieses Motto von dort mitgenommen und in der Stadt Bern angewendet hat.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich erlaube mir, auf das Geschäftsreglement des Stadtrats zu verweisen. Wir haben diese Kleinen Anfragen beantwortet, obwohl wir dies noch nicht heute hätten tun müssen, damit Sie die Geschäfte noch in diesem Jahr behandeln können. Wir sind Ihnen damit also entgegengekommen. Sodann handelt es sich bei Kleinen Anfragen nicht um Interpellationen, weshalb sie knapp und im Rahmen des Möglichen beantwortet werden. Sie können jederzeit eine Interpellation einreichen. Danke für alle Adjektive, mit welchen Sie uns heute bedacht haben. Ich habe keine der heute vorliegenden Kleinen Anfragen beantwortet, aber ich bitte Sie, sich im Ton zu mässigen. Wir bemühen uns, uns dort zu verbessern, wo wir dies können, und unser Ziel ist es nicht, die Arbeit zu verweigern oder gegenüber dem Stadtrat arrogant zu erscheinen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2020.SR.000375

5 Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Wieso bleibt das Zeichen des ewigen Friedens in der Nacht stumm?

Oliver Berger (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage zur Friedenskirche. Ich stelle fest, dass der Kirchgemeinderat der Friedenskirche im Streit um das nächtliche Geläut leider und unverständlicherweise keinen Gebrauch von der Verhandlungslösung der Stadt gemacht hat. Der vorgeschlagene Kompromiss der Stadt, das Läuten in der Nacht auf den Stundenschlag zu reduzieren, wäre aus meiner Sicht eine pragmatische und breit akzeptierte Lösung. Es kann nicht sein, dass Personen, die erst gerade in dieses Quartier neben die Friedenskirche gezogen sind, eine Lärmklage einreichen und dabei vielleicht insgeheim darauf hoffen, der Wert ihrer soeben gekauften Liegenschaft steige dadurch an. Das Vorgehen ist vor allem auch deshalb stossend, weil die objektiven Lärmgrenzwerte sogar eingehalten wären. Der Stundenschlag auch in der Nacht gibt vielen Leuten trotz allem eine Struktur und ein Gefühl der Vertrautheit oder Verbundenheit. Gerade das Zeichen des ewigen Friedens, das die Friedenskirche darstellt, dürfte nach meinem Dafürhalten auch weiterhin mindestens einmal pro Stunde durch die Nacht läuten. Mit der Antwort des Gemeinderats bin ich zufrieden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2017.BSS.000014

6 Wahl in Schulkommission (Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl)

1. Frau Sandra Tomljenovic ist am 31. Januar 2020 als Mitglied der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wählt als neue Vertretung der Schulkommission Mattenhof-Weissenbühl per sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2021: Herr Odilo Abgottspon (SP), 1956, Niggelerstrasse 16, 3007 Bern, Gymnasiallehrer.

2020.SR.000369

7 Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle, die Whistleblowing-Meldestelle und die Datenschutz-Aufsichtsstelle der Stadt Bern (Ombudsreglement; OSR; SSSB 152.07); Änderungsantrag der Aufsichtskommission; Zuweisung zur Vorberatung

Antrag Büro des Stadtrats

Der Stadtrat überweist die beantragte Teilrevision des Reglements über die Ombudsstelle, die Whistleblowing-Meldestelle und die Datenschutz-Aufsichtsstelle der Stadt Bern; Änderungsantrag der Aufsichtskommission, zur Vorberatung und Antragstellung an die Aufsichtskommission.

Bern, 30. November 2020

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Zuweisung des Geschäfts an die AK zu. (52 Ja, 1 Nein) *Abst.Nr. 004*

2020.SR.000265

8 Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Marianne Schild (GLP): Themen der Wirtschaft – mehr Gewicht im Berner Stadtrat; Zuweisung zur Vorberatung

Antrag Büro des Stadtrats

Der Stadtrat überweist die Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats, Änderungsantrag Marianne Schild (GLP): Themen der Wirtschaft - mehr Gewicht im Berner Stadtrat vom 20.08.2020 zur Vorberatung und Antragstellung an die Sonderkommission «Neue Stadtverwaltung Bern 2022».

Bern, den 30. November 2020

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Zuweisung des Geschäfts an die Sonderkommission NSB2022 zu. (50 Ja, 2 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 005*

2016.PRD.000036

9 Legislaturrichtlinien 2017 – 2020; Schlussbericht

Gemeinderatsantrag

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2017–2020 des Gemeinderats.

Bern, 17. Juni 2020

Sprecherin AK *Nadja Kehrli* (SP): Um überhaupt über den Schlussbericht referieren zu können, muss ich ein wenig ausholen und mit den Legislaturrichtlinien beginnen. Diese stellen einen Schwerpunkt des Gemeinderats für die laufende Legislatur dar und sind kein strategisches Papier. Es handelt sich um eine Stossrichtung, in die sich der Gemeinderat in den letzten vier Jahren ausserhalb des «courant normal» bewegt hat. Im 2017 wurden die Richtlinien

der AK als zuständiger Kommission sowie dem Stadtrat präsentiert, und zwar in einheitlicher Form und nicht als Katalog von Einzelmassnahmen. Dies wird auch beim Lesen des Schlussberichts deutlich. Die einheitliche Form macht es ein bisschen schwieriger, konkrete Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu ziehen. Bereits bei der Präsentation der Legislaturrichtlinien musste die AK sehr viele Nachfragen stellen und es waren von Seiten des Gemeinderats einige Konkretisierungen notwendig, damit das Ganze für die AK fassbar wurde. In der Stadtratsdebatte zu den Legislaturrichtlinien im 2017 wurde mehrfach erwähnt, dass man hoffe, das Papier werde nicht zu einem Schubladentiger. Die AK nahm die Legislaturrichtlinien ernst und liess sich den Stand der Umsetzung anlässlich ihrer Delegationsbesuche jährlich erläutern. Zum Schlussbericht: Das Motto und der Schwerpunkt der Legislaturrichtlinien lauten: «Stadt der Beteiligung». Dies wird auch im Schlussbericht deutlich. Der Gemeinderat wollte diesbezüglich möglichst viel erreichen. Sein Ziel war, dass sich die Bevölkerung vermehrt an der Entwicklung und Gestaltung der Stadt beteiligt. Regula Buchmüller, Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik (Austa) in der PRD, und der Stadtpräsident legten schon 2017 in der AK respektive im Stadtrat dar, dass es nicht darum gehe, jede Massnahme zu evaluieren. Die Legislaturrichtlinien sollen vielmehr die Grundidee vermitteln und eine Motivation darstellen.

Aufgrund der einheitlichen Fassung des Berichts stellte die AK wiederum viele Fragen und liess den Gemeinderat einzelne Ziele konkretisieren. Wir wollten nachvollziehen können, welche Punkte der Legislaturrichtlinien erreicht wurden und welche nicht, woran die Erfolge gemessen wurden und weshalb sich gewisse Ziele nur teilweise oder nicht auf Zielkurs befinden. Wir haben genau hingeschaut, waren kritisch und haben viele Fragen zu einzelnen Zielen gestellt. Dazu ist zu sagen, dass es im Bericht an vielen Stellen um Grundprinzipien oder grundsätzliche Themen und um gesellschaftspolitische Fragen geht, die nicht messbar sind. Weiter ist grundsätzlich festzuhalten, dass viele Ziele erreicht wurden. Bei vielen Punkten erfolgte ein Anstoss in die gewünschte Richtung, aber die Prozesse sind noch in Gang und dauern über die laufende Legislatur hinaus. Das Motto «Stadt der Beteiligung», das sich der Gemeinderat über alle Legislaturziele gesetzt hat, sei ein Ziel, das weiterhin beibehalten werden solle. Grundsätzlich wird der Schlussbericht als einheitliche Materie präsentiert und ist stringent zu den Legislaturrichtlinien. Die AK nimmt den Schlussbericht des Gemeinderats zu den Legislaturrichtlinien 2017 – 2020 zustimmend zur Kenntnis.

Fraktionserklärungen

Claudine Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Uns ist es wichtig, eine kritische Bemerkung anzubringen. Wie wir soeben gehört haben, geht es um das Motto «Stadt der Beteiligung». Der Gemeinderat hat sich viele Ziele gesteckt. Einige wurden erreicht, gute Ideen sind vorhanden. Man muss aber auch ehrlich sein und sagen, dass wir weit davon entfernt sind, die gesteckten Ziele zu erreichen. Die finanzielle Situation ist alles andere als erfreulich und es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, dass wir vor grossen Herausforderungen stehen. Auch im Bereich der Bildung und beim Schulamt präsentiert sich die Lage alles andere als erfreulich, im Gegenteil, es scheint ein Scherbenhaufen vorzuliegen. Ich bin sehr froh, dass wir mit Gemeinderätin Franziska Teuscher in der BSS weiterhin eine Person haben, die versucht, in diesem Departement aufzuräumen. Auch die Wirtschaft kommt im Schlussbericht des Gemeinderats nur marginal vor und ist lediglich ein Ansprechpartner, anstatt im Zentrum zu stehen, damit wir wieder die Hauptstadt sein könnten, die wir sein möchten. Wir werden dem Schlussbericht zustimmen, aber mit den soeben dargelegten kritischen Bemerkungen.

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wir danken dem Gemeinderat für die Übersicht im Schlussbericht und vor allem auch für seine Arbeit in der vergangenen Legislatur. Auch wenn

wir am Bericht und an den Einschätzungen des Gemeinderats einige Dinge kritisieren, ist festzuhalten, dass sich der Gemeinderat in den letzten vier Jahren grosse Ziele vorgenommen und vieles erreicht hat. Dies freut uns sehr. Wir nehmen den Bericht daher zustimmend zur Kenntnis.

An dieser Stelle möchte ich dennoch einige kritische Worte anbringen: Wenn man den Bericht zu den Legislaturzielen liest, hat man den Eindruck, es sei alles in bester Ordnung. Alle Massnahmen sind ganz oder zumindest teilweise auf Kurs. Die Fraktion GB/JA! widerspricht dieser Einschätzung nicht völlig. In den letzten vier Jahren ist viel geschehen und bei vielen Zielen, die sich der Gemeinderat mit den Legislaturrichtlinien gesetzt hat, ist man ein grosses Stück vorwärts gekommen. Nichtsdestotrotz wird dem zukünftigen Gemeinderat die Arbeit nicht ausgehen. Ich möchte exemplarisch einige Punkte aus dem Schlussbericht aufgreifen, bei welchen die Bewertung aus unserer Sicht ein wenig zu positiv ausgefallen ist oder die Ziele zumindest weiterverfolgt werden müssen.

Wir sind nicht einverstanden mit dem Gemeinderat, dass ein barrierefreier, niederschwelliger und vielfältiger Zugang zur Verwaltung erreicht ist, auch wenn in dieser Hinsicht bereits vieles geschehen ist. Zum Beispiel findet man auf der Webseite der Stadt Bern zwar Informationen zu Corona in mehreren Sprachen, dies aber erst, wenn man sich über ungefähr drei deutsche Links weitergeclickt hat. Wenn man die kurdische Seite gefunden hat, ist dort sogar ein kurdisches Informationsblatt vorhanden. Allerdings kann man dies wohl nur dann herunterladen, wenn man den deutschen Titel versteht. Für Informationen in Gebärdensprache und einfacher Sprache verweist die Stadt hingegen auf die Webseite des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Es besteht also noch einiger Handlungsbedarf. Auch bezüglich des Umgangs der Stadt mit nachhaltigen Ressourcen scheint uns die Einschätzung, dass man diesbezüglich völlig auf Kurs sei, ziemlich optimistisch zu sein. Natürlich hat der Gemeinderat zusätzliche Massnahmen beschlossen und ein Klimareglement mit einem verbindlichen Absenkpfad der CO₂-Emissionen befindet sich momentan in der Vernehmlassung – so weit, so gut. Wir sind aber noch weit davon entfernt, dass alle Massnahmen umgesetzt oder die Absenktziele in greifbarer Nähe wären. Auch das Farbsacktrennsystem befindet sich bekanntlich nicht auf Kurs, aber auch bei diesem Punkt zeigt der grüne Pfeil im Bericht brav nach oben.

Die Umsetzung der Wohnziele sieht auch der Gemeinderat kritischer. Wir sind einverstanden mit seiner Einschätzung und erwarten, dass diese Ziele auch in der nächsten Legislatur eine hohe Priorität haben werden und man diesbezüglich Fortschritte macht. Beim hindernisfreien Raum hingegen ist man einen grossen Schritt vorwärts gekommen, auch die neuen Bänke sieht man mittlerweile an jeder Ecke. Wem sie noch nicht aufgefallen sind: Spazieren Sie einmal der Aare entlang vom Lorrainebad bis zum Altenbergersteg, dort hat es einige davon. Weiter sehen auch wir, wie der Gemeinderat, Verbesserungspotenzial bei der Massnahme Tempo 20 in den Quartierstrassen und Tempo 30 auf dem Basisnetz. Zwar hat man auch hier Fortschritte gemacht und einige grossflächige Begegnungszonen sind bereits umgesetzt worden oder befinden sich zumindest in Planung, aber von einer flächendeckenden Einführung von Tempo 20 oder Tempo 30 sind wir noch ziemlich weit entfernt. Auch diesbezüglich sehen wir Handlungsbedarf für die nächste Legislatur. Bei der politischen Bildung von Jugendlichen kann ich, ehrlich gesagt, nur die Stirn runzeln. Als einziger Punkt wird nämlich das Politforum Käfigturm erwähnt. Dass ein einziges Forum nicht sehr viel zur politischen Bildung junger Menschen beitragen kann, dürfte wohl klar sein.

Abschliessend möchte ich mich zum Grundziel einer «Stadt der Beteiligung» äussern. Der Gemeinderat sagt ganz grundsätzlich, dass die Möglichkeit zur Partizipation von der Bevölkerung wahrgenommen und eingefordert worden sei. Wenn man aber die letzte Bevölkerungsumfrage anschaut, die vor einer Woche veröffentlicht wurde, scheint mir diese Aussage etwas gar positiv zu sein. Diese Umfrage zeigt nämlich Folgendes: Bei allen Beteiligungsmöglichkeiten, mit Ausnahme von Wahlen und Abstimmungen, schwankt die durchschnittliche Beteili-

gung der Befragten zwischen «nie» und «selten». Schon dies ist nicht sehr viel. Weiter zeigen sich auch grosse Unterschiede bezüglich Alter, Migrationshintergrund und Einkommen. Jüngere Menschen, Leute mit Migrationshintergrund und Personen mit tiefem Einkommen beteiligen sich mit kleinerer Wahrscheinlichkeit als alle anderen Menschen in dieser Stadt. Rund 20% der Berner Bevölkerung beteiligen sich gar nicht. Die wichtigsten Gründe, die hierfür angegeben werden, lauten, abgesehen von der fehlenden Zeit: Man kennt die Beteiligungsmöglichkeiten nicht oder hat zu wenig Informationen dazu. Von einer «Stadt der Beteiligung» erhoffe ich mir, dass die nächste Bevölkerungsumfrage zeigen wird, dass sich mehr Leute beteiligen, dass sie sich häufiger beteiligen und dass die Möglichkeiten zur Beteiligung allen Leuten bekannt sind. Nicht zuletzt hoffe ich auch, dass die Unterschiede in der Beteiligung zwischen älteren und jüngeren Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und Menschen mit hohem und tiefem Einkommen verschwinden oder zumindest massiv kleiner werden.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Dasselbe gilt für den Legislaturbericht, den die Fraktion GFL/EVP neutral zur Kenntnis nimmt. Wenn wir heute auf die vergangene Legislatur zurückblicken, ist dies auch ein Moment, um auf die nächste Legislatur und damit in die Zukunft zu blicken. Insbesondere zum dritten Legislaturziel, Umgang mit Ressourcen, möchten wir eine kritische Bemerkung anbringen, und zwar zur Umsetzung der Energie- und Klimastrategie. Die Jugend rief im letzten Jahr den Klimanotstand aus. Man muss nicht gleich den Notstand ausrufen, aber wenn sich die Stadt weiterhin hinter dem freiwilligen Label «Energistadt Gold» versteckt und einzig den behördenverbindlichen Energierichtplan ins Feld führt, ist dies aus unserer Sicht weder genügend noch zeitgemäss. Es braucht verpflichtendere Massnahmen. Der Gemeinderat schreibt, dass die CO₂-Emissionen um 15% reduziert werden konnten. Diese Einschätzung basiert aber nur auf Modellrechnungen und nicht auf einer effektiven Statistik. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er endlich vorwärts macht mit einer robusten Statistik zum Heizungersatz, und zwar unter folgendem Motto: Was nicht gemessen werden kann, kann man auch nicht verbessern. Dass die Fernwärme ausgebaut wird, ist eine gute Sache. Die Finanzierung erfolgt aber über eine Quersubvention, nämlich durch den Verkauf von Erdgas. Dies ist wohl auch der Hauptgrund, weshalb ewb das Erdgasnetz weiter ausbaut, anstatt es zurückzubauen, wie es beispielsweise die Stadt Basel politisch beschlossen hat. Zu den Gebäudesanierungen: Die Stadt Zürich verfügt über ein ausgezeichnetes Energie-Coaching, das die Stadt Bern gerne kopieren könnte. Fazit: Anstatt sich auf die Schulter zu klopfen, erwarten wir vom Gemeinderat in der nächsten Legislatur, dass er sich ein Beispiel an Städten wie Basel oder Zürich nimmt.

Michael Ruefer (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Die Fraktion GLP/JGLP nimmt den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien zustimmend zur Kenntnis. Ich habe in der Präsentation nachgeschaut, die der Gemeinderat im Juli vorlegte. Diese ist nicht besonders positiv aufgefallen, sondern kam eher in Form einer Glosse daher. Man erhielt den Eindruck, dass sich die Berner Stadtregierung selber ziemlich toll findet. Ich möchte das Gemüt des Stadtpräsidenten nicht noch weiter belasten, muss mich aber auch nicht verbiegen mit meinem Votum. Meines Erachtens ist der Schlussbericht des Gemeinderats eine sehr gute Dienstleistung und auch sehr hilfreich, besonders für uns als junge, aufgefrischte Fraktion. Wir dürfen am 21. Januar 2021 vier neue Fraktionsmitglieder begrüssen und sie werden sicher froh sein über einen so guten Überblick über die letzte Legislatur.

Zum Bericht: Ich möchte keine politische Abrechnung oder Einschätzung dessen vornehmen, was der Gemeinderat geleistet hat oder worüber er Bericht erstattet, sondern ich möchte effektiv nur den Schlussbericht kommentieren. Mir ist beispielsweise aufgefallen, dass gesell-

schaftliche Themen und Ziele teilweise quantifiziert werden, was ich etwas problematisch finde. Darauf hat auch Nadja Kehrlı als Sprecherin der AK bereits hingewiesen. Mir würde es reichen, wenn man Bericht erstatten würde, ohne die Zielerreichung mit einem Daumen nach oben, nach unten oder neutral zu bewerten, denn dies finde ich sinnlos. Weiter ist mir aufgefallen, dass Umstände beurteilt werden, und zwar insbesondere negativ mit der Bemerkung «nicht auf Zielkurs», die nicht unbedingt in der Macht des Gemeinderats liegen. Diese Beurteilung erfolgt beispielsweise bei den juristisch blockierten Bauprojekten am Breitenrainplatz. Es ist zwar lobenswert, wenn man sich dies als Ziel vornimmt, aber es liegt dabei kein Verfehlen des Gemeinderats vor. Ich möchte damit dem Gemeinderat keinen Blumenstrauß überreichen, aber ich bin der Meinung, dass man bei solchen Dingen ehrlich sein dürfte, dann würde der Bericht auch etwas authentischer klingen. Zum Abschluss möchte ich noch einen dritten Punkt erwähnen: Es wird postuliert, dass das Ziel «ausgeglichener Finanzhaushalt» nicht erreicht worden sei. Ich habe dieses Ziel nirgends gefunden, vermutlich steht es in den strategischen Grundlagen der Legislaturrichtlinien. Die Fraktion GLP/JGLP würde es begrüßen, wenn der Gemeinderat dieses Ziel in seine nächsten Legislaturrichtlinien einfließen lassen und es auch so formulieren würde.

Nadja Kehrlı (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO dankt dem Gemeinderat für den Schlussbericht. Das Motto respektive der Schwerpunkt «Stadt der Beteiligung» entspricht auch unserer politischen Haltung. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat vorhat, weiterhin unter diesem Motto politisch zu arbeiten. Gewisse Legislaturziele müssen unseres Erachtens auch in der nächsten Legislatur Beachtung erhalten, so beispielsweise die Reallohnerhöhung. Bei diesem Thema bleiben wir auch als Partei am Ball. Wie ich bereits als Kommissionssprecherin ausgeführt habe, kann man bei vielen Zielen nicht sagen, dass sie jetzt erreicht und die Bemühungen damit abgeschlossen sind. Es handelt sich vielmehr um Prozesse, die auch in Zukunft weiterverfolgt werden müssen.

An dieser Stelle möchte ich auf den Partizipationsprozess ganz allgemein eingehen: Dieser wird von verschiedener Seite immer wieder kritisiert. Was wird unter echter Partizipation verstanden? Es gibt dazu viele verschiedene Ansätze und Meinungen. Sollen möglichst viele oder alle irgendwie abgeholt werden und wie geht man dabei vor? Wird der Partizipationsprozess vor allem den organisierten Personen zugänglich gemacht, Personen also, die sich in Vereinen, Leisten, Parteien, Kommissionen oder in anderen Organisationen aktiv betätigen? Der Fraktion SP/JUSO erscheint es wichtig, dass der Gemeinderat mit der Verwaltung diesbezüglich einen Anfang gemacht hat. Solche Prozesse sind nicht einfach. Die Bedürfnisse sind vielfältig und haben immer etwas mit Partikularinteressen zu tun. Wenn es um Lebensqualität geht, prallen viele Bedürfnisse aufeinander. Die einen wollen Ruhe und Stille, andere wollen leben und dabei etwas hören, nicht aber Kindergeschrei oder spielende Kinder und auf keinen Fall Basketball spielende Jugendliche, aber Familien sind trotzdem erwünscht. Daneben gibt es diejenigen, die mit dem Auto bis vors Haus fahren wollen, und diejenigen, die kein Auto haben und auch nicht wollen, dass ein solches vor der Tür steht. Schliesslich gibt es noch diejenigen, die zwar mitten in der Stadt wohnen und ein Auto haben, das aber in Ostermundigen in der Tiefgarage steht. Das Motto «Stadt der Beteiligung» ist daher sicher auch in der nächsten Legislatur ein Thema, auch wenn es vielleicht nicht in den Legislaturzielen verankert sein wird.

Der Gemeinderat hat unseres Erachtens an seinen Legislaturzielen gearbeitet. So wurde beispielsweise in der Wohn- und Bodenpolitik vieles erreicht, aber auch in diesem Bereich muss es weitergehen. Die Fraktion SP/JUSO nimmt den Schlussbericht des Gemeinderats positiv zur Kenntnis.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion SVP: Der Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien zeigt die Vergangenheit auf, nämlich die letzte Legislatur. Er enthält sehr viele Ziele. Aus Sicht der SVP sind diese teilweise nicht erreicht. Es ist immer schön, Ziele zu definieren, aber wenn man deren Erreichen als Gemeinderat selber beurteilt, finden wir dies nicht sehr wichtig. Es kann nicht sein, dass jemand die eigenen Ziele beurteilt. Wenn man den Schlussbericht anschaut, sind die Ziele fast alle erfüllt, überall steht «auf Zielkurs/Ziel erreicht» oder «teilweise auf Zielkurs». Bei keinem einzigen Punkt im Schlussbericht steht, er sei nicht auf Zielkurs. Mir scheint, wir haben einen Schönwetter-Gemeinderat. Die eigene Beurteilung des Gemeinderats gewichten wir nicht, da wir diese nicht akzeptabel finden.

Ich gehe exemplarisch auf drei Punkte des Berichts ein: Auf Seite 9 steht beim untersten Ziel: «Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erhalten eine Realloohnerhöhung.» Laut Gemeinderat befindet man sich diesbezüglich teilweise auf Zielkurs. Wir haben der Stadtverwaltung in diesem Jahr drei zusätzliche Ferientage zugesprochen, was auch eine Art Honorar darstellt. Wir sind daher nicht einverstanden, dass dieser Punkt in Zukunft noch weiter ausgebaut werden soll, insbesondere in der aktuellen Situation. Man weiss, dass die finanzielle Lage der Stadt Bern dramatisch ist und man in Zukunft sehr auf die Finanzen achten muss. Auf Seite 17 lautet das dritte Ziel: «Wir bekämpfen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung, indem wir die Kontrollen intensivieren und die Bevölkerung sowie die Arbeitgebenden regelmässig sensibilisieren.» Gemäss Bericht ist dieses Ziel teilweise erreicht. Es wäre gut, zu wissen, aufgrund welcher Kriterien der Gemeinderat zu diesem Ergebnis kommt. Man sieht nur den waagrechten Pfeil, aber man weiss nicht, was der Gemeinderat diesbezüglich in Zukunft noch plant. Hier wären Details hilfreich. Ebenfalls auf Seite 17 steht als letztes Ziel: «Im Quartiernetz gilt grundsätzlich Tempo 20/30.» Auch dieses Ziel wird mit «teilweise auf Zielkurs» beurteilt. In der Stadt Bern staut sich der Verkehr bereits an vielen Orten. Wenn noch mehr Verkehrsbehinderungen erfolgen und noch mehr Tempo-20-Zonen eingeführt werden, führt dies zu noch mehr Stau und mehr CO₂-Ausstoss. Daneben fahren andere auf Elektrovelos mit 70 km/h durch die Quartiere. Die Ziele sind erreicht und ich bin der Meinung, dass man in Zukunft keinen weiteren Ausbau mehr vornehmen sollte. Die Fraktion SVP nimmt den Schlussbericht negativ zur Kenntnis.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich gehe mit dem vorliegenden Bericht hart ins Gericht. Schon mit der Zielsetzung sind wir teilweise nicht einverstanden, aber angesichts der Bewertung wird das Ganze definitiv abstrus. Ich nenne einige Beispiele: Auf Seite 17 lautet eines der Ziele: «Die Stadt Bern setzt sich dafür ein, dass die Kommunikation und die Kooperation zwischen Behörden/Polizei und Reithalle funktionieren.» Dieses Ziel wird als erfüllt bewertet. Aufgrund aller Medienberichte zu diesem Thema wissen Sie selbst, dass das Ganze nicht funktioniert hat. Es werden Ziele gesetzt und klar verfehlt, aber selber sagt man dazu, es laufe gut. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wird als gut bewertet. Man spricht von einer guten Zusammenarbeit und einem regelmässigen Austausch. Was konnte man aber vorgestern in der Zeitung lesen? Der Stadtpräsident will gewisse Teile von Köniz abtrennen. Es ist doch ganz klar, dass man das Ziel nicht erfüllt hat, wenn man so vorgeht. Der Gemeinderat hält sich nicht einmal an die eigenen Leitlinien und erhält von uns die rote Karte. Wir bleiben am Thema dran.

Auf Seite 19 lautet ein weiteres Ziel: «Der Gemeinderat organisiert regelmässig eine Versammlung oder ein Fest für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.» Offenbar ist dies etwas ganz Wichtiges. Ein anderes lautet: «Wir prüfen Möglichkeiten zur Stärkung der Stadtteile und Quartiere.» Glücklicherweise oder unglücklicherweise - je nach Optik, nicht wahr, Herr Stadtpräsident - bin ich Delegierter des Quartiervereins Quavier, der sich klar dagegen ausgesprochen hat, dass der Fussballclub YB die dortigen Fussballfelder übernimmt. Es wurde eine Vernehmlassung durchgeführt und wir haben Stunden investiert, um an dieser Vernehmlassung

sung zu arbeiten. Anschliessend muss ich aus der Zeitung erfahren, dass das Ganze nun doch auf der Grossen Allmend geplant ist. Wenn solche Dinge geschehen und man selber aber der Meinung ist, man habe das Ziel perfekt erfüllt, stimmt etwas nicht. Ich hätte ein anderes Wort verwenden wollen, das mit dem Buchstaben L beginnt, aber aus Rücksicht auf Weihnachten sehe ich davon ab.

Was die Legislaturrichtlinien und die einzelnen Ziele anbelangt, widerspreche ich der Fraktion GLP/JGLP klar. Lesen Sie den Bericht. Derjenige, der sich die Ziele gegeben hat, bewertet sich darin selbst. Im Militär gibt es in solchen Situationen einen Mabuco-Bericht, der Führungsprozess wird von einer Drittperson aus der Privatwirtschaft bewertet. Im vorliegenden Fall geht es jedoch um eine Eigenbewertung. Es sollte daher zumindest noch jemand aus neutraler Sicht Stellung nehmen. Vielleicht die SVP? Ich habe Ihnen drei oder vier Beispiele dazu aufgezeigt. Die Fraktion SVP nimmt den Bericht einstimmig negativ zur Kenntnis.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Danke für diese Debatte. Sie haben natürlich Recht, dass es ein wenig seltsam ist, wenn sich der Gemeinderat bezüglich der Zielerreichung selber beurteilt. Ein solches Vorgehen findet man aber auch an anderen Orten und sogar in der Schule. Auch die Schüler*innen werden von Zeit zu Zeit dazu aufgefordert, eine Selbstbeurteilung vorzunehmen und abzugeben. Diese wird als Grundlage genommen, um eine Beurteilung durch die Lehrpersonen vorzunehmen. Für uns ist es weniger wichtig, was wir selbst von der Erreichung unserer Ziele halten, sondern es ist vor allem wichtig, wie das Ganze bei Ihnen ankommt. Wir nehmen die Kritik auf und nehmen sie auch als Aufforderung in die kommende Legislatur mit, wenn wir die neuen Ziele formulieren und beurteilen werden. Ich gehe daher heute nicht auf einzelne Äusserungen Ihrerseits ein.

Mit dem Jahr 2020 endet auch die Laufzeit unserer Stadtstrategie, nämlich die Stadtstrategie 2010-2020. Wir müssten daher eine neue Stadtstrategie formulieren, haben aber darauf verzichtet, da wir in Kürze in den Fusionsprozess eintreten werden. Es erscheint unsinnig, jetzt eine Stadtstrategie für Bern zu erarbeiten, und in vier Jahren allenfalls mit Ostermundigen zu fusionieren und ihnen unsere Strategie vorzulegen. Wir finden es besser, in der neuen Konfiguration mit Ostermundigen eine neue Stadtstrategie zu erarbeiten. Ich freue mich darauf und bin auch gespannt auf die neuen Legislaturziele, die wir hoffentlich zu Ihrer Zufriedenheit erreichen werden.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien 2017-2020 zustimmend zur Kenntnis. (36 Ja, 13 Nein, 13 Enthalten) *Abst.Nr. 006*

2007.SR.000278

10 Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Karin Gasser, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (2) vom 6. September 2007: Energieeffiziente Überbauungsordnungen; Abschreibung

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 der erheblich erklärten Motion als erfüllt abzuschreiben.

Bern, 10. Juni 2020

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Es geht beim vorliegenden Geschäft noch um die Abschreibung von Punkt 1 der Motion. Punkt 2 wurde bereits vor dreieinhalb Jahren abgeschrieben.

Sprecherin PVS *Katharina Gallizzi* (GB): Die Forderung in Punkt 1 der Motion lautet: «... dem Stadtrat eine reglementarische Grundlage vorzulegen, damit die Anforderungen gemäss Energiestrategie beim Bauen (Reduktion nicht erneuerbarer Energien, Förderung erneuerbarer Energien) bei allen Planungen umgesetzt werden können, u.a. eine reglementarische Grundlage für eine Energieeffizienz-Bauzone.» Dieser Satz ist nicht so einfach zu verstehen. Ich musste ihn etwa dreimal lesen, bevor ich verstanden habe, worum es geht. Wenn man aber die Begründung liest, hilft diese für das Verständnis. Darin steht beispielsweise, dass Ostermundigen in der Bauordnung für gewisse Wohnzonen vorschreibt, dass die Energieversorgung nach einem von der Gemeinde genehmigten Konzept zu erstellen sei. Weiter steht, dass es in Flerden, Graubünden, eine Bauzone gibt, die nur Minergie-Standard zulässt. Es geht also darum, in der Bauordnung Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern. Diesen Ansatz hat der Gemeinderat denn auch verfolgt. Im Frühling 2018 schickte er einen Entwurf für die Änderung der Bauordnung in die Vernehmlassung. Damit wollte er die Umsetzung des Richtplans Energie in der Bauordnung verankern. Bedauerlicherweise wies der Kanton die Revision mit der Begründung zurück, es sei den Gemeinden nicht erlaubt, eine andere Regelung zu erlassen als diejenigen, die im kantonalen Energiegesetz vorgesehen sind. Der Gemeinderat versuchte daraufhin, mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zu verhandeln, blieb dabei aber erfolglos. Dies bedeutet, dass das Anliegen der Motion zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden kann. Im kantonalen Recht ist keine energieeffiziente Bauzone vorgesehen, weshalb eine Gemeinde sie anscheinend nicht einführen darf. Die Stadt kann aber bei neuen Gebäuden Verpflichtungen einführen. Sie kann beispielsweise verlangen, dass ein bestimmter Energieträger benutzt werden muss. Dies macht die Stadt auch, so beispielsweise bei der Eventhalle, über die wir an der letzten Sitzung diskutiert haben. Zudem gibt es in der Bauordnung einen Artikel, der einen Nutzungsbonus bei Minergiebauten vorsieht.

Was bedeutet dies alles für die Abschreibung von Punkt 1 der vorliegenden Motion? Das Anliegen ist nach wie vor nicht umgesetzt, denn der Richtplan Energie ist nicht in der Bauordnung verankert und es gibt keine Energieeffizienz-Bauzone. Für uns ist unverständlich, dass der Kanton in Zeiten des Klimawandels unnachgiebig auf seiner Position beharrt. Wenn er schon so stur ist, müsste er sich zumindest bei der Überarbeitung des Energiegesetzes beeilen, das im Februar 2019 vom Volk abgelehnt wurde. Aber auch in dieser Hinsicht scheint er keine grosse Eile zu haben. Eine Umsetzung der Motion kann aber erst erfolgen, wenn das kantonale Energiegesetz revidiert worden ist, was noch einige Jahre dauern kann. Die Alternative zur beantragten Abschreibung wäre also eine Fristverlängerung auf unbestimmte Zeit. Beide Optionen sind möglich und es gibt kein klares Richtig oder Falsch. Die PVS hat sich für die Abschreibung der Motion entschieden, dies aus folgenden Gründen:

Der Gemeinderat hat sich stark für die Umsetzung der Motion eingesetzt und seinen Auftrag auf diese Weise erfüllt. Zudem hat er mit seinem erweiterten Handlungsplan für das Klima und mit dem Entwurf des Klimareglements, das sich momentan in der Mitwirkung befindet, klar bewiesen, dass es ihm mit dem Klimaschutz ernst ist. Der Stadtpräsident hat der Kommission zudem versichert, dass die Bestrebungen, den Richtplan Energie in der Bauordnung zu verankern, weiterbestehen bleiben, auch wenn die Motion heute abgeschrieben wird. Für die PVS bedeutet die Abschreibung also nicht, dass die Umsetzung nicht mehr gefordert wäre. Die Kommission ist mit dem Weg, den der Gemeinderat vorschlägt, einverstanden und will, dass dieser Weg zu Ende geführt wird, sobald sich die kantonale Rechtslage geändert hat und das geplante Vorgehen zulässt. Damit wir nicht unnötigerweise alte Vorstösse mit uns herumschleppen, empfiehlt Ihnen die PVS, Punkt 1 der Motion abzuschreiben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung von Punkt 1 zu. (58 Ja, 2 Nein, 1 Enthalten)
Abst.Nr. 007

2020.SR.000349

11 **Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL): Förderung der Medienvielfalt in der Stadt Bern**

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
 2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.
- Bern, 2. Dezember 2020

Postulant *Michael Burkard* (GFL): Vorab gebe ich meine Interessenbindung bekannt: Neben meiner Tätigkeit als Anwalt arbeite ich im Teilzeitpensum für Impressum, dies ist der Verband der Journalistinnen und Journalisten. Möglicherweise fragen Sie sich, was mit mir los ist, und halten mir vor, ich predige Ihnen seit sechs Jahren, es seien keine Subventionen zu bezahlen, und zwar an gar niemanden und schon gar nicht an Bernexpo, wenn es aber um meine eigene Klientel gehe, verlange ich plötzlich Subventionen. Dem kann ich entgegnen, dass es sich vorliegend um eine andere Interessenlage handelt. Es geht hier um ein sogenanntes Marktversagen, von dem ich vor einer Woche in der ersten Sitzung gesprochen habe. Es geht um Leute, die effektiv leiden. Vor allem den freien Journalistinnen und Journalisten geht es gar nicht gut. Der Grund dafür liegt nicht darin, dass sie schlecht arbeiten würden, sondern dass sich der Markt geändert hat.

Den meisten von Ihnen sind die Gründe bekannt, daher in aller Kürze: Schon im 2018 wurde die 2-Milliarden-Grenze von Werbegeldern überschritten, die ins Ausland zu den grossen Technologie-Giganten abfliessen. Dies entspricht dem Anteil des Kuchens, der vorher in der Schweiz geblieben ist und mit dem die Verlage früher den Qualitätsjournalismus quersubventioniert haben. Diese Mittel fehlen heute, die Tendenz ist steigend. Es geht heute bereits um 2 Mia. Franken, diesen Betrag muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Mit Corona wird sich das Ganze noch verschärfen. Amazon, Google, Facebook und andere befinden sich in einem wahren Eldorado, da momentan noch mehr im Internet stattfindet. Diese Firmen saugen alle Werbegelder ab. Der zweite Grund liegt im Wandel der Medien, weg von den Gesinnungsmedien und hin zu den sogenannten Forumsmedien-Publikationen. Im letzten und vorletzten Jahrhundert gab es die freisinnige Presse, die Katholisch-Konservativen oder die Gewerkschaftszeitungen. Sie alle hatten jeweils eine klare Position und generierten aus Leidenschaft Mittel, die in den Journalismus investiert wurden. Diese Zeit ist vorbei. Heute befinden sich in der Management-Etage Buchhalter, die mit der Excel-Tabelle rechnen, welcher Bereich gewinnbringend ist und welcher nicht. Dieses Vorgehen haben sie an der HSG in St. Gallen gelernt und setzen es um. Das Resultat kennen Sie. Wie man gerade bei der TX Group gesehen hat, wird das Ganze aufgespalten und in Departemente zerlegt, damit man sieht, welche Bereiche profitabel sind und welche nicht. Aus den profitablen Bereichen fliesen die Gewinne zu den Aktionär*innen ab. Der Verlustbereich Publizistik hingegen wird kaputt gespart oder dem Staat angedient mit dem Argument, es handle sich um einen Service Public, den man gemäss der neuen Mediengesetzgebung des Bundes nun bitte subventionieren sollte. Diese Tendenz sieht man auch bei der Schweizerischen Depeschagentur (SDA): Der nicht profitable Teil soll subventioniert werden. Die erwähnten beiden Faktoren haben vor

allem zum Marktversagen beim Journalismus beigetragen. Der Markt ist nicht mehr bereit, für diese Dienstleistung zu bezahlen, daher stellt sich die Frage, ob der Staat eingreifen darf oder gar muss, wenn er den Journalismus als systemrelevant anschaut, und – falls ja – wie er dies tun soll.

Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Auf die einzelnen Punkte gehe ich nicht im Detail ein, ich greife lediglich zwei davon heraus, einerseits die Thematik des Anzeigers und andererseits die Quartierorganisationen. Der Anzeiger beinhaltet auch die News aus den Gemeinden, die in den letzten Jahren immer professioneller und ausführlicher wurden. Die Gemeinderegierungen können darin ihren Standpunkt erläutern. Schon Luzius Theiler stellte die Frage, ob es sich dabei nicht um ungefilterte Behördenpropaganda handle. Mir missfällt dieses Wort, aber es ist klar, dass es sich bei diesen Gemeinde-News um nur eine Sicht der Dinge handelt. Es wird nicht das widerspiegelt, was der Journalismus leistet, nämlich beispielsweise eine Stadtratsdebatte wiederzugeben und die verschiedenen Standpunkte aufzuzeigen, sondern es handelt sich um eine Sicht der Obrigkeit auf eine Sache. Dies ist besser als nichts, aber es ist nicht das, was den Journalismus ausmacht. Diese Gemeinde-News bleiben bestehen, weshalb ich auf ein Problem hinweisen möchte, das auch beim zweiten Punkt, bei den Quartierorganisationen, angesprochen wird. Es geht darum, dass der städtische Informationsdienst die Quartierorganisationen mit Informationen beliefern soll. Dies muss man diskutieren. Ich erachte ein solches Vorgehen als heikel. Ist dies der Weg, den man gehen will? Müsste man in der Stadt nicht andere Gefässe oder Formen finden? Es handelt sich um einen Aufruf an das Parlament, an welche Kommission auch immer, die Thematik vertieft anzuschauen und das Ganze nicht einfach der Regierung zu überlassen. Es gibt durchaus gewisse Themen, bei welchen der Stadtrat als Behörde ein anderes Interesse haben kann als die Regierung. Darauf weise ich immer wieder hin, auch wenn ich auf taube Ohren stosse. Dies ist im System so angelegt, es geht um «checks and balances». Man muss nicht immer alles gutheissen, was die Regierung macht. Vorliegend geht es doch um die Frage, wie sich der Stadtrat als Parlament Gehör verschaffen kann. Beim Grossen Rat ist es dasselbe. Es geht ganz grundsätzlich um die Frage, wie sich die Parlamente Gehör verschaffen und ihre Debatten in die Öffentlichkeit tragen können, wenn nicht durch den Journalismus. Der gemeinderätliche Informationsdienst kann nicht die Meinung des Stadtrats verbreiten. Dies muss vielmehr eine andere Stelle übernehmen, am besten eine unabhängige. Wie man es organisiert, ist die Aufgabe eines jeden Parlaments. Ich fordere Sie daher auf, sich mit den Grossrät*innen des Kantons auszutauschen und das Ganze zu diskutieren.

Mit den Antworten des Gemeinderats bin ich zufrieden. Es braucht eine politische Diskussion darüber, ob man den Weg gehen will, den der Gemeinderat vorschlägt. Ich wiederhole, dass es dabei einige Punkte gibt, die aus meiner Sicht heikel sind, aber ich bin froh, wenn sich im Stadtrat verschiedene Parteien überhaupt für die Thematik interessieren. Es ist keine politische Frage, sondern es geht darum, dass die Institution Parlament überhaupt noch eine Stimme hat und seine Debatten in der Öffentlichkeit überhaupt noch reflektiert werden.

Fraktionserklärungen

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats zur Sicherstellung der Medienvielfalt. Aus unserer Sicht geht es bei den Medien nicht um Quantität, sondern um Qualität. Es geht also nicht darum, in der Stadt Bern möglichst viele Medienhäuser zu haben, sondern es geht um eine qualitativ hochstehende und ausgewogene Berichterstattung. Gerade die Ausgewogenheit war aus unserer Sicht in letzter Zeit nicht immer gegeben. Der Medienmarkt ist seit längerer Zeit einem technologischen Wandel und einer generellen Konsolidierung unterworfen. Die sinkenden Werbeeinnahmen und die zunehmende Substituierung durch den sogenannten «User Generated Con-

tent» helfen dabei natürlich nicht. Die Fraktion FDP/JF ist der Überzeugung, dass es nicht eine Staatsaufgabe sein soll, Strukturert zu betreiben. Die Tamedia Group hat es vielleicht verschlafen und verpasst, im Zeitalter der Gratismedien mit kreativen Lösungen und neuen Formaten Geld zu verdienen. Lokaljournalismus benötigt Herzblut, Liebe zum Detail und Respekt gegenüber den Protagonist*innen. Mit Blick auf den Walliser Fredy Bayard, Besitzer der Mengis-Gruppe, sieht man, dass ein Medienhaus durchaus auch kommerziell profitabel betrieben werden kann, und zwar mit einer qualitativen Berichterstattung. Unseres Erachtens ist eine übermässige finanzielle Unterstützung der Medien durch den Staat grundsätzlich nicht sinnvoll. Die Medien als vierte Gewalt sollen und müssen dem Staat auch kritisch über die Schulter blicken und zwischendurch auch auf die Finger klopfen. Eine übermässige Staatshilfe würde zu einem Interessenskonflikt und zu mangelnder Unabhängigkeit und Objektivität in der Berichterstattung führen. Last but not least: Medienförderung ist keine kommunale, sondern eine nationale Aufgabe. Die Fraktion FDP/JF lehnt das vorliegende Postulat daher ab. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und au revoir.

Rahel Ruch (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die massive Konzentration der Medienhäuser und der Abbau auch des Lokaljournalismus sind schon lange eine Tatsache, wie es auch Michael Burkard soeben beschrieben hat. In der Deutschschweiz beherrschen die vier grossen Häuser - TX Group, NZZ, Ringier und CH Media - den gesamten Markt. Für uns in Bern ist vor allem die riesengrosse TX Group von grosser Wichtigkeit. Sie verfolgt in den Redaktionen seit Jahren eine aggressive Sparpolitik. Die Nonchalance oder gar Arroganz, die der Verleger Pietro Supino gegenüber der öffentlichen Hand an den Tag legt, ist unglaublich, besonders in den letzten Wochen. Einerseits feierte man das 170-jährige Jubiläum der Zeitung «Der Bund», und zwar zu Recht, und pries den kritischen und intellektuellen Journalismus dieser Zeitung. Andererseits erfolgte mittendrin ein Meinungsbeitrag des Herrn Supino, der unverhohlen droht, das Berner Modell mit den beiden Redaktionen befinde sich am Ende, wenn sich die Politik in Bundesbern, aber auch in der Stadt und im Kanton, nicht den Wünschen der TX Group unterordne. Er verdeutlichte, dass dies beispielsweise heisse, dass man sich dafür einsetzen müsse, dass bei der Förderung der Online-Medien national auf die Holding-Klausel verzichtet werde oder dass es für den Anzeiger Region Bern einen Deal mit der TX Group brauche. Die Argumentation von Herrn Supino, dass dies wichtig sei für die Medienvielfalt, ist ein regelrechter Hohn, ist doch seine TX Group eine der Totengräberinnen dieser Vielfalt.

Natürlich hängt die Konzentration der Medienhäuser auch mit der von Michael Burkard erwähnten internationalen Konkurrenz zusammen, aber nicht nur. Zur Einordnung: Die TX Group verfügt über ein Eigenkapital von 2 Mia. Franken und macht mit Online-Plattformen in den Bereichen Autohandel, Stellenanzeigen, und vielen mehr, mit all diesen sogenannten «Market Places», unglaublich viel Gewinn. Im 2019 betrug der Gewinn beispielsweise 54 Mio. Franken. Der Verleger Supino erhält ein Jahressalär von 1,6 Mio. Franken, was immer wieder angeprangert wird. Im Corona-Jahr setzte die TX Group die Redaktionen auf Kurzarbeit, zahlte den Aktionär*innen aber trotzdem Dividenden in der Höhe von insgesamt 37,1 Mio. Franken aus. Gleichzeitig hat man kein Geld für den Journalismus. Es kommt noch und noch zu Kündigungen und der Druck ist gross, insbesondere in den Lokalredaktionen. Was hier passiert, ist nicht nur ein Qualitätsabbau, sondern es handelt sich um neoliberale Politik aus dem Handbuch: Aggressive Expansion, alles tun für den Gewinn, öffentliche Gelder beziehen, dennoch Abzüge machen wollen und am Schluss profitiert nur das Aktionariat. Ich empfehle allen, die mehrteilige Serie des Online-Magazins «Republik» zur TX Group zu lesen, die im Moment im Internet aufgeschaltet ist.

Für die Lokalpolitik handelt es sich um eine sehr negative Entwicklung. Dies zeigte sich bereits in den letzten Jahren. Die Berichterstattung über die Stadtpolitik wird immer dünner und wir machen regelmässig die Erfahrung, dass Journalist*innen beispielsweise Mühe haben, die

GFL und das GB auseinander zu halten oder überhaupt zu verstehen, dass es in der Stadt Bern verschiedene Grüne gibt. Dies geschieht nicht deshalb, weil die Journalist*innen zu dumm wären oder sich nicht Mühe geben würden, sondern weil seit Jahren so massiv gespart wird, dass kaum jemand Zeit hat, sich in die stadtpolitischen Besonderheiten einzuarbeiten. Die Folge davon ist, dass unsere Politik nur dort kritisch hinterfragt wird, wo irgendein politischer Akteur ein Thema recherchiert, zusammenstellt und anschliessend den Medien zuspießt. Oder aber die Berichterstattung ist so weit weg von der Politik, dass sie nur noch ideologiegetrieben ist. Ich erinnere an den komplett absurden Leitartikel im «Bund» nach den Wahlen, der 65% der Stimmberechtigten beleidigt, weil er Rot-Grün partout schlechtmachen wollte. Die einen sagen, die magere Medienlandschaft helfe den Mächtigen, in der Stadt Bern also den Linken. Ich teile diese Meinung nicht, sondern bin überzeugt, dass wir eine intelligente, aber kritische Berichterstattung unbedingt benötigen, dies auch, um eine gewisse Kontrolle des Stadtrats und auch des rot-grünen Gemeinderats sicherzustellen.

Zu den Lösungsideen in der Antwort des Gemeinderats: National und kantonal ist im Moment noch offen, wie es mit der Medienförderung weitergeht. Dazwischen keimen seltsame Ideen. Der Grosse Rat beispielsweise hat kürzlich einen SVP-Vorstoss überwiesen, der verlangt, dass man Jugendlichen ein Zeitungs-Abonnement für ein Jahr schenkt. Dies ist grundsätzlich eine gute Idee, um den Jugendlichen zu ermöglichen, mit dem Medium Zeitung umzugehen. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um Medienförderung, mit welcher noch mehr Steuergelder in die grossen Medienkonzerne fliessen. Ich bin nicht überzeugt, dass dies die richtige Lösung ist. Die vom Gemeinderat favorisierte Idee, die SDA direkt zu finanzieren und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass lokaler Journalismus zumindest in der Form von Agenturmeldungen allen zur Verfügung steht, hat gewisse Vorteile. Verschiedene Portale könnten davon profitieren und auch die Idee einer App, die diese Meldungen allen zur Verfügung stellt, erscheint uns sinnvoll. Die SDA ist aber auch eine Aktiengesellschaft und gehört den grossen Medienkonzernen wie beispielsweise der TX Group oder der österreichischen Presseagentur APA. Auch wenn im Moment unklar ist, in welche Richtung sich die SDA bewegt, ist die Idee nach unserem Dafürhalten mit Vorsicht zu geniessen. Schlussendlich droht man hier auch wieder, Geld in die Welt der grossen Medienkonzerne zu pumpen und damit denjenigen zukommen zu lassen, die die Redaktionen kaputt sparen.

Die Fraktion GB/JA! ist daher der Meinung, dass man auch direkte Medienförderung für unabhängige, lokal verankerte Projekte wie Online-Medien prüfen muss. Wir sind der Meinung, dass es besser ist, auch für die Berichterstattung, wenn direkt in den aufbereitenden Journalismus investiert wird und nicht unbedingt nur in die Agenturarbeit. Wir denken, dass auf diese Weise Projekte wie beispielsweise Bajour in Basel auch in Bern eine Zukunft hätten und einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt leisten. Dies wäre aus unserer Sicht eine echte Bereicherung und für die Lokalpolitik unbedingt nötig. Die Fraktion GB/JA! unterstützt daher das vorliegende Postulat. Wir versprechen Ihnen, dass wir am Ball bleiben.

Gabriela Blatter (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Auch die Fraktion GLP/JGLP ist sehr besorgt über die jüngsten Entwicklungen und die fortlaufende Reduktion der Medienvielfalt in der Stadt Bern und in der Schweiz ganz allgemein. Mit der Ankündigung der Zusammenlegung unserer lokalen Leitmedien «Bund» und «Berner Zeitung» (BZ) verlieren wir nicht nur eine wichtige analytische Stimme der vierten Gewalt in der Stadt Bern, sondern vor allem auch den aus unserer Sicht sehr wichtigen regulierenden medialen Wettbewerb, der eine ungewollte Deutungshoheit verhindert. Gesamtschweizerisch gesehen steht es an vielen Orten leider noch viel schlimmer um die Medienvielfalt. In vielen Dörfern und Regionen findet kaum noch eine analytische Berichterstattung über die wichtigen lokalen Ereignisse statt. Die Grünliberalen engagieren sich daher auf nationaler Ebene sehr aktiv für eine möglichst innovative Art der Medienförderung. Es sollen nicht einzelne Medien bevorzugt, sondern die Medien-

landschaft ganzheitlich betrachtet werden. Dementsprechend begrüssen wir vor allem auch die laufenden Diskussionen zur direkten Medienförderung auf Bundesebene im Print- und Online-Bereich. Der Online-Bereich unterstützt auch die Thematik, die von Rahel Ruch soeben angesprochen wurde. Die Medienvielfalt reduziert auf die Stadt Bern zu betrachten und zu fördern, wäre nicht zielführend, da der Markt bei uns zu klein ist, als dass Förderinstrumente effektiv greifen könnten. Zudem ist die Zuständigkeit der Medienförderung gesetzlich klar der nationalen und kantonalen Ebene zugewiesen. Wir glauben daran, dass die Medienförderung national und subsidiär auch auf regionaler Ebene erfolgen soll und kann und dass dies nicht auf städtischer Ebene geschehen sollte. Wir sind überzeugt, dass der Journalismus in der Schweiz auch ausserhalb der SRG eine Zukunft hat. Der Kanton Fribourg hat mit La Liberté einen interessanten Weg gefunden, um zur Medienvielfalt auf kantonaler Ebene beizutragen. Es ist auch uns klar, dass sich ein Medienhaus wie die Tamedia respektive die TX Group, die von Rahel Ruch schon erwähnt worden ist, als Partnerin der medialen Grundversorgung verabschiedet und schon länger nicht mehr primär die Interessen der Leser*innen ins Zentrum stellt, sondern den eigenen Profit, und daher den Shareholder Value deutlich über den Stakeholder Value setzt. Auch diesbezüglich schliesse ich mich ganz klar der von Rahel Ruch geäusserten Kritik an.

Der Kanton Bern unterstützt gemäss Artikel 46 seiner Verfassung die Unabhängigkeit und Vielfalt der Informationen. Diesen Auftrag sollen und werden der Regierungsrat und der Grosse Rat des Kantons Bern auch wahrnehmen müssen. Dementsprechend erwarten wir sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebene ein rasches und effektives Handeln zur Förderung der Medienvielfalt. Wir sollten uns also kollektiv dafür einsetzen, dass sich unsere Parteien auf kantonaler und nationaler Ebene für intelligente Förderansätze zum Erhalt unserer sehr wichtigen vierten Gewalt engagieren. Eine städtische Medienförderung erachten wir aber nicht als sinnvoll, denn sie wäre vermutlich zu wenig effektiv. Gemäss eines Berichts des Regierungsrats des Kantons Bern vom 14. August 2019 zur Förderung der Medienvielfalt gibt es bereits auf kantonaler Ebene nur sehr wenige Massnahmen, die genügend Wirkung entfalten würden, um die Kräfte des Marktes in spürbarem Umfang beeinflussen zu können. Es ist daher nur schwer vorstellbar, dass es auf städtischer Ebene eine sinnvolle und effektive Massnahme gibt. Die bestehenden lokalen Medienförderungsbeispiele aus Lausanne, Nyon oder Mies im Waadtland sind, ehrlich gesagt, keine Vorzeigebispiele. So werden mit Steuergeldern beispielsweise Abonnemente für Vertreter*innen aus den Stadtparlamenten bezahlt oder fixe Inserateseiten gekauft. Ein solches Vorgehen würde in Bern wohl eher zugunsten der TX Group und deren Profit ausfallen. Auch der Vorschlag des Gemeinderats in seiner Antwort auf das Postulat, eine Stelle bei der SDA zu finanzieren, scheint uns ein wenig sinnvoller Weg zu sein. Dies wäre ein schlechter Ersatz für das, was wir benötigen, nämlich viel gute, analytische Medienarbeit aus den Redaktionsteams, die aus dem Wettbewerb zwischen den verschiedenen Medien geboren wird. Ein potenzielles Risiko der städtischen Medienförderung sehen wir auch darin, dass diese zum Strukturerehalt beitragen und Innovationen verhindern könnte. So stellt beispielsweise auch der Verband Schweizer Medien fest, dass eine freie Presse mit starken Medienhäusern keine Subventionen, sondern gute Rahmenbedingungen benötigt. Bei einer direkten Medienförderung durch den Staat bestünde die Gefahr, dass die Unternehmen davon abhängig werden und die Marktstrukturen erhalten bleiben. Es ist anzumerken, dass die Medienvielfalt in der Stadt Bern gemäss Bericht des Regierungsrats, den ich zitiert habe, ausserhalb des Printbereichs in der Stadt Bern seit 1979 zugenommen hat, dies entgegen der Wahrnehmungen. Gerade im Online-Bereich sehen wir ein grosses Wachstumspotenzial und die geplante Medienförderung des Bundes wird insbesondere auch in diesem Bereich weitere Unterstützung bieten. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion GLP/JGLP das vorliegende Postulat mehrheitlich ab. Falls es aber vom Stadtrat angenommen wird, schliessen wir uns dem Prüfungsbericht des Gemeinderats an.

Abschliessend erlaube ich mir eine persönliche Aufforderung an alle: Wenn es uns allen in diesem Saal mit der Förderung der Medienvielfalt tatsächlich ernst ist, sollten wir alle mit gutem Beispiel vorangehen und selber je ein Abonnement der BZ und des «Bund» kaufen, um auf lokaler Ebene informiert zu bleiben. Das digitale Abonnement kostet lediglich 19 Franken pro Monat, was mit unserem vor kurzem erhöhten Sitzungsgeld problemlos für alle erschwinglich sein sollte. Damit können wir alle einen Beitrag zur Medienvielfalt leisten und dabei diverse Informationen und Analysen konsumieren, was durchaus auch zur Qualität unseres politischen Dialogs beitragen sollte.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich finde den Vorschlag meiner Vorrednerin interessant. Ein Abonnement zu kaufen, ist kein Problem. Wahrscheinlich haben die meisten in diesem Rat eine der beiden erwähnten Zeitungen abonniert. Mir scheint allerdings, das Kind sei bereits in den Brunnen gefallen.

Die Zusammenführung der Redaktionen von BZ und «Bund» ist der Schlusspunkt etlicher Massnahmen, die in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass die Medien- und Meinungsvielfalt in der ganzen Schweiz abgenommen hat und noch weiter abnehmen wird. Die Konzentrationsprozesse der grossen Medienhäuser sind dem digitalen Strukturwandel und der damit einhergehenden Abwanderung der Werbegelder in Internetportale geschuldet. Sie dienen aber auch einer Gewinnmaximierungs-Ideologie, die den Wert der Publizistik zunehmend in den Hintergrund drängt. Bestes Beispiel dafür ist das Unternehmen, das schon mehrfach genannt worden ist, früher einmal «Tages Anzeiger» hiess und heute unter dem Kürzel TX Group auftritt. Der einstige Verlag ist zum Gemischtwarenladen mutiert, die Tageszeitung verkommt zum Nischenprodukt. Die publizistische Verantwortung der grossen Medienhäuser gegenüber der Gesellschaft nimmt laufend ab. Was zählt, ist der Shareholder Value. Meinungs- und Medienvielfalt sind aber eine Grundbedingung für demokratische Staaten, erst recht in einer direkten Demokratie. Die vierte Gewalt, wie auch ein sehenswerter Film von Dieter Fahrner heisst, wird somit zum Spielball grosser Konzerne. Die Kontrolle der anderen drei staatlichen Gewalten ist damit nur schwer zu bewerkstelligen. Selbst beim öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender SRF, der durch Gebühren finanziert wird, werden Redaktionen zusammengelegt, Standorte geschwächt und finden Einsparungen statt, dies trotz deutlich abgeschmetterter «No-Billag»-Initiative. Wie die öffentliche Hand diesen Prozess stoppen kann, wird seit Jahren diskutiert. Medienförderung geschieht heute schon auf nationaler Ebene durch die Subventionierung der Pressezustellung. Dies reicht aber nicht aus. Es braucht weitreichendere Modelle, damit die Medienvielfalt erhalten bleibt. Richtig gute, sinnvolle und pragmatische Lösungen zu finden, die die Unabhängigkeit der Medien in einem Fördersystem gewähren, ist eine schwierige Aufgabe. Gangbar scheint im Moment vor allem der Weg über eine Stiftung.

Der Postulant verlangt, dass sich die Stadt Bern gemeinsam mit dem Kanton an Medienförderungsmassnahmen beteiligt, und macht in seinem Vorstoss einige Vorschläge dazu. Wie der Gemeinderat feststellt, werden auf nationaler Ebene Diskussionen zur Medienförderung geführt. Auch der Kanton Bern revidiert sein Informationsgesetz und möchte jene medienpolitischen Akteur*innen unterstützen, die zum Erhalt und zur Stärkung der regionalen Medien beitragen. Die entsprechende Vorlage kommt voraussichtlich nächstes Jahr in den Grossen Rat. Bereits heute unterstützt der Gemeinderat die Publikation der Kulturagenda mit 100 000 Franken, trotzdem handelt es sich beim Kulturjournalismus um eine gefährdete Gattung. Musik-, Literatur-, Kunst- und Theaterbesprechungen erhalten immer weniger Platz in den Tageszeitungen. Angesichts schrumpfender Redaktionen, also des ständigen Personalabbaus im Journalismus, werden der vierten Gewalt die Ressourcen entzogen und kann Meinungs- und Medienvielfalt nicht mehr garantiert werden.

Der Gemeinderat will Vorschläge zur Förderung der lokalen Medienvielfalt im Jahr 2022 erarbeiten lassen. Er schlägt beispielsweise vor, SDA-Redaktionsstellen für die lokale Berichterstattung zu finanzieren. Auf diese Weise könnten allenfalls auch die Quartieranzeiger gestärkt werden. Auch die Massnahmen des Bundes zielen darauf ab, die Medienvielfalt zu erhalten. So wird beispielsweise erwogen, Online-Medien zu unterstützen. Dies scheinen uns sinnvolle Vorschläge zu sein, damit die Meinungsvielfalt in der lokalen Berichterstattung erhalten bleibt. Es wären aber weitreichendere Massnahmen nötig, denn gefährdet ist nicht nur die lokale Berichterstattung, sondern beispielsweise auch der Kulturjournalismus. Wir unterstützen den Vorschlag des Gemeinderats, sich um kommunale Medienförderung zu kümmern, sobald das Informationsgesetz im Grossen Rat verabschiedet worden ist. Der Gemeinderat sollte sich aber schon vorher Gedanken machen, wie kommunale Medienförderung aussehen könnte. Die Vorschläge zielen in die richtige Richtung, aber die Zeit drängt. Deswegen sollten sie bald umgesetzt werden, bevor die Redaktionen totgespart worden sind. Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das vorliegende Postulat.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion SVP: Zunächst möchte ich den Journalistinnen und Journalisten danken, die am Donnerstagabend jeweils hierher kommen, um uns zuzuhören und über unser Tun wohlwollend Bericht zu erstatten.

Zum Postulat: Die Fraktion SVP ist für einen starken Medienplatz und für eine hohe Medienvielfalt in der Stadt Bern. Wir unterstützen daher die Stossrichtung des Vorstosses, erachten aber – wie der Gemeinderat – eine finanzielle Unterstützung einzelner Redaktionen als heikel. Dagegen sprechen vor allem demokratiepolitische Gründe und der mögliche Verlust der Unabhängigkeit einzelner Redaktionen. Da wir der Meinung sind, dass es vor allem lokale Themen sind, für die sich die Berner*innen interessieren und beschäftigen, ist es aus unserer Sicht aber wichtig, dass es auch in Zukunft Medien gibt, die über lokale Themen berichten, auch wenn diese nicht über die Stadt hinaus interessieren. Aus diesen Gründen stimmt eine Mehrheit der Fraktion der Erheblicherklärung des Postulats sowie dem Prüfungsbericht zu.

Einzelvoten

Patrizia Mordini (SP): Ich bin Mitglied der Geschäftsleitung von Syndicom, der Gewerkschaft für Medien und Kommunikation. Das vorliegende Thema betrifft uns sowie die Fraktion SP/JUSO ganz besonders.

Wohin entwickelt sich die Medienlandschaft Bern? Wird es noch journalistische Vielfalt und Medienfreiheit geben? Wenn in Berner Medienartikeln über die Berner Politik und über Geschäfte von Stadtrat, Gemeinderat und Grosse Rat berichtet wird, muss dies nach meinem Dafürhalten einen entsprechenden Detailgrad aufweisen und ein wenig in die Tiefe gehen. Nötig ist eine gewisse Kenntnis von Personen, Inhalten und von Bern-spezifischen Mechanismen und Strukturen. Es kann nicht sein, dass es zum neuen Standard wird, nur noch kurze SDA-Artikel zu haben, die im «Bund» und in der BZ publiziert werden, Artikel, wie sie vielleicht in Zürcher Medien normal sind, weil man nicht in diesem Detailgrad über die Berner Politik oder Kultur informiert werden will. Was eine Zürcherin oder ein Zürcher gerne liest, kann aber nicht der Standard dafür sein, was in Bern gelesen wird. Abgesehen davon war gerade die SDA vor kurzem von massiven Sparmassnahmen betroffen, wie viele andere auch. Die Idee des Gemeinderats kann man gerne prüfen, aber es bräuchte noch ein wenig mehr. Es geht neben dem Erhalt der Qualität des Lokaljournalismus auch um die Arbeitsplätze der Mitarbeitenden der Berner Medien. Das eine geht mit dem andern Hand in Hand und ich bin ehrlich gesagt ein wenig enttäuscht, dass sich der Gemeinderat bisher nicht vehementer eingesetzt hat. Er verfügt über eine starke Position, die er nutzen könnte und sollte. Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit bereits klar für den Berner Medienstandort ausge-

sprochen, so wirkte er beispielsweise bei der «No-Billag»-Initiative medial stark mit und der Stadtpräsident setzte sich bei der Verlagerung von Teilen des Radiostudios Bern nach Zürich gegen aussen medial ebenfalls stark ein. Ein solches Vorgehen wäre auch im vorliegenden Fall opportun. Die Antwort des Gemeinderats geht mir daher zu wenig weit. Antworten zu den Fragen des Kulturjournalismus für Bern finden sich darin kaum, auch diesbezüglich wäre mehr möglich.

Zur Tamedia: Anlässlich der Personalinformation vom 28. Oktober sagte die Tamedia zu ihren Mitarbeitenden, man wolle mit der Zusammenlegung von BZ und «Bund» zu einem «Team Bern» Synergien in der kantonalen und städtischen Berichterstattung schaffen. Die Gerüchte, dass die Hälfte der Stellen wegfallen werde, seien übertrieben. Wir glauben aber nicht, dass es sich dabei nur um Gerüchte handelt. Die Tamedia hat durch ihre Monopolstellung in Bern eine hohe publizistische Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Andernfalls droht eine mediale Unterversorgung, und dies ausgerechnet im politischen Zentrum der Schweiz. In kleinen Gemeinden droht die Berichterstattung durch unabhängige Medien ganz wegzufallen. Ich fordere daher von der Tamedia Folgendes: 1. Kein Einheitsbrei in der Berichterstattung, 2. eine Reduktion der geplanten Entlassungen und 3. einen guten Sozialplan für die betroffenen Redaktionsmitglieder von BZ und «Bund». Ich bitte den Gemeinderat eindringlich, in Gesprächen mit der Tamedia auch in diese Richtung zu wirken und entsprechend Verantwortung zu übernehmen. Wir sagen Ja zum vorliegenden Postulat.

Zu guter Letzt erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung: Dieses Votum war meine letzte Wortmeldung nach fünfzehneinhalb Jahren in diesem Rat. Ich danke Ihnen allen für die Zusammenarbeit.

Manuel C. Widmer (GFL): «Verzeiht, ich hör' Euch deklamieren, was braucht Kultur Zuschauer oder Geld, sie braucht Klicks.», Klicks auf der Paywall-geschützten Homepage der zusammengelegten Zürcher Zeitungen für die Region Bern. So unternehmerisch kalt hallte es vor wenigen Wochen durch die Redaktionsräume der Berner Modellzeitungen. Die Kulturjournalisten wurden gescholten, zweigleisig Opernaufführungen besucht zu haben und zweigleisig zu rezensieren, eine Geldverschwendung, die nur darin hindert, am Abend vor dem Fernseher zu sitzen und Kritiken über Netflix-Produktionen zu schreiben, die man an Werbungen und damit auch an Klicks koppeln kann. «The crown versus Othello». Auf dem Altar der schönen neuen Medienwelt wird in Bern ein diverser Kultur- und Politjournalismus geopfert, das Feuilleton wird zu einer 20-Minuten-Angelegenheit, mit Blick auf die roten Teppiche anstatt auf adjektivreiche Entladungen von berührten oder kalt gelassenen Kulturjournalist*innen. Nationale Ausstrahlung als Kriterium für regionale Berichterstattung wird es den lokalen Kulturproduktionen, der lokalen Politik und auch uns als Stadtrat noch schwieriger machen, den Weg in die Zeitungen und damit zu den Leuten zu finden. Dort, wo der Kultur das Wasser schon bis zum Hals steht, schüttet man noch Gänsewein nach.

Das Ende der lokalen Berichterstattung wird sich auf die Kultur und die direkte Demokratie auswirken. Gemeindeversammlungen werden dem Volkstheater in der Schularena gleichgestellt und aus dem medialen Bewusstsein gestrichen. Dort, wo heute dank einer publizistischen Konkurrenz im lokalen und kulturellen Bereich noch eine Vielfalt an Meinungen und Themen abgebildet wird, erhalten Bernerinnen und Berner bald einen medialen Einheitsbrei serviert. Neue Berner Medienwelt, mir graut vor Dir! Auch wenn man je ein Abonnement von BZ und «Bund» kauft, mit dem Zweck, dass man in Zukunft zweimal genau dasselbe lesen wird, eins für zwei sozusagen, wird dies nicht helfen. Helfen wird nur eine äusserst aktive Förderung der Medienvielfalt auf lokaler Ebene durch die Politik. Diesbezüglich müssen wir offen sein bezüglich der Mittel. Ich danke dem Gemeinderat, dass er Mittel aufgezeigt hat, auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass diese der Weisheit letzter Schluss sind. Man muss sicherlich noch weiterdenken und andere Möglichkeiten finden, die Medienvielfalt zu fördern.

Aber wenn wir wollen, dass die direkte Demokratie auch in Zukunft funktioniert – und das tut sie nur, wenn sich die Bevölkerung informieren kann und informiert ist – muss der Staat in diesem Bereich eingreifen und Unterstützung leisten. Man kann sagen, es handle sich um eine nationale Angelegenheit. Ja, das ist so, genau in diese Richtung bewegt sich der Trend. Die TX Group sagt, das Kommunale soll nur noch dann eine Rolle spielen, wenn es nationale Ausstrahlung hat. Gerade dies wollen wir aber verhindern. Es soll nicht nur dann aus dem Stadtrat berichtet werden, wenn das behandelte Thema eine nationale Ausstrahlung hat. Der Slogan «Die Region zuerst!» ist leider schon lange Makulatur.

Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat zu überweisen, dies nur schon als Signal gegen ausser, dass es uns nicht gleichgültig ist, was mit der Medienwelt passiert und dass Kultur- und Lokaljournalismus zusammengestrichen werden und vor die Hunde gehen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Danke für das vorliegende Postulat und für die medienpolitische Debatte, die für mich in dieser Form und in diesem Stadtrat ein Highlight darstellt. Diese Debatte ist wichtig, wie Sie es auch betonen, denn ohne Medienvielfalt funktioniert eine direkte Demokratie nicht. Es gibt genügend Beispiele, in welchen die Leitmedien verschwunden sind oder zu einem einzigen Medium fusioniert wurden, so in Basel, Luzern oder der Romandie, und man hat gesehen, welche Effekte dies auf die Medienvielfalt und auch auf die Qualität der demokratischen Auseinandersetzung hat. In diesem Sinn waren wir bis jetzt verwöhnt mit BZ und «Bund», die diese Vielfalt tatsächlich noch bieten. Wir wissen, dass wir uns medienpolitisch in einem Strukturwandel befinden, alles verändert sich. Natürlich gibt es heute neben Radio, Fernsehen und Internet noch sehr viele weitere Medien, was aber geblieben ist, vor allem in der Lokalpolitik, sind die Tageszeitungen, die nach wie vor unsere Leitmedien sind. Wenn etwas nicht in der Tageszeitung steht, ist es nicht geschehen. Dies ist auch der Grund, weshalb wir dermassen virulent auf die Tageszeitungen angewiesen sind und darauf, dass es davon zwei gibt. Die Lokalpolitik findet in den Tageszeitungen statt. Dies ist ein wenig traurig für die Lokalradios und das Lokalfernsehen sowie für alle Online-Medien, aber es ist eine Tatsache. Gerade hier liegt das Problem des Zusammenrutschens von BZ und «Bund». Man könnte sagen, es gebe ja immer noch beide Zeitungen. Im «Bund» steht die Konzertkritik von Ane Hebeisen, die in der BZ niemand lesen will, weil die Leute dort überfordert wären damit, während in der BZ über die Gemeindeversammlung von Rüderswil berichtet wird, was die «Bund»-Leser*innen weniger interessiert. Dass es immer noch zwei Zeitungen gibt, ist aber nicht entscheidend. Entscheidend ist vielmehr das, was jetzt bei der Tamedia passiert. Der Grundsatz der Reform bei Tamedia lautet, dass jede Geschichte nur noch einmal geschrieben wird. Dies bedeutet, dass es zu jedem Thema nur noch eine Geschichte gibt. Darin liegt der entscheidende Verlust der Medienvielfalt. Wir werden nicht mehr in der Lage sein, bei den Medien eine Geschichte zu lancieren. Heute sitzen die Journalist*innen immer auf Nadeln und wissen, wenn sie die Geschichte nicht nehmen, die ihnen angeboten wird, erhält sie eine andere oder ein anderer. Nur mit dieser Medienkonkurrenz gibt es eine Medienvielfalt und diese geht jetzt verloren. Ich weiss nicht, ob wir das Ganze in dieser Form noch retten können. Es ist zu befürchten, dass die Entwicklung dafür bereits zu weit fortgeschritten ist und es nichts mehr hilft, wenn wir der Tamedia sagen, sie sollen nett sein und das Ganze anders finanzieren.

Bei einer Tageszeitung handelt es sich um ein Gesamtkunstwerk. Tageszeitungen haben traditionell so funktioniert: Wenn man gute Geschichten hatte, hatte man auch gute Auflagen, bei guten Auflagen gab es gute Werbeeinnahmen und bei guten Werbeeinnahmen hatte man mehr Geld und konnte mehr in den Journalismus investieren. Es war ein Erfolgszyklus. Im Moment geht das Ganze in die andere Richtung, es handelt sich eher um einen Teufelszyklus: Die Zeitungen verlieren Werbegelder und haben dadurch weniger Geld, das sie in den Journalismus investieren können. Dies führt dazu, dass sie weniger attraktiv werden und weitere

Leser*innen verlieren. Dies ist die aktuelle Problematik der Tageszeitungen. Der Anfängerfehler geschah schon vor Jahren oder Jahrzehnten, indem die Informationen gratis verschenkt wurden. Heute merkt man, dass Information nicht gratis zu haben ist und dass der Qualitätsjournalismus etwas kostet. Die Bezahlschranken wurden aber viel zu spät errichtet. Das Ganze steigt jetzt zwar langsam an und es gibt tatsächlich Leute wie Gabriela Blatter, die je ein Abonnement der BZ und des «Bund» kaufen, aber noch gibt es viel zu wenige solcher Leser*innen. Man hat das Ganze ein wenig verpasst, auch von Seiten der Stadt.

Was kann man tun? Wir haben keine Möglichkeit, ausserhalb der Medien mit der Bevölkerung zu sprechen. Auch dies müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir können in der Stadt Bern keine Gemeindeversammlung machen oder alle zusammenerufen und Ihnen sagen, es gehe um dies und das. Dies ist schlicht nicht möglich. Das einzige, was wir machen, ist, die Traktandenliste der Stadtratssitzung im Anzeiger abdrucken zu lassen oder die Botschaften für die Volksabstimmungen zu verfassen. Alles andere ist nicht möglich, wir haben also keinen direkten Draht zur Bevölkerung, sondern sind auf die Medien angewiesen. Selbstverständlich kann es aber nicht sein, dass wir die Medien staatlich aufbereiten. Aus diesem Grund schlagen wir als Idee eine staatliche SDA vor. Mir scheint, dass Sie diese Idee nicht ganz richtig verstanden haben. Was ist eine staatliche SDA? Damit ein Medium funktioniert, braucht es einen regelmässigen Nachrichtenfluss, wie man bei der Republik oder beim Journal B sieht. Dieser Nachrichtenfluss ist wichtig, damit das Medium für Sie interessant wird und Sie es lesen. Er soll gut aufbereitet sein. Mit der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) gibt es dies in der Schweiz bereits. Sie bringt die audiovisuellen Inhalte, journalistisch aufbereitet, die Sie überall schauen können, denn SRG-Inhalte werden heute längst nicht mehr nur auf den Kanälen der SRG konsumiert. Genau dasselbe müsste man mit einer staatlichen SDA im Print-Bereich machen. Die Idee dahinter ist, journalistisch aufbereitete News regelmässig unter die Leute zu bringen. Ein Produkt wie die Republik könnte sich damit anreichern und hätte so neben den Leuchtturm-Geschichten auch einen News-Kanal, den wir alle wollen, wenn wir eine Tageszeitung oder ein Tagesmedium konsumieren. Diese Idee einer staatlichen SDA zeigt auch, dass die Medienförderung heute verkehrt läuft. Heute erfolgt die Medienförderung durch den Bund ganz am Schluss der Vertriebskette, indem die Postzustellung vergünstigt wird. Dies ist jedoch der falsche Ort dafür. Man muss vielmehr dort ansetzen, wo die Qualität generiert wird, nämlich ganz am Anfang, bei der Aufbereitung. Daher wäre der Bund gut beraten, wenn er in die SDA investieren würde. Ob er den Medienkonzernen die Last nun abnimmt oder nicht, ist nicht der springende Punkt. Es geht um Qualität im Journalismus, die wir erreichen möchten. Einen solchen News-Feed könnten viele Tagesmedien nutzen und damit ein rentables Medium betreiben.

Wo befindet sich in dieser ganzen Angelegenheit die Aufgabe der Stadt? Ich gehe davon aus, dass wir es nicht schaffen werden, selber ein Medium aufzubauen. Wir würden dies nicht finanzieren können und es ist wohl auch nicht unsere primäre Aufgabe, aber wenn sich auf übergeordneter Ebene gute Ansätze ergeben, werden wir uns diesen anschliessen und sie ergänzen können, um im lokalen Bereich Förderung zu betreiben. In der aktuellen medienpolitischen Misere gibt es vielleicht auch eine gute Nachricht: Was fortbestehen wird, sind die superlokalen Medien. Diese haben eine Art News-Monopol auf den ganz lokalen Vorkommnissen. Ich spreche beispielsweise von der Bümpliz-Woche, den Quartieranzeigern, den Leist-Publikationen und dergleichen. Um diese Medien habe ich weniger Angst, da sie weiterhin eine «Unique Selling Proposition» (USP) haben werden, denn sie sind die einzigen, die diese News auf dieser Ebene anbieten können. Vielleicht liegt die Lösung auch darin, auf dieser superlokalen Ebene etwas zu realisieren.

Insgesamt handelt es sich um eine schwierige und ernüchternde Situation. Ich habe unsere Überlegungen dazu nun ausführlich dargelegt. Wir bleiben am Ball und ich bin froh, wenn sich der Stadtrat bei diesem Thema ebenfalls weiterhin engagiert.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (50 Ja, 13 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 008*
3. Die Stellungnahme des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht. (61 Ja, 2 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 009*

2015.SR.000284

12 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, BDP/CVP (Daniel Egloff, PdA/Isabelle Heer, BDP/Claudio Fischer, CVP/Manfred Blaser, SVP): Behindertengerechte Sitzbänke dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden!; Abschreibung

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.
Bern, 11. September 2019

Marieke Kruit (SP) für die Motionär*innen: Die PVS empfiehlt Ihnen einstimmig, der Abschreibung zuzustimmen. Der Vorstoss fordert, dass 50% der Sitzbänke in der Stadt Bern geh- und sehbehindertengerecht eingerichtet werden. Mit der Einführung der Neuen Berner Bank ist diese Forderung erfüllt. Im Mai 2019 genehmigten wir den Kredit für die Realisierung von 500 Bänken und im Herbst 2019 ging man in Serienproduktion. Die Bänke werden nach und nach installiert. Positive Rückmeldungen gab es von den Behindertenverbänden und vom Seniorinnen- und Seniorenrat, sie sind zufrieden mit der Umsetzung. Abschliessend möchte ich zwei Dinge erwähnen: Eine schöne Geste erfolgte vom Verein für Alter, Sektion Bern: Er sponserte die Bänke mit 10 000 Franken. Ein grosses Dankeschön geht auch an Gemeinderätin Ursula Wyss und an die Verwaltung für die rasche Umsetzung des Vorstosses.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung zu. (64 Ja, 0 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 010*

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

Die Protokollführerin

X

X

Barbara Nyffeler

Marianne Hartmann

Präsenzliste der Sitzung 19.35 bis 21.40 Uhr

Vorsitzend

Präsidentin Barbara Nyffeler

Anwesend

Mohamed Abdirahim	Katharina Gallizzi	Szabolcs Mihalyi
Sophie Achermann	Eva Gammenthaler	Patrizia Mordini
Timur Akçasayar	Lionel Gaudy	Niklaus Mürner
Katharina Altas	Thomas Glauser	Seraina Patzen
Ruth Altmann	Hans Ulrich Gränicher	Tabea Rai
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiler	Daniel Rauch
Elisabeth Arnold	Bernadette Häfliger	Simon Rihs
Oliver Berger	Erich Hess	Sarah Rubin
Tom Berger	Michael Hoekstra	Rahel Ruch
Lea Bill	Thomas Hofstetter	Michael Ruefer
Laura Binz	Matthias Humbel	Kurt Rüegsegger
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Remo Sägesser
Regula Bühlmann	Ueli Jaisli	Marianne Schild
Michael Burkard	Bettina Jans-Troxler	Edith Siegenthaler
Francesca Chukwunyere	Irène Jordi	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Nadja Kehrl-Feldmann	Therese Streit-Ramseier
Joëlle de Sépibus	Ingrid Kissling-Näf	Bettina Stüssi
Rafael Egloff	Philip Kohli	Michael Sutter
Bernhard Eicher	Eva Krattiger	Ayse Turgul
Sibyl Martha Eigenmann	Marieke Kruit	Johannes Wartenweiler
Claudine Esseiva	Nora Krummen	Janosch Weyermann
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Manuel C. Widmer
Barbara Freiburghaus	Peter Marbet	Marcel Wüthrich

Entschuldigt

Devrim Abbasoglu-Akturan	Ueli Fuchs	Simone Machado
Diego Bigger	Brigitte Hilty Haller	Daniel Michel
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Zora Schneider
Vivianne Esseiva		

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Ratssekretärin	Sabrina Hayoz, Ratsweibelin
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

Mitteilungen der Vorsitzenden

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Aus Ihren Reihen wurde der Wunsch an mich herangetragen, eine Schweigeminute zu halten, zum Gedenken an all die Menschen, die an Corona gestorben sind oder im Sterben liegen. Im Kanton Bern sind mehr als 500 Menschen an COVID-19 gestorben. Wir wollen auch an ihre Angehörigen denken. Und an alle, die derzeit im Spital behandelt werden müssen sowie an alle, die in den Spitälern arbeiten, an die Pflegenden, die Ärzt*innen usw. Ich bitte Sie um einen Moment der Ruhe und des stillen Gedenkens.

Der Rat hält eine Schweigeminute.

- Traktandum 14 wird vorgezogen. -

2020.PRD.000069

14 Kommunale Corona-Notunterstützung für die notleidende Wirtschaft in Form einer Mietzinshilfe für Geschäftsräumlichkeiten; Konzept

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt das Konzept betreffend die kommunale Corona-Notunterstützung für die notleidende Wirtschaft in Form einer Mietzinshilfe für Geschäftsräumlichkeiten.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 9. Dezember 2020

Anträge

1.	SBK	Der Stadtrat bewilligt das Konzept betreffend die kommunale Corona-Notunterstützung für die notleidende Wirtschaft in Form einer Mietzinshilfe für Geschäftsräumlichkeiten.
2.	SBK	Der Stadtrat erhöht den Globalkredit 2021 des Wirtschaftsamts (Dienststelle 160, P160150, 3635.0160) mittels Nachkredit um Fr. 5'000'000.00 auf Fr. 7'287'878.01. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Artikel 51 Absatz 4 der Gemeindeordnung der Stadt Bern nicht der fakultativen Volksabstimmung.
3.	SBK	Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat auf der Basis des vom Stadtrat gemäss Gemeinderatsantrag bewilligten Konzepts betreffend die kommunale Corona-Notunterstützung und zur Umsetzung des mit Antrag 2 SBK allenfalls genehmigten Nachkredits eine Verordnung über die Corona-Notunterstützung erlassen wird.
4.	SBK	Er beauftragt den Gemeinderat, die zuständige Kommission des Stadtrats (Soziales, Bildung und Kultur) regelmässig über das Geschäft und die Umsetzung der Verordnung zu informieren.
5.	SBK	Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6.	GB/JA!	Zu Art. 6, Entschädigung für Mietzinsausfälle: Die Stadt soll Mieter*innen, die keine Einigung mit ihren Vermieter*innen bezüglich eines Mietzinserslasses erlangen konnten, in der Verhandlung unterstützen. Der Gemeinderat bezeichnet eine Stelle, an die sich Mieter*innen nach einem missglückten Einigungsversuch wenden können. Diese Stelle soll Kontakt mit der entsprechenden Vermieter*in aufnehmen und im Sinne eines Schlichtungsverfahrens versuchen, eine Einigung zu erzielen.
7.	GB/JA!	Zu Abschnitt 3, Verfahren:

		Die Information über die Unterstützungsmassnahmen sollen nicht nur übers Wirtschaftsamt, sondern auch über weitere städtische Netzwerke wie zum Beispiel der Gemeinwesenarbeit, des Kompetenzzentrums Integration, Kultur oder des Sozialamtes bekannt gemacht werden.
8.	GB/JA!	Zu Abschnitt 3, Verfahren: Die Informationen sollen in mehreren Sprachen so aufbereitet werden, dass sie für möglichst viele Menschen zugänglich sind. (Auch Print und nicht nur digital, leichte Sprache, klare Abläufe, Vorlagen für Gesuche etc.)
9.	GB/JA!	Zu Abschnitt 3, Verfahren: Menschen, die sich im Prozess der Gesuchereinreichung nicht zurechtfinden (z.B. wegen fehlender Deutschkenntnissen) sollen von der Stadt beim Einigungsprozess betreffend Mietzinsreduktion und Einreichen eines Gesuches unterstützt werden. Der Gemeinderat bezeichnet dafür eine entsprechende Ansprechstelle.
10.	GB/JA!	Zu Art. 6, Entschädigung für Mietzinsausfälle und Art. 9, Härtefallbeitrag: Der Schwellenwert für die nötige Umsatzeinbusse, um von der städtischen Unterstützung profitieren zu können, soll von 40% auf 20% gesenkt werden.
11.	GB/JA!	Allgemein: Die SBK wird im März, sobald erste Erfahrungen vorliegen (und sollte die Unterstützung über längere Zeit geleistet werden regelmässig), über die geleistete Unterstützung informiert. Der Gemeinderat legt einen Bericht vor, der Auskunft gibt über die Höhe der geleisteten Unterstützungsbeiträge, gescheiterte gemeldete Einigungen betreffend Mietzinsreduktionen, Anzahl Beiträge, betroffene Branchen, abgelehnte Gesuche, Härtefallregelung etc.
12.	Tom Berger (FDP)	Der Zeitraum, für welchen Gesuche eingereicht werden können, soll um die Monate März bis Mai 2020 erweitert werden.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Das vorliegende Geschäft wurde in hohem Tempo erarbeitet. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat ein Konzept für eine kommunale Corona-Notunterstützung vor. Die SBK beantragt, dass der Rat zugleich über den Nachkredit befinden soll. Wenn dem keine Opposition erwächst, beraten wir heute sowohl über das Konzept als auch über den Nachkredit.

SBK-Referent *Tom Berger (JF)*: Den Betrieben in vielen Branchen steht das Wasser bis zum Hals oder höher. Es drohen Konkurse und Entlassungen und damit verbunden, mittel- bis langfristig, hohe Kosten für die öffentliche Hand. Dementsprechend muss die öffentliche Hand alles daransetzen, die Unternehmen mit den dringend nötigen liquiden Mitteln zu versorgen, um durch die Pandemie bedingte Konkurse und weitere Entlassungen zu verhindern. Die Stadt Bern lud am 16. November 2020 zu einem Runden Tisch ein, an dem Vertreter*innen des Gemeinderats beziehungsweise der Direktionen PRD, SUE und FPI und Vertreter*innen von Verbänden, Parteien und weitere Organisationen teilnahmen. Der Runde Tisch erkennt grossmehrheitlich dringlichen Handlungsbedarf. Die kommunale Nothilfe ist als Ergänzung zu den vom Bund und den Kantonen in Aussicht gestellten Härtefallmassnahmen zu verstehen. Allerdings wird über diese Massnahmen und Pakete seit Monaten verhandelt. Wir warten seit Monaten auf konkrete Ergebnisse, werden aber stets auf eine nächste Debatte, auf eine nächste Verhandlungsrunde getröstet. Umso mehr ist es angezeigt, dass die Stadt auf kommunaler Ebene etwas gegen pandemiebedingte Konkurse und Entlassungen unternimmt. Laut den jüngsten Beschlüssen des Nationalrats sieht es für die Härtefallklausel des Bundes

nicht schlecht aus, aber die Sache ist noch lange nicht in trockenen Tüchern; erst die nahe Zukunft wird zeigen, welche Hilfeleistungen folgen. Der Gemeinderat befasste sich gemeinsam mit den Vertreter*innen der Organisationen und Parteien am Runden Tisch und mit den Expert*innen der Verwaltung intensiv mit der Frage, ob und wie die Stadt Bern den betroffenen Betrieben Unterstützung bieten kann. Im Fokus der Überlegungen steht der Gedanke, dass primär die Betriebe unterstützt werden sollen, die von den Unterstützungsmassnahmen von Bund und Kanton nicht in ausreichendem Umfang profitieren; namentlich kleine Betriebe, die das Umsatzlimit von 100 000 Franken pro Jahr nicht erreichen.

Für die kommunale Unterstützung wurde ein an die Geschäftsmieten gebundenes Modell gewählt; dies vor dem Hintergrund, dass eine nationale Lösung zu den Mieten vom Bundesparlament verworfen wurde. Der Gemeinderat evaluierte die Vor- und Nachteile verschiedener Modelle, bevor er sich für das Mietzins-Modell entschied. Die SBK findet diesen Entscheid richtig. Als Alternative wurden geprüft: 1. Ein Modell mit Gutscheinen, das aber nichts bringt, wenn die Gutscheine nicht eingelöst werden können, weil zahlreiche Betriebe geschlossen sind. Ein solches Modell ist hilfreich in einer Phase, in der die Gastronomiebetriebe und Geschäfte ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, so dass die Leute ihre Gutscheine einlösen können. 2. Ein kommunales Kreditmodell bringt nicht viel: Es ist utopisch, zu meinen, dass Kleinbetriebe, die in Branchen mit kleinen Margen arbeiten, die erhaltenen Kredite in nützlicher Frist zurückzahlen können, selbst wenn sie zinslos sind. 3. Ein Härtefallmodell ergänzend zum Härtefallmodell des Bundes ist nicht zielführend, da es zu Doppelspurigkeiten führt. So bleibt nur die Variante des Mietzins-Modells, dessen Konzept uns der Gemeinderat vorlegt. Das Prozedere bei der Evaluation der erwähnten Varianten, die zur Wahl des Modells der Mietunterstützung führte, wird im Vortrag des Gemeinderats eingehend erläutert.

Zu den Eckwerten des vorgesehenen Modells: Es wird eine Einigungslösung angestrebt, bei der sich die Vermieter und Mieter auf einen substanziellen Mietzinsnachlass einigen müssen. Im Zeitraum, in dem die Massnahmen greifen, müssen die ausgehandelten Mietzinsvergünstigungen mindestens 40 % betragen. Zur Zielgruppe gehören juristische Personen oder Einzelfirmen mit Sitz in Bern. Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Hilfsmassnahmen vom 1. November 2020 bis 31. März 2021 umgesetzt werden. Dies geschieht in der Hoffnung, dass sich die Situation bis April 2021 normalisieren wird, und das Leben wieder in gewohntem Rahmen stattfinden kann.

Es ist schwierig, die Zahl der zu erwartenden Gesuche und die Höhe der bewilligten Hilfsbeiträge genau zu beziffern. Der Gemeinderat schlägt vor, zunächst einen Kredit von 5 Mio. Franken einzusetzen, mit der Option, einen Nachkredit zu diesem Nachkredit zu sprechen, falls sich später erweist, dass 5 Mio. Franken nicht ausreichen.

Da der folgende Punkt wahrscheinlich in den nachfolgenden Voten aufgegriffen wird, halte ich in aller Deutlichkeit fest: In der ursprünglichen Fassung des Konzepts sah der Gemeinderat noch vor, dass Mieter*innen, die mit ihren Vermieter*innen zu keiner Einigung finden, gleichwohl unterstützt werden, und zwar im Rahmen der kommunalen Härtefallregelung. Der Gemeinderat erkannte jedoch, dass dadurch der Anreiz, dass sich die jeweiligen Parteien finden, zunichte gemacht würde. Für die Vermieter bestünde kein Anlass mehr, sich auf einen Mietzinsnachlass einzulassen und diese Kosten zu übernehmen, wenn sie davon ausgehen könnten, dass die Stadt sowieso einspringt. Entsprechend wurde das Konzept geändert und durch die Regelung ergänzt, dass auch Betriebe, die keine Miete bezahlen, ein Gesuch einreichen können. Das können Betriebe sein, die in einer Liegenschaft tätig sind, die dem Firmenbesitzer gehört.

Der ursprüngliche Zeitplan sah vor, dass die Verordnung für den Hilfsfonds nach Abschluss der Vernehmlassung, deren Frist morgen ausläuft, in der Altjahrswche überarbeitet und am

13. Januar 2021 verabschiedet werden könnte. Die definitive Version der Verordnung mit dem Nachkredit sollte am 1. Februar 2021 der SBK und bald darauf dem Parlament vorgelegt werden. Die SBK ist jedoch der Überzeugung, dass schnell gehandelt werden muss. Die Gelder sollen rasch gesprochen werden, so dass sie an die betroffenen Betriebe ausbezahlt werden können. Aus diesem Grund beantragt die SBK dem Stadtrat, den Nachkredit heute, im Rahmen dieses Traktandums, zu genehmigen und den Gemeinderat offiziell zum Erlass der Verordnung zu ermächtigen. Der Gemeinderat wird die SBK laufend über die Umsetzung des Corona-Hilfsfonds informieren. Im Bedarfsfall hat das Parlament später immer noch die Möglichkeit, steuernd einzugreifen.

Zu den Anträgen der SBK: Vorab entschuldige ich mich für die Verwirrung, die daraus entstanden ist, dass Anträge in die Liste aufgenommen worden sind, die dem ursprünglichen Antrag des Gemeinderats entsprechen: Die Anträge 1 und 5 der SBK sind obsolet, da sie der Vorlage des Gemeinderats entsprechen. Die Anträge 2 bis 4 zielen darauf ab, dass dem Gewerbe schneller geholfen werden kann. Bei dieser Vorlage bleibt ein Wermutstropfen, der darin besteht, dass Betriebe, die sich mit ihrer Vermieterschaft nicht einigen können, nicht von der Mietunterstützung profitieren, aber leider gibt es kein anderes Modell, das den Ansprüchen an eine rasche Hilfe genügt. Der Gemeinderat hob gegenüber der SBK hervor, dass das Gewerbe eine möglichst einfache und rasche Hilfeleistung wünscht. Man darf keinesfalls ein bürokratisches Monstrum aufbauen, das dazu führt, dass die Gelder erst dann fließen, wenn zahlreiche Betriebe bereits Konkurs anmelden mussten. Diese Vorlage hat zwar ihre Lücken und Tücken, aber die SBK hält sie für wohlüberlegt, weil sie es erlaubt, dem stark betroffenen Gewerbe schnell und unbürokratisch substanzielle Hilfe zu leisten. Die SBK beantragt dem Stadtrat einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen. Die Anträge der SBK wurden mit 9 Ja- zu 0 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, zuhanden des Stadtrats verabschiedet.

Antragsteller *Tom Berger* (JF) zu Antrag Nr. 12: Um meine Interessenbindung transparent darzulegen, informiere ich Sie vorab, dass ich als Co-Präsident der Bar- und Clubkommission Bern fungiere. In diesem Branchenverband sind Bars, Clubs und Kulturlokale zusammengeschlossen, also mitunter die Betriebe, die von der aktuellen Krisensituation am stärksten betroffen sind. Ich stelle den Antrag auf Verlängerung des Zeitraums, für welchen Gesuche eingereicht werden können, weil mich viele direkt Betroffene auf diesen Umstand hingewiesen haben. Ich habe einen sicheren Bürojob, war in diesem Jahr in meiner Arbeit kaum eingeschränkt und werde demnach nicht von den städtischen Hilfsgeldern profitieren.

Im Frühling 2020 mussten einige Betriebe ihre Tätigkeit ganz einstellen oder stark einschränken und erlitten grosse Umsatzeinbussen. In dieser Phase liessen sich einige Vermieter*innen auf Mietstundungen, aber nicht auf Mietreduktionen ein, weil man damals noch auf eine politische Lösung auf nationaler Ebene betreffend die Geschäftsmieten hoffte. Diese Lösung ist nicht zustande gekommen. Nun sehen sich viele Betriebe in der Lage, die Mieten vom Frühjahr bezahlen zu müssen, ohne zu wissen, wie sie diese Mittel aufbringen können. Mein Antrag ist als Planungserklärung aufzufassen. Juristisch versierte Menschen haben mir mitgeteilt, dass meine Forderung eventuell nicht wie beantragt umgesetzt werden kann. Falls sich bei der weiteren Ausarbeitung der Verordnung erweist, dass die Umsetzung nicht möglich ist, würde ich diesen Entscheid akzeptieren. Mir ist jedoch daran gelegen, dass den betroffenen Betrieben auch für den Zeitraum des ersten Lockdowns unter die Arme gegriffen werden kann.

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Die SBK-Anträge 1 und 5 sind deckungsgleich mit den Anträgen des Gemeinderats. – Wird an diesen Anträgen festgehalten?

SBK-Referent *Tom Berger* (JF): Nein, ich ziehe sie im Namen der SBK zurück. Über diese Anträge wird im Rahmen der Schlussabstimmung ohnehin abgestimmt.

Ursina Anderegg (GB) zu den Anträgen der Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion unterstützt diese Vorlage. Eigentlich hätte schon früher eine Massnahme auf städtischer Ebene eingeleitet werden müssen. Es ist super, dass der Gemeinderat die Sache nun angepackt und eine Lösung gefunden hat. Die Begründung, weshalb man das Modell der Mietzinsunterstützung gewählt hat, finden wir schlüssig. Es ist dringend nötig, dass die kleinen Unternehmen und Einzelunternehmen schnell und unbürokratisch von der Stadt unterstützt werden. Für uns ist wichtig, dass möglichst viele Betriebe, vor allem die, die es am härtesten trifft, von der städtischen Lösung profitieren.

Im Verordnungsentwurf lassen sich einige Knackpunkte ausmachen: 1. Es werden nur Betriebe unterstützt, die sich mit ihren Vermieter*innen auf eine Mietzinsreduktion einigen. Die grosse Frage ist: Was geschieht mit den Mieter*innen, die keine Einigung erlangen? Wir beantragen, dass die Stadt die Einigungsprozesse zwischen Vermietenden und Mietenden aktiv unterstützt. 2. Die Informationspolitik ist entscheidend, damit die Hilfe dort ankommt, wo es sie braucht. Wir legen dem Gemeinderat einige Vorschläge betreffend die Verteilung der Unterlagen vor. Antrag 6 bezieht sich auf Mieter*innen, die keine Mietzinsreduktion zugesprochen bekommen. Sie sollen sich an eine städtische Stelle wenden können, die anschliessend den Kontakt mit den betreffenden Vermieter*innen sucht. Die Anträge 7 bis 9 beziehen sich auf die Informationspolitik: Antrag 7 verlangt eine breite Streuung der Informationen über die städtische Regelung und über das Einreichen von Gesuchen. Das Netzwerk soll über das Wirtschaftsamt hinausgehen. Es sind weitere Stellen einzubeziehen, die die Informationen streuen. Antrag 8 verlangt, dass die Informationen in mehreren Sprachen bereitliegen und leicht zugänglich sind. Antrag 9 verlangt, dass für Menschen, die sich im Prozess der Gesuchseinreichung nicht zurechtfinden, eine Ansprechstelle definiert wird, die sie begleitet. Bei Antrag 10 ist folgende Korrektur anzubringen: Dieser Antrag bezieht sich auf Artikel 9 betreffend den Härtefallbeitrag: Der Schwellenwert für die Umsatzeinbussen, der zum Bezug von Leistungen berechtigt, soll von 40% auf 20 % gesenkt werden, denn schon 20 % stellen eine substantielle Umsatzeinbusse dar. Die erste Zeile des Antrags, in der auf die Entschädigung für Mietzinsausfälle verwiesen wird, ist zu streichen, da in diesem Bereich kein Schwellenwert existiert. Antrag 11 betrifft das Monitoring und versteht sich als Spezifizierung zum SBK-Antrag 4: Wir verlangen, dass der Gemeinderat der SBK im März 2021 über die im Antrag definierten Punkte Bericht erstattet. Wir gehen davon aus, dass die Geltungsdauer der Regelung wahrscheinlich verlängert werden muss oder dass allenfalls andere städtische Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Das Parlament muss informiert sein, was die Leute bewegt, wer von der Hilfe profitiert und wer nicht, um allenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen. Bitte unterstützen Sie unsere Planungserklärungen.

Fraktionserklärungen

Eva Gammenthaler (AL) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Durch die neuen Einschränkungen steigt der Druck auf die Unternehmen in der Gastronomie und im Detailhandel immer mehr. Nachdem es das nationale Parlament verpasst hat, einen gesetzlichen Mieterlass für betroffene Geschäfte zu erwirken, ist nun die Stadt gefordert, ein Hilfsprogramm auf die Beine zu stellen. Das Konzept liegt vor. Die AL setzt sich grundsätzlich für alle möglichen Hilfspakete in dieser Krise ein, aber in Bezug auf das vorliegende Konzept ist es wohl unsere Rolle, die kritische Stimme im Rat zu übernehmen und etliche, noch offene Fragen anzusprechen: Das Konzept sieht für das Gewerbe in der Stadt Bern eine Mietzinsreduktion während fünf Monaten vor, von November 2020 bis März 2021. Die Reduktion auf den Mietkosten wird nur aus-

gerichtet, wenn die Vermieter*in ihrerseits bereit ist, die Miete zu senken. Bei erfolgreicher Einigung über eine Mietzinsreduktion zwischen Vermieter*in und Mieter*in übernimmt die Stadt die Hälfte der Mietzinssenkung. Diese Vorgehensweise entzieht sich jeglicher Logik und es werden falsche Signale gesendet, die nicht zur linken Stadt Bern passen, zumal mit diesem Konzept in erster Linie Direkthilfen an die Vermieter*innen geleistet werden, die eben nicht an die Mieter*innen gehen. Dabei bleibt ausser Acht, dass die Leidtragenden der Krise nicht unter den Immobilienbesitzenden zu finden sind. Es ist unverständlich, wieso die Vermieter*innen durch kommunale Gelder unterstützt werden, denn sie leiden bislang nicht unter der Krise. Die Mieter*innen, die sich mit ihren Vermieter*innen bereits auf eine Reduktion einigen konnten, ziehen aus dieser Verordnung keinen Nutzen. Mit mir befreundete Personen, die ein Geschäft führen, erzählten mir, dass sie bereits eine Mietzinsreduktion von 50 % aushandeln konnten. Mit dem vorliegenden Konzept würde der Beitrag der Vermieter*in um die Hälfte reduziert, die Mietenden bezahlen jedoch den ausgehandelten Mietzins. Problematisch ist es vor allem auch in den Fällen, in denen keine Einigung erreicht werden konnte. Wenn die Vermieter*in nicht bereit ist, die Miete zu senken, hat die Mieter*in keine Chance, vom städtischen Hilfsfonds zu profitieren. Wer sich mit der Vermieter*in nicht einigen kann, geht leer aus. Die Mietenden sind dem Goodwill der Vermietenden ausgeliefert. – Ist das alles, was die Stadt bieten kann? Gibt es keine andere Lösung als die Unterstützung der Vermieter*innen? Wir dürfen die Stadt keinesfalls als Helferin und die Vermieter*innen als Held*innen feiern, sondern müssen auf die Betriebe achten, die mit viel Innovation und Durchhaltewillen gegen die Krise angekämpft haben. Ihnen müssen wir die Unterstützung zukommen lassen. Auch wenn wir den Ansatz des Anreizsystems für Vermieter*innen grundlegend in Frage stellen und die Freie Fraktion Stimmfreigabe beschlossen hat, halten wir die Anträge der Fraktion GB/JA! für unabdingbar. Im Grundsatz erachten wir die Direkthilfe für kleine und mittlere Unternehmen als wichtig, aber nicht in der vorgeschlagenen Form. Da mit dem Ausrichten von Hilfeleistungen nicht mehr zugewartet werden darf, stimmen wir dem Antrag der SBK zu, der verlangt, die Umsetzung der Verordnung zu beschleunigen. Wir unterstützen auch den Antrag 12 von Tom Berger.

Lionel Gaudy (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Unsere Fraktion unterstützt das vorliegende Konzept. Auch in der Stadt Bern hat die Wirtschaft stark unter der Corona-Pandemie gelitten und es kommen weitere Einschränkungen auf sie zu. Unsere Fraktion ist über die nationalen Massnahmen enttäuscht. Es ist bedauerlich, dass auf eidgenössischer Ebene keine Lösung in Bezug auf die Mieten gefunden wurde. Es braucht eine Lösung, an die alle ihren Teil beitragen, um die notleidenden Unternehmen in dieser Krisensituation zu unterstützen, denn wenn einem Betrieb der Konkurs droht, ist es schon zu spät. Das vorliegende Konzept ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Diese Lösung kann dazu beitragen, dass einige Unternehmen die Krise überstehen, so dass sie – wenn sich die Lage normalisieren wird – wieder auf eigenen Beinen stehen können. Der von Eva Gammenthaler vorgebrachten Kritik schliessen wir uns an: Das vorliegende Modell zielt auf Mietzinsreduktionen für die Unternehmen in der Stadt Bern, von denen vor allem die Vermieter*innen profitieren. Uns ist kein Fall bekannt, in dem Vermietende unter der Krise leiden mussten. Eine tolle Lösung hätte die Mietenden einbezogen. Aber das ist eine nationale Angelegenheit, zu der die Stadt Bern nichts zu sagen hat. Immerhin schafft diese Verordnung einen Anreiz für Vermietende, Mietzinsreduktionen zu gewähren. Die Stadt Bern übernimmt die Hälfte der reduzierten Summe.

Wir stimmen den Anträgen der SBK zu. Wenn der Hilfsfonds hilfreich sein soll, darf man nicht zuwarten. Man muss jetzt handeln, um grossen Schaden zu verhindern, und nicht im Nachhinein versuchen, Schadensminderung zu betreiben. Die Anträge der Fraktion GB/JA! schiessen übers Ziel hinaus. Wir leben in der Schweiz, in einer deutschsprachigen Gemeinde, in einem mehrsprachigen Kanton. Es ist nicht zielführend, Gelder für Übersetzungen und Bera-

tungsstellen einzusetzen. Die Unterstützungsleistungen sind für die betroffenen Unternehmen bestimmt, damit die Betriebe, die schwere Umsatzeinbussen erleiden, weil sie bereits schliessen mussten und nun einen zweiten Lockdown durchmachen, weiter existieren können. Wir lehnen die Anträge 6 bis 11 ab. Eine Senkung des Schwellenwertes für die Umsatzeinbusse bei der Härtefallregelung auf 20 % ist nicht nötig, da ein gesundes Unternehmen eine Einbusse von 20 % verkraften kann, sofern sich die Umsatzeinbussen nicht über Jahre hinziehen. Die vorliegende Lösung ist ein Beitrag, um den Betrieben im Bereich der Fixkosten Erleichterung zu verschaffen. Dem Antrag 12 stimmen wir zu, weil etliche Unternehmen schon während des Lockdowns im Frühling leiden mussten; die Periode von März bis Mai 2020 ist einzubeziehen.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Es ist ein grosser Schritt für mich, aber ein bescheidener Schritt für die Menschheit: Das ist das letzte Votum, das ich im Berner Stadtrat halte. Umso mehr freut es mich, dass es um die Unterstützung des lokalen Gewerbes geht, ein Kernthema der freisinnigen Politik. Vorneweg ein kurzer Rückblick auf die Geschehnisse in diesem Krisenjahr 2020, genauer auf die Geschichte der Unterstützungsmaßnahmen wegen Corona: Die FDP brachte im Frühling 2020 ein, dass das lokale Gewerbe Unterstützung brauche. Wir schlugen damals vor, eine Art Corona-Fonds zu schaffen. Der Gemeinderat reagierte ablehnend, mit dem Argument, es bestehe kein Handlungsbedarf, die Hilfeleistungen von Bund und Kanton seien ausreichend. Im August 2020 stimmte das Stadtparlament einem Vorstoss der SP zu, der von gewerkschaftlicher Seite eingebracht wurde. Unsere Fraktion unterstützte diesen Vorstoss zur Schaffung eines Corona-Fonds. Die Haltung des Gemeinderats blieb jedoch unverändert, er erkannte weiterhin keinen Handlungsbedarf und verwies auf die Massnahmen von Bund und Kanton. Im Herbst 2020 nahmen wir dann den Ball erneut auf: Wir regten die Einberufung eines Runden Tisches unter Einbezug der wesentlichen Player an, inklusive den Fraktionen beziehungsweise dem Gemeinderat und weiteren Partnern. Der Gemeinderat nahm unsere Idee erfreulicherweise auf und lud zu «erweiterten Sozialpartnergesprächen», also zu einem Runden Tisch ein, an dem ich teilgenommen habe. Damals war der Gemeinderat immer noch der Auffassung, es bestehe kein Handlungsbedarf. Es brauchte eine weitere Intervention von Seiten des Parlaments, genauer von SP und Freisinn. Wir setzten mehr Druck auf und drängten darauf, dass noch vor Ende Jahr eine Vorlage für einen Corona-Fonds fertiggestellt werde. Diese heutige, zusätzliche Stadtratssitzung wurde eigens zur Beratung dieses Geschäfts einberufen. Schliesslich fiel beim Gemeinderat der Groschen doch noch und er nahm die Dinge an die Hand, um eine sinnvolle Lösung zu erarbeiten. Wahrscheinlich liegt in diesem Hergang der Grund, weshalb wir eine halbfertige Not-Vorlage behandeln müssen. Die Anträge des Gemeinderats sind teils nicht richtig durchdacht, so dass die SBK Nachbesserungen anbringen musste. Die SBK sorgt mit ihren Anträgen dafür, dass die Verordnung dem Parlament nicht mehrmals vorgelegt werden muss.

Zur inhaltlichen Würdigung: Die unter hohem Zeitdruck erarbeitete Lösung ist zu begrüßen. Dank dieser Vorlage kann die nötige Hilfe für das bedrängte Gewerbe rasch und unkompliziert fliessen. Viele Gewerbetreibende befinden sich seit Monaten im Überlebenskampf. Der nun drohende, zweite Lockdown wird die Situation des Gewerbes massiv verschlimmern. Viele Leute warten auf rasche und unkomplizierte Hilfe. Die gefundene Lösung ist schlau, da sie als Ergänzung zu den Leistungen von Bund und Kanton angelegt ist. Die Unterstützungsleistungen auf Gemeindeebene fokussieren auf die Mietverhältnisse. Diese Lösung ist schlau, weil die Hauseigentümer*innen einbezogen werden. Dadurch, dass es eine Einigung zwischen Vermietern und Mietern braucht, erreicht man einen «Leverage»-Effekt, indem den Gewerbetreibenden neben den öffentlichen Geldern auch die Beiträge der Hauseigentümer*innen zugutekommen. Die Vorlage weist noch ein paar technische Fallstricke auf. Diese sind dem erwähnten Zeitdruck zuzuschreiben. Etwelche Einwände können in der Vernehmlassung vor-

gebracht werden. Der Gemeinderat nimmt diese Inputs gerne entgegen und wird die entsprechenden Verbesserungen an der Vorlage vornehmen; diese müssen wir im Rahmen dieser Debatte nicht im Rat besprechen.

Es freut mich, dass ich zu einem positiven Jahresabschluss komme, in diesem Jahr 2020, das wohl alle Anwesenden als schwierig empfunden haben, und dass mein letztes Votum einem positiven Gegenstand gewidmet ist. Ich danke dem Gemeinderat und dem Parlament dafür, dass – auf die letzte Minute – eine unkomplizierte Lösung erarbeitet werden konnte. Das spricht für die Regierung und für das Parlament: Wenn wir wirklich wollen, dann können wir; aber leider wollen wir häufig nicht. Wir unterstützen diese Vorlage und die Anträge der SBK.

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wir begrüßen die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung zur Unterstützung der unter Corona leidenden Betriebe sehr. Die aktuelle Krise trifft unzählige Geschäfte und Unternehmen enorm hart. Es ist zentral, dass wir Unterstützung leisten, um das Überleben von Unternehmen in der Stadt Bern zu sichern. Anfangs Dezember 2020 scheiterte eine Lösung betreffend die geschuldeten Mieten auf Bundesebene. Obwohl schweizweit tausende betroffene Geschäftsmieter*innen seit Monaten auf eine politische Lösung warten, lehnte das Bundesparlament eine Lösung ab, die eine Beteiligung der Vermieter*innen vorsah. Es ist der Immobilienlobby gelungen, ihre Interessen durchzusetzen und zu verteidigen. Sie zeigt sich in keiner Weise dazu bereit, ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten, obschon Immobilienbesitzer*innen seit Jahrzehnten hohe Renditen aus den Mietverhältnissen ziehen. Diese Verweigerungshaltung ist skandalös. Tausende Geschäftsmietende werden mit ihren wirtschaftlichen Problemen alleingelassen, drohende Konkurse werden nicht verhindert. Für uns ist klar, dass Geschäfte und Einzelunternehmen, die durch die Krise Umsatzeinbußen erleiden, Unterstützung brauchen. Das vorliegende Mietunterstützungsmodell sieht vor, dass sich Mieter*innen, Vermieter*innen und die Stadt an den Mietkosten beteiligen. Das ist richtig und dringend nötig, wir begrüßen dieses Prinzip. Zwar funktioniert dieses Modell ein Stück weit nach dem Giesskannenprinzip und es wird Fälle geben, in denen vor allem die Vermieter*innen profitieren. Eva Gammenthaler hat kritisiert, dass in den Fällen, in denen eine Einigung zustande kommt, vornehmlich die Vermieter*innen profitieren, da die Stadt einen Teil der Mietreduktion übernimmt. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der Kreis der Mieter*innen, die von den städtischen Unterstützungsleistungen profitieren, breit gefasst wird, so dass aufgrund des Anreizsystems möglichst viele zusätzliche Mieter*innen ausgehandelt werden können. Ursina Anderegg hat die von uns geforderten Anpassungen in der Antragsbegründung dargelegt: Es ist zentral, dass alle betroffenen Betriebe Zugang zu den Unterstützungsleistungen haben. Darum braucht es breit gestreute Informationen und eine Stelle, die beim Einreichen der Gesuche Unterstützung bietet.

Die Stadt soll auch jene Mieter*innen unterstützen, die sich nicht mit ihren Vermieter*innen einigen konnten, indem sie das Gespräch mit der Vermieter*in sucht oder die betroffenen Betriebe an eine Schlichtungsstelle vermittelt. Wir müssen genau beobachten, wer von der Lösung profitiert und wer durch die Maschen fällt. Es ist super, dass der Gemeinderat diese Corona-Notunterstützung vorschlägt, dennoch ist nicht auszuschliessen, dass es noch in anderen Bereichen städtische Unterstützungsleistungen braucht, vielleicht für Kulturschaffenden, für Heimarbeiter*innen, für Leute mit tiefen Löhnen oder für Menschen mit Betreuungspflichten. Wir müssen auf jene Menschen und Branchen achten, die keine starke Lobby haben, deren Stimme nicht laut zu vernehmen ist. Im Weiteren müssen wir uns unbedingt mit der Frage beschäftigen, was geschehen wird, wenn die Kurzarbeitsentschädigungen dereinst auslaufen und immer mehr Personen ohne Job dastehen werden. Diese Krise stellt uns vor riesige Herausforderungen. Wir werden uns weiterhin für ein engmaschiges Unterstützungsnetz für alle Betroffenen einsetzen. Die vorliegende Lösung ist gut, aber sie kommt spät. Viele Geschäfte kämpfen seit dem Lockdown im Frühjahr ums Überleben, für einige kommt die Hilfe

leider zu spät. Das Parlament muss alles daransetzen, dass die Gelder rasch bei den Betroffenen ankommen, aus diesem Grund unterstützen wir die SBK-Anträge.

Die in der Verordnung vorgesehene Regelung, dass nur von der Unterstützung profitieren kann, wer keinen Mietzins schuldet, finden wir fragwürdig. Viele Betriebe mussten im Frühling ihre Mieten stunden lassen. Dass ausgerechnet sie keine Unterstützung erhalten sollen, ist absurd. Wir fordern, dass dies geändert wird. In diesem Sinne begrüßen wir den Antrag von Tom Berger. Insgesamt ist es toll, dass der Gemeinderat gehandelt hat. Wir stimmen diesem Geschäft und allen Planungserklärungen zu.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Wir danken dem Gemeinderat und den zuständigen Mitarbeitenden der Verwaltung beziehungsweise der PRD für ihren Einsatz und für diese gute Vorlage zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und von Einzelfirmen, die aufgrund der Massnahmen und Einschränkungen wegen Corona Not leiden. Ein Unterstützungssystem muss einfach und niederschwellig sein und den tatsächlich Betroffenen zugutekommen. Es darf nicht nach dem Giesskannenprinzip umgesetzt werden. Die vorgeschlagene Lösung erfüllt diese Anforderungen mehrheitlich; das hat das Projekt des Kantons Basel-Stadt gezeigt. Wir müssen darauf achten, dass wir der Corona-Notunterstützung keinen zusätzlichen bürokratischen Ballast aufladen, damit ihr nicht die gleiche Gefahr droht, die dem Unterstützungsprojekt, das die Stadt Thun im Frühling aufzog, zum Verhängnis wurde, die darin bestand, dass der Umfang der einzureichenden Unterlagen zu gross war, so dass am Ende kaum jemand die Hilfsgelder der Stadt Thun in Anspruch nehmen wollte oder konnte. Dieses Beispiel zeigt auf, dass es manchmal besser ist, nicht vorschnell zu reagieren und in einen Aktivismus zu verfallen, der am Ende dazu führt, dass man das Ziel verfehlt.

Ich erwähne ausdrücklich, dass die Überweisung des Postulats für einen Corona-Solidaritätsfonds im August 2020 ein Prüfauftrag und kein Umsetzungsauftrag war, somit ist es nicht gerechtfertigt, den Gemeinderat zu kritisieren, er habe zu lange nichts unternommen. Wir alle konnten uns seinerzeit nur schwerlich vorstellen, wie einschneidend die Folgen der Pandemie sein werden. Nun, da sich die Vorlage in der Vernehmlassung befindet, muss es schnell vorangehen, damit die Unternehmen nicht länger im Regen stehen bleiben. Deswegen begrüßen wir die Anträge der SBK. Wir sind gerne bereit, dem Nachkredit heute zuzustimmen, anstatt abzuwarten, bis der Ratsbetrieb für die neue Legislatur konstituiert sein wird. Wir begrüßen, dass mit dem Vorschlag des Gemeinderats Anreize für die Vermieter geschaffen werden, ihren Mietern mit einer Mietreduktion für diese speziellen Monate entgegenzukommen. Wir erkennen die Schwierigkeiten, die den Betrieben entstehen, deren Vermieter nicht einlenken wollen. Trotzdem unterstützen wir die Herangehensweise des Gemeinderats, keine Härtefallklausel einzuführen, um die Anreize für die privaten Vermieterinnen nicht zu schmälern. Dass einzelne Betroffene, deren Vermieter nicht einlenken wollten, um Unterstützung ersuchen können, ist selbstverständlich. Wir appellieren an alle Vermietenden, die gesellschaftliche Solidarität, die die Krise uns abverlangt, nicht zu unterlaufen. Es wird sich schnell herumsprechen, dass gewisse Vermietende beim Modell mit der Mietunterstützung nicht mitmachen. Die Planungserklärungen der GB/JA! stellen eine Vernehmlassungsantwort dar. Als Anregungen für die weitere Bearbeitung, ohne Verbindlichkeit für den Gemeinderat heissen wir die Planungserklärungen von GB/JA! gut, mit Ausnahme der Anträge 6 und 8. Artikel 5 der Verordnung sollte dahingehend ergänzt werden, dass auf sämtlichen möglichen städtischen Kanälen über die Notunterstützung informiert wird, also zum Beispiel auch durch die Sozialdienste. Damit die Information innert nützlicher Frist effizient und effektiv erfolgen kann, müssen schriftliche Informationen in einfacher deutscher Sprache vorhanden sein und darüber informieren, an welche Stellen man sich bei Verständnisfragen wenden kann. Übersetzungen finden wir nicht nötig, denn diese werfen höchstens weitere Fragen auf – beispielsweise in welche Sprachen die Informationen übersetzt werden sollen – und führen zu einer Verzögerung.

zung. Ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Unterstützungsleistungen ist durch die Stellen zu gewährleisten, die bei Verständnisfragen oder bei Verhandlungen mit Vermietern Hilfe bieten. Um diese Arbeiten zu leisten, soll keine neue Stelle in der Stadtverwaltung geschaffen werden. Vielmehr soll gezielt auf die Stellen hingewiesen werden, die ohnehin von der Stadt für Hilfestellungen mandatiert und mit Leistungsverträgen ausgestattet sind wie das Kompetenzzentrum Arbeit (KA), die Fachstelle für Migration (isa) oder die Beratungsstelle «TRiiO». Wir werden dem Gemeinderat unsere Anregungen in unserer Vernehmlassungsantwort zur Verfügung stellen.

Die in Antrag 10 geforderte Senkung des Schwellenwerts der Umsatzeinbussen auf 20 % finden wir prüfenswert. Ein Umsatzrückgang von 20 % ist vor allem für Unternehmen gefährlich, die grundsätzlich knapp kalkulieren und ihre Reserven bereits aufgebraucht haben. Eine Mietreduktion wäre auch in diesen Fällen hilfreich.

Wir bitten Sie, ein rasches Vorwärtsgen zu unterstützen, indem Sie dem Konzept und dem Nachkredit zustimmen und den Gemeinderat ermächtigen, die Verordnung zur Corona-Notunterstützung, nach Berücksichtigung der Vernehmlassungsantworten, in Kraft zu setzen.

Marianne Schild (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir unterstützen die Massnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt. Aktuell glänzt die offizielle Schweiz im Umgang mit der Gesundheitskrise, die unser Leben seit bald einem Jahr prägt, nicht. Dass die Öffentlichkeit einen Konflikt zwischen Wirtschaft und Gesundheit heraufbeschwört, ist dabei nicht hilfreich. An sich ist allen klar, dass es die Wirtschaft braucht, um sowohl das Gesundheits- als auch das Bildungswesen aufrechtzuerhalten, und dass es umgekehrt gesunde und gebildete Mitarbeitende braucht, damit überhaupt gearbeitet werden kann. Diese beiden Faktoren stehen bei oberflächlicher Betrachtung vielleicht im Widerspruch, bei genauem Hinsehen aber in direkter Abhängigkeit zueinander. Die offizielle Schweiz glänzt nicht, ganz im Gegenteil zu so manchen betroffenen Betrieben, die ihr Angebot aufgrund der Einschränkungen schon mehrmals anpassen mussten. Die Betroffenheit reicht bis zu mehrmonatigen Schliessungen. Jetzt ist die Stadt Bern gefordert. Das ist keine Selbstverständlichkeit und geschieht ohne sicheres Wissen über die weitere Dauer der Einschränkungen und ohne die Sicherheit, dass es diese Intervention tatsächlich braucht, und dass dies die schlaueste Form von Unterstützung ist. Die Annahme, dass dank der Notunterstützung Konkurse verhindert werden können, ist plausibel und legitim, weil die Durststrecke bis zur wirksamen Impfung überschaubar ist. Eine wirtschaftliche Intervention ist demnach sinnvoll. Heute steht gesunden Betrieben das Wasser bis zum Hals. Sie verdienen unsere Aufmerksamkeit und die Unterstützung durch die Allgemeinheit. Dass wir ihnen unsere Aufmerksamkeit zuwenden, ist kein reiner Akt der Solidarität, sondern basiert auf wirtschaftlichen Interessen. Die Kurzarbeitsentschädigungen sind das wichtigste Mittel, das den Unternehmen zur Verfügung steht. Es existieren diverse Töpfe für Unterstützungsleistungen, beispielsweise im Kulturbereich. Manche Vermieter*innen und Mieter*innen konnten bereits eine Lösung finden, nichtsdestotrotz bleiben die Fixkosten für die Geschäftsmieten ein wunder Punkt, der wehtut. Vor diesem Hintergrund leuchtet uns das vom Gemeinderat gewählte Modell der Mietunterstützung ein, das aus anderen Städten bekannt ist. Natürlich besteht das Risiko des Missbrauchs oder des ungewollten Strukturverlusts, aber diese Risiken gilt es mittels schlauer Kriterien zu minimieren. Auch für uns ist es fraglich, ob die Hauseigentümer*innen als Begünstigte in zweiter Ordnung die richtige Wahl sind. Aber die Mietzinsunterstützung ist ein Mittel, das mit wenigen Ressourcen und unbürokratisch eingeführt werden und rasch wirken kann. Wichtig ist, dass die Hauseigentümer*innen ihre Beiträge leisten müssen, damit der Beitrag der öffentlichen Hand verdoppelt wird und infolgedessen auch eine doppelte Wirksamkeit erzielt wird. Der Schwellenwert für die Mietzinsreduktion von 40 % ist richtig, dasselbe gilt für den bei der Inbetrachtung von Härtefällen massgeblichen Wert einer Umsatzeinbusse von 40 %. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Bereit-

schaft der Vermieter*innen, eine Mietzinsreduktion zu gewähren, als Beleg dafür dient, dass die jeweiligen Mieter*innen von der Krise betroffen sind. Wir regen an, dass in jedem Fall eine einfache Plausibilitätsprüfung durchgeführt wird, denn besonders findige Vermieter*innen und Mieter*innen könnten auf die Idee kommen, den städtischen Beitrag unter sich aufzuteilen. Ihre Betroffenheit darzulegen, kostet die Betriebe nichts.

Wir stimmen den Anträgen der SBK und damit dem beschleunigten Verfahren zu. Dass die Stadt bei der Lösungsfindung zwischen den Vermieter*innen und Mieter*innen eine aktive Rolle übernimmt, erachten wir als unnötig. Antrag 6, der verlangt, dass die Stadt interveniert, wenn eine Einigung missglückt, lehnen wir ab. Dem Antrag 7 der Fraktion GB/JA! stimmen wir zu. Das Unterstützungsangebot der Stadt soll nicht nur via Wirtschaftsamt, sondern auch über weitere städtische Kanäle bekannt gemacht werden. Die Anträge 8, 9 und 10 lehnen wir ab. Die Entscheidung, ob es Übersetzungen in mehrere Sprachen braucht, liegt im Ermessen des Gemeinderats. Wir hegen wenig Sympathien für Printprodukte, mittels derer wenig zusätzlicher Mehrwert geschaffen wird. Dem Antrag 11 GB/JA! und dem Antrag 12 von Tom Berger stimmen wir zu.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Corona-Krise ist schwerwiegend und betrifft nicht nur unsere Gesundheit, sondern bedroht auch zahlreiche Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen. Zur Unterstützung der Beschäftigten in einem Anstellungsverhältnis existieren zahlreiche, vornehmlich auf Bundesebene angesiedelte Instrumente wie Kurzarbeitsentschädigungen oder Entschädigungen gemäss Erwerbsersatzordnung (EO). Wir sind überzeugt, dass es zum Erhalt der Arbeitsplätze und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt und der Region auch eine Unterstützung für die Unternehmen braucht. Die Stadt muss ergänzend zu den Bemühungen von Bund und Kanton aktiv werden. Nach einer langen Phase des Zuwartens hat sich der Gemeinderat schliesslich entschieden, ein kommunales Unterstützungsprogramm für in der Stadt ansässige Betriebe, deren Tätigkeit durch Corona massiv beeinträchtigt ist, in die Wege zu leiten. Im Kanton Bern wurden bereits verschiedentlich kommunale Hilfsprogramme mit unterschiedlicher Ausrichtung aufgelegt, zum Beispiel in Thun oder in Biel. Die Stadt Bern hat sich bis anhin darauf konzentriert, die Unternehmen in administrativen Belangen zu entlasten. Zudem wurden für Geschäftsräumlichkeiten in stadt-eigenen Liegenschaften Mietzinsnachlasse gewährt. Weiter wollte der Gemeinderat aber nicht gehen. Die Diskussion über einen städtischen Unterstützungsfonds wurde aufgrund des Vorstosses der Fraktion SP/JUSO aufgenommen, der Ende August 2020 mit 50 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen, bei 8 Enthaltungen, überwiesen wurde. Obschon der Prüfauftrag erteilt war, sah sich der Gemeinderat nicht genötigt, aktiv zu werden. Das hat wohl vor allem finanzielle Gründe, da seinerzeit die Budgetdebatte aktuell war. Da die finanzielle Situation der Stadt nicht rosig ist, sah sich der Gemeinderat als Kassenwart zur Zurückhaltung verpflichtet. Allerdings fällt die zweite Welle der Pandemie sehr heftig aus, so dass man sich der Sache nicht mehr entziehen kann. Verschiedene Entwicklungen haben seit Herbst 2020 einen Wechsel in der Haltung des Gemeinderats herbeigeführt: Eine davon sind die eklatanten Umsatzeinbussen, die Firmen verschiedener Branchen erleiden. Im Handel sind durchschnittlich 20 % bis 30 % der Umsätze weggebrochen, dasselbe gilt für Gastronomiebetriebe. Bars und Clubs verzeichnen Einbussen im Umfang von 20 % bis 70 %. Messeveranstalter erleiden Umsatzeinbussen von 70 % bis 90 %, in der Hotellerie-Branche sind es 50 % bis 70 %. Sie können sich ausrechnen, was das bedeutet und wie sehr es den Betrieben an die Substanz geht. Am Runden Tisch vom 16. November 2020 war vom Gemeinderat zum ersten Mal das Commitment zu vernehmen, dass eine Vorlage für eine Corona-Notunterstützung in die Wege geleitet werden soll. Das Konzept liegt nun vor, aber es wird noch eine Weile dauern, bis es soweit ist, dass die betroffenen Unternehmen tatsächlich von der Mietunterstützung profitieren werden.

Da wir heute die Grundsatzdiskussion über dieses Projekt des Gemeinderats abhalten, lehnen wir die Anträge der Fraktion GB/JA! ab. Ihre Anliegen sind Gegenstand der Vernehmlassung. Es bleibt noch Zeit bis morgen, um Ihre Vernehmlassungsantwort einzugeben. Unser Nein bedeutet nicht, dass wir diese Forderungen ablehnen. Wir empfehlen dem Gemeinderat, wohlwollend zu prüfen, ob in den von GB/JA! eingebrachten Punkten Verbesserungspotenzial steckt. Unser Vorstoss vom August 2020 fokussierte direkt auf die Umsatzeinbussen kleiner Unternehmen, die bis zu zehn Personen beschäftigen. Der Gemeinderat wies unsere Forderung ab, indem er vorschob, die Bedingungen seien zu eng gefasst, und überhaupt seien der Bund und der Kanton zuständig. Mit der aktuellen Vorlage schlägt der Gemeinderat nun ein Konzept mit Mietzinsbeihilfen und mit einer speziellen Härtefallregelung vor. Die Unterstützung sollte direkt an die Betroffenen fliessen. Da die Vermieter*innen nicht zur Kategorie der Direktbetroffenen gehören, haben wir grundsätzliche Einwände gegen die vorgeschlagene Lösung, wie sie die Sprecherin der Freien Fraktion schon ausgeführt hat. Wir anerkennen jedoch, dass ein Mietzinsentlass für die betroffenen Unternehmen eine wesentliche Entlastung bei den Fixkosten bedeutet, und dass es ihnen eigentlich egal sein kann, über welchen Kanal die Entlastung erfolgt. Weil das Zeitfenster eng ist, unterstützen wir das Konzept des Gemeinderats, in der Hoffnung, dass der Mechanismus im Sinne der Unternehmen und Einzel-firmen funktionieren wird. Wir begrüssen die Härtefallregelung für Betriebe und Einzel-firmen, die von Mietzinsentlastungen nicht profitieren können. Mit dem Kreditrahmen von 5 Mio. Franken sind wir einverstanden; dazu ist festzuhalten, dass der Gemeinderat allenfalls zu einer späteren Aufstockung bereit ist. Was die Höhe der Summe anbetrifft, ist unbedingt zu verhindern, dass der Entscheid über die Notunterstützung in einer obligatorischen Volksabstimmung gefällt werden muss, was mit einer langen Verzögerung des Projekts einherginge. Dass wir das Konzept zur Corona-Notunterstützung heute verabschieden können, ist das Verdienst verschiedener Akteure: Die Fraktion SP/JUSO schuf die Grundlagen für einen Corona-Fonds und sendete die ersten Signale an den Gemeinderat, dass Handlungsbedarf besteht. Die FDP lud im Herbst zum Runden Tisch ein. – Ich fand diese Entwicklung überraschend, zumal es dieselben Leute waren, die kurz davor auf Kantonsebene vehement die Schuldenbremse verteidigt hatten und gerichtlich gegen die Stadt Biel vorgegangen waren. Daneben engagierten sich viele Verbände, die auf die Situation des Gewerbes aufmerksam machten und teils auch direkt nach einer Unterstützung verlangten. Möglicherweise wäre man am Runden Tisch zu einem anderen Entscheid gelangt, wenn die erwähnten Vorbereitungen im Vorfeld nicht stattgefunden hätten. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, allen voran das Wirtschaftsamt, eine Vorlage zu erarbeiten. Sie haben gute Arbeit geleistet, das sieht man auch dem Vortrag an den Stadtrat an. Schliesslich stellten der Stadtrat und die SBK die Weichen auf Schnelldurchfahrt, so dass der Corona-Hilfsfonds noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann. Insgesamt war es Teamwork. Jetzt gibt es einen Cliffhanger, die Fortsetzung folgt 2021. Ich werde dazumal auf einem anderen Kanal unterwegs sein. Wir stimmen dem Konzept des Gemeinderats und den Anträgen der SBK zu. Wir hoffen auf eine schnelle Umsetzung. Wir sind der festen Überzeugung, dass die städtische Wirtschaft dieses Angebot zu nutzen weiss und als Signal auffasst, dass ihr die Stadt in dieser schwierigen Zeit beisteht.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVP: Wir stimmen dieser Vorlage, die ein Mietzins-Unterstützungsmodell vorschlägt, mehrheitlich zu. Von den in Betracht gezogenen Varianten ist die vorliegende die praktikabelste Lösung; vor allem ist deren Realisierbarkeit innert nützlicher Frist gewährleistet. Das Gewerbe leidet. In Bern gibt es viele Gewerbebetriebe. Sie stellen circa 20 % bis 40 % der Arbeitsplätze in der Stadt bereit. Es geht darum, den Betroffenen möglichst rasch Hilfe zu bieten. Der Kernpunkt ist die Einigung, die Vermieter und Mieter finden müssen. Ich bin zuversichtlich, dass das funktioniert, zumal den Vermietern daran ge-

legen ist, einen bei ihnen eingemieteten Gewerbebetrieb zu behalten, statt eine neue Mieterschaft suchen zu müssen. Ein solcher Wechsel ist immer aufwendig, bei einem Schreinereibetrieb müssen die Maschinen gezügelt und diverse Einrichtungen angepasst werden, vielleicht braucht es sogar einen Umbau. Sicherlich werden viele Vermieter Hand für eine vernünftige Lösung bieten. Ein wenig Sorgen bereitet uns der Gedanke, dass die Sache in einen grossen Administrativaufwand ausartet. Das vorliegende Modell verspricht eigentlich, dass rasch und unbürokratisch Hilfe geleistet werden kann.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Wir setzen uns für das Gewerbe ein und unterstützen diese Vorlage. Eva Gammenthaler hat jedoch einige Kritikpunkte vorgebracht, die einen daran zweifeln lassen, dass die richtige Lösung gewählt worden ist. Es kann nicht sein, dass Mieter, die einem Vermieter gegenüberstehen, der Schwierigkeiten macht, leer ausgehen. Für diese Fälle braucht es eine geeignete Lösung. Fraglich ist auch, ob tatsächlich den richtigen Leuten geholfen wird, zumal der Kanton ja auch Hilfsleistungen ausrichtet. Da wir in dieser Vorweihnachtszeit milde gestimmt sind, stimmen wir dieser Vorlage zu. Wichtig ist vor allem, dass dem Gewerbe geholfen wird. Die betroffenen Betriebe haben mit teils unhaltbaren Widrigkeiten zu kämpfen: Ein Club, der aufgrund der kantonalen Weisungen schliessen muss, dessen Mitarbeitende in Kurzarbeit gehen, ist verpflichtet, dies zehn Tage im Voraus anzumelden, was aber unter den gegebenen Umständen gar nicht möglich ist. Ich habe heute mit dem zuständigen Amt telefoniert, um zu erfahren, inwiefern man den betroffenen Unternehmen entgegenkommt. Es kann nicht sein, dass hoheitlich etwas verfügt wird, obschon die Betroffenen nicht die Möglichkeit haben, rechtzeitig zu reagieren, weil unmögliche Sperrfristen einzuhalten sind. Für Probleme dieser Art muss auf kantonaler Ebene eine Lösung gefunden werden. Unser Parteikollege Niklaus Mürner reichte am 14. Mai 2020 eine Motion für eine Wirtschaftsunterstützung während Corona-Zeiten für heimische Gewerbetreibende ein, die leider nicht für dringlich erklärt und von den Medien kaum wahrgenommen wurde. Ich habe darauf verzichtet, deren Behandlung in der heutigen Sitzung zu beantragen, da noch eine Menge anderer Vorstösse anstehen. Ich fordere das Ratsbüro einmal mehr dazu auf, die Behandlung thematisch zusammenhängender Vorstösse zusammenzufassen. Man gewinnt viel Zeit, wenn ein Thema im Rahmen einer einzigen Beratung behandelt werden kann.

Wir unterstützen die Anträge der SBK. Wir erkennen den guten Willen, der hinter den Anträgen der Fraktion GB/JA! steht. Den Antrag 6 lehnen wir ab, weil bereits eine Schlichtungsstelle besteht, die sich um Mietangelegenheiten kümmert, Rechtsauskünfte erteilt oder bei Konflikten vermittelt. Es braucht auf städtischer Ebene keine weitere Stelle, die die Leute informiert, an wen sie sich für weitere Informationen oder für Beratungsleistungen wenden können. Die vorhandenen Synergien müssen zum Helfen und nicht zum Administrieren genutzt werden. Wir lehnen auch den Antrag 3 ab. Wir behaupten nicht, dass die besagten Stellen ausserhalb des Wirtschaftsamts diese Dienste nicht erbringen können, aber es ist wichtig, dass die Informationen aus einer Hand stammen. Sie kennen den Spruch «zwei Juristen, drei Meinungen»: Wenn die Betroffenen zum selben Sachverhalt unterschiedliche Auskünfte erhalten, hilft ihnen das nicht weiter, vor allem dann nicht, wenn die Dinge in der Praxis sowieso anders gehandhabt werden. Dass die Informationen in einfacher Sprache abgefasst werden, können wir nachvollziehen. Dass die Broschüren und Formulare in vielerlei Sprachen übersetzt werden sollen, leuchtet uns aber nicht ein. Wir befinden uns in der Stadt Bern. Es gibt 5 Mio. Franken aus dem Corona-Fonds zu verteilen; es ergibt keinen Sinn, zu diesem Zweck interne Kosten von 100 000 Franken für Übersetzungen zu generieren. Der Antrag 8 ist gut gemeint, aber schwerlich umsetzbar. Leute, die Schwierigkeiten sprachlicher Art haben, können selbst einen Übersetzer beiziehen. Die Zeit ist knapp, es darf nicht zu Verzögerungen kommen, weil erst noch mehrsprachiges Informationsmaterial bereitgestellt werden muss. Die in Antrag 9 geforderte Unterstützung durch die Stadt ist gut gemeint, aber nicht der richtige

Weg. Leute, die rechtlichen Beistand benötigen, haben gemäss den kantonalen und eidgenössischen Rechtsvorschriften ein Recht auf unentgeltliche Prozessführung, wenn sowohl die materiellen Voraussetzungen, die darin bestehen, dass die Prozessführung nicht aussichtslos ist, als auch die formellen Voraussetzungen, in Form der Prozessarmut, erfüllt sind. Manche Leute verfügen über eine Rechtsschutzversicherung, auf die sie in dieser Situation zurückgreifen können. Es ist nicht nötig, dass die Stadt ein Gremium einsetzt, das sich in die Einigungsverhandlungen zwischen Vermietern und Mietern einschaltet. Den Anträgen 11 und 12 stimmen wir zu.

Einzelvoten

Nora Kruppen (SP): Corona oder COVID-19 bedeutet für mich und für zahlreiche andere Pflegefachfrauen und -männer, schon seit Langem nicht mehr zu wissen, wie es ist, nicht müde zu sein. Praktisch jedesmal an einem freien Tag einen Anruf zu bekommen, ob man am nächsten, eigentlich freien Tag einspringen oder anstelle einer Schicht im Frühdienst eine Spätschicht übernehmen könne, gehört in diesen Zeiten zu unserem Arbeitsalltag. Ein planbares Privatleben kennen wir seit Monaten nicht mehr. Wir sammeln stattdessen Überzeitstunden an, und zwar so viele, dass man das Stundenkonto am liebsten nicht mehr anschauen will. Der normale Wahnsinn, der uns in unserem Beruf immer begleitet, hat eine neue Dimension angenommen. Schon der normale Arbeitsalltag ist streng, jetzt ist aber alles noch viel schlimmer geworden, weil viele Leute im Team ausfallen. Durch die Isolationsmassnahmen ist der allgemeine Aufwand massiv gestiegen. Es ist – ich kann es nicht anders sagen – verdammt anstrengend, mit FFP2-Masken, Schutzbrillen, Plastikschürzen und -handschuhen zu arbeiten. Für unseren unermüdlichen Einsatz erhalten wir bestenfalls Applaus von den Balkonen. Energie tanken oder uns etwas Schönes gönnen können wir nicht. Auch vielen anderen geht es in dieser Krise nicht gut. Um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, mussten Restaurants, Sport- und andere Freizeitzentren ihren Betrieb einstellen. Die Leidtragenden sind in erster Linie die Angestellten und die Betreiber der betroffenen Unternehmen. Sie alle leisten in der Krise einen grossen Beitrag. Mit der Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung, die für die kleinsten Einkommen auf 100 % angesetzt wird, wird zumindest denen geholfen, die es am härtesten trifft. Aber für alle Kleinunternehmer*innen, die keine Million auf der hohen Kante haben, wird die Lage immer prekärer. Es ist richtig, dass die Stadt ihren Teil der Verantwortung übernimmt und ihnen unter die Arme greift. Die Art und Weise, in der dies laut dem Vorschlag des Gemeinderats geschehen soll, sehe ich kritisch. Grosskapitalist*innen, zu denen die meisten Vermieter*innen von Geschäftsräumlichkeiten gehören, haben bislang keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet, ausser Druck aufzusetzen, um die nötigen Massnahmen zu verhindern, respektive, diese schneller aufzuheben, als für unsere Gesundheit gut war. Auf diesen Beitrag hätten wir gerne verzichtet. In finanzieller Hinsicht erlitten die Immobilienbesitzer*innen, im Gegensatz zu ihren Mieter*innen, kaum Einbussen. Es wäre an der Zeit, dass sie Verantwortung übernehmen und auf Mieteinnahmen verzichten. Mit dem vorliegenden Entwurf werden in erster Linie die Vermietenden unterstützt, indem die Stadt die Hälfte ihrer Mietausfälle übernimmt, falls sie sich auf einen Teilerlass einlassen. Diese Lösung hilft nicht denen, die die Hilfe am nötigsten brauchen. Kommt hinzu, dass nur die Mietenden von der städtischen Unterstützung profitieren können, die ihre Vermieter*innen dazu bringen, auf einen Teil ihrer Mieteinnahmen zu verzichten. Ich habe wenig Lust, den Grosskapitalist*innen Geld nachzuwerfen, solange es gleichzeitig Menschen gibt, die wegen der Krise kaum über die Runden kommen, und andere, die wegen der Arbeitslast in Spitälern, Pflegeheimen oder bei der Spitex an den Rand ihrer Belastbarkeit geraten. Eine Vorlage, die dem Kleingewerbe direkt hilft, würde ich lieber unterstützen als die vorliegende Lösung, die in erster Linie den Vermieter*innen zugutekommt. Zumindest erlaubt es diese Vorlage, den Be-

treiber*innen von kleinen Gewerbebetrieben bei der Bewältigung ihrer Fixkostenlast zu helfen, sofern sie mit ihren Vermieter*innen eine Einigung finden. Aus diesem Grund stimme ich dieser Vorlage zähneknirschend zu. Den Anträgen zur Verbesserung der Vorlage von GB/JA! und Tom Berger stimme ich ebenfalls zu.

Ursina Anderegg (GB): Ich danke Nora Krummen für dieses Votum. Sie hat sich offenbar vertieft mit unseren Anträgen auseinandergesetzt. Aber die Haltung ihrer Parteikolleg*innen erstaunt uns doch sehr: Uns irritiert die Weigerung der Fraktion SP/JUSO, sich inhaltlich mit den Eckpunkten der Vorlage auseinanderzusetzen. Sie lehnen unsere Planungserklärungen pauschal ab, ohne dazu Stellung zu nehmen. Dabei war es doch die SP/JUSO, die dafür gesorgt hat, dass die Corona-Notunterstützung für die heutige Sitzung traktandiert wurde. Wir finden es fraglich, wieso ein Geschäft im Rat traktandiert wird, wenn die Diskussion über die Eckpunkte laut dem Sprecher der Fraktion SP/JUSO in der Vernehmlassung stattfinden soll. Wir finden, der Stadtrat hat seine Verantwortung wahrzunehmen. Der Gemeinderat legt einen Vorschlag vor, jetzt ist es an uns, ihm weitere Vorschläge mit auf den Weg zu geben. Ich hoffe, dass einige Mitglieder der SP/JUSO dem Beispiel von Nora Krummen folgen und ihre Verantwortung wahrnehmen.

Johannes Wartenweiler (SP): Normalerweise verhält es sich so, dass in den Fraktionen über die Anträge der anderen Fraktionen diskutiert werden kann. Bei dieser Vorlage hatten wir keine Gelegenheit dazu. In diesen Situationen neigen wir grundsätzlich dazu, die betreffenden Anträge abzulehnen. Ich habe in meinem Votum gesagt, dass wir keine inhaltliche Diskussion über die Anträge der Fraktion GB/JA! führen wollen. Ich habe auf die laufende Vernehmlassung hingewiesen, weil dies die richtige Plattform ist, um über inhaltliche Fragen zu diskutieren. In diesem Sinne weise ich den Vorwurf, wir würden uns aus der Verantwortung stehlen, zurück.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: Danke für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Ich danke vor allem auch der SBK für die in kurzer Frist geleistete, intensive Arbeit. Ich danke dem Referenten, der sich kurzfristig, wohl übers Wochenende, mit dieser Vorlage auseinandergesetzt hat. Mein Dank geht auch ans Wirtschaftsamt und an das Generalsekretariat der PRD, die diese Vorlage unter Zeitdruck erarbeitet haben. «Druck» ist das richtige Stichwort, denn es trifft zu, dass der Druck des Stadtrats den Gemeinderat dazu bewogen hat, eine Vorlage für eine Corona-Notunterstützung auszuarbeiten. So funktioniert die Stadt der Teilhabe: Wenn der Stadtrat wünscht, dass etwas getan wird, dann tun wir das auch. Es ist nicht so, dass wir in Gutsherrenmanier nur das tun, was wir wollen. Wir hören Ihnen durchaus zu. Diese Vorlage ist aus dem Zusammenwirken des Stadtrats mit dem Gemeinderat entstanden. Ich finde es nach wie vor schwierig, in diesem Umfeld eine gute Vorlage zu produzieren, da es sich um ein sehr dynamisches Umfeld handelt. Die Dinge bewegen sich schnell. Der Bundesrat wird voraussichtlich morgen seine Verordnung anpassen und die Limite bei der Härtefallregelung auf 50 000 Franken reduzieren. Es ist und wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein, die städtische Verordnung, an deren Weiterentwicklung wir noch arbeiten, so in dieses dynamische Umfeld einzupassen, dass die gewünschten Effekte erzielt werden. Wir werden unser Bestes geben.

In der Debatte gibt vor allem die Frage – Warum ein Mietzins-Modell? – zu reden. Verschiedene Gründe sprechen für dieses Modell mit der Mietzinsunterstützung: Wir wollten ein einfaches Veranlagungsverfahren und das haben wir mit diesem Modell gefunden. Die Stadt bezahlt die Hälfte des Mietzinsverlustes, respektive wird der Mietzinsverlust durch die Stadt verdoppelt. Ein noch ungelöstes Problem ist, ob die Stadt mit ihrer Hilfe komplementär wirkt. Über das Mietzins-Modell können wir unsere Mittel auf einen Schlag verdoppeln. Wir wollen

nicht den Betrieben helfen, die mit ihren Vermieter*innen eine Lösung finden konnten, sondern diejenigen, welche noch keine Lösung gefunden haben. Aus diesem Grund wurde die Periode von November 2020 bis März 2021 gewählt, die Unterstützung soll nicht rückwirkend ausbezahlt werden. Würden die Leistungen der Stadt auch für die Zeit des Lockdowns im Frühling ausgerichtet, würde genau das geschehen, was sie kritisieren. Dieses Spiel ist abgeschlossen: Entweder die Betroffenen konnten einen Mietzinserslass erwirken oder sie versuchen, eine gerichtliche Lösung herbeizuführen. Jetzt würde die Stadt nur noch denen Gelder nachwerfen, die entweder nicht zahlen wollten oder bereits bezahlt haben. Der Antrag von Tom Berger geht in die falsche Richtung, weil dadurch Mitnahmeeffekte kreiert würden. Die Probleme vom letzten Frühling sind überall gelöst; zwar nicht in allen Fällen wirtschaftlich gelöst, aber die diesbezüglichen Auseinandersetzungen haben stattgefunden. Um keinen Mitnahmeeffekt zu erzeugen, sollte auf rückwirkende Hilfeleistungen verzichtet werden. Die Frage, was mit den Geschäftsleuten geschieht, die sich mit ihrer Vermieterschaft nicht einigen können, wurde mehrfach aufgeworfen: In solchen Fällen bedeuten die städtischen Hilfeleistungen einen Anreiz. Die Kulturbetriebe, Bars und Clubs sind schon im Lockdown, bald trifft es auch wieder die Gastronomie. Bei Unternehmen, die ihre Tätigkeit einstellen mussten, ist die Situation rechtlich klar, im Sinne, dass die Vermieterschaft ihnen etwas schuldet. Die Situation ist aber auch für die Betriebe schwierig, die nicht im Lockdown sind, sondern die indirekt von der Krise betroffen sind, beispielsweise Firmen in der Eventbranche, die keine Aufträge mehr bekommen. Diesen Betrieben wollen wir helfen. Sie erhalten von ihren Vermietern keine Hilfe, weil sie vielleicht einen Lagerraum mieten, der nach wie vor gleichermassen genutzt wird. Sie haben keine rechtliche Grundlage, um eine Mietzinsreduktion zu erlangen. Ihnen wollen wir helfen, indem wir in Fällen, in denen der Vermieter eine Reduktion zugesteht, diesen Betrag verdoppeln und somit dem betreffenden Gewerbebetrieb doppelt helfen. Wir wollen einen Anreiz schaffen und durch unseren Einsatz die Hilfe verdoppeln. Deswegen haben wir diesen Weg gewählt, den wir für den richtigen halten. Praktisch jeder Betrieb hat mit den Fixkosten einen Aufwand zu leisten, der ihn in diesen Zeiten plagt. Die städtische Lösung erlaubt es, den Betrieben zu helfen, die nicht automatisch eine Mietzinsreduktion bekommen. Der Stadtrat will eine Hilfe, die sich vor allem an kleine Betriebe richtet. Die Unterstützung ist plafoniert: Es sind 3500 Franken pro Monat, beziehungsweise total 17 500 Franken pro Betrieb. Solche Beträge helfen den Kleinbetrieben mehr als zum Beispiel einem Einkaufszentrum, das eine Monatsmiete von 120 000 Franken bezahlt.

Der Gemeinderat unterstützt die Anträge der SBK. Diese Idee, die dazu dient, das Verfahren zu beschleunigen, kommt ursprünglich von Tom Berger, dem ich dafür danke. Wie gesagt, wir waren unter Zeitdruck und die Verwaltung sah keine Möglichkeit, dem Stadtrat bis heute ein fertiges Reglement vorzulegen. Also entschieden wir uns, Ihnen zunächst das Konzept vorzulegen, das Reglement sollte in einem zweiten Schritt folgen. Die nächste Sitzung der SBK findet aber erst im Februar 2021 statt, diese Frist ist allzu lang. Tom Berger brachte die Idee ein, dass der Stadtrat den Kredit schon jetzt genehmigen kann und das Reglement später nachgereicht werden soll. Das machen wir gerne. Wir hätten uns nicht träumen lassen, dass der Stadtrat die Leine dermassen locker lässt. Die Verordnung liegt in den Grundzügen vor und wurde in die Vernehmlassung geschickt. In der Beratung in der Kommission wurde gefragt, ob wegen der Referendumpflicht eine Kreditsumme von 5 Mio. Franken festgelegt worden sei. Dem ist nicht so, denn es handelt sich um einen Nachkredit. Dieses wunderbare Instrument in unserem Finanzhaushaltrecht sieht vor, dass Nachkredite in unbeschränkter Höhe in die Kompetenz des Stadtrats fallen. Das Parlament ist bei Nachkrediten ganz mächtig. Die Nachfinanzierung der Pensionskasse konnte der Stadtrat mittels eines Nachkredits von circa 13 Mio. Franken gewährleisten. Es wäre also auch ein grösserer Betrag denkbar; dies ist nicht als Einladung gemeint. Die Summe von 5 Mio. Franken lässt sich auch in finanzpolitischer Hinsicht, mit Rücksicht auf den städtischen Finanzhaushalt, verantworten, was bei viel

grösseren Beträgen nicht der Fall wäre. Die Anträge respektive Planungserklärungen der Fraktion GB/JA! bauen auf der Verordnung auf, die im Entwurf vorliegt. Das in Antrag 6 vorgeschlagene Beratungsangebot ist zwar sympathisch, dürfte jedoch mit einigem Aufwand verbunden sein. Wir wollen das Verfahren beziehungsweise den Verwaltungsaufwand möglichst einfach halten, deswegen gilt die Selbstdeklarationspflicht. Ein Beratungsangebot aufzubauen, wäre eine zu anspruchsvolle Aufgabe. Allerdings wollen wir – wie in Antrag 7 formuliert – die Unterstützungsmassnahmen breit bekannt machen und möglichst alle Stellen mit den nötigen Unterlagen ausrüsten. Alle Organisationen und Stellen, die mit den Gewerbebetrieben arbeiten, sollen die Informationen erhalten und verbreiten. Dem Antrag 8 stehen wir jedoch kritisch gegenüber. Wir möchten, dass die noch einzusetzende Kommission respektive Veranlagungsbehörde mittels eines einfachen Verfahrens arbeiten kann. Es sollte nicht die Aufgabe der Stadt sein, die Unterlagen in zehn Sprachen zu übersetzen und Beratungen zu leisten. Wir hoffen darauf, dass die Wirtschafts- und Branchenverbände die nötige Beratung und Unterstützung leisten werden. Dass eine Hotline eingerichtet wird, wie in Antrag 9 gefordert, ist eine Selbstverständlichkeit. Antrag 10 verlangt, den Schwellenwert für die nötige Umsatzeinbussen auf 20 % zu senken: Wir haben uns für 40 % entschieden. Umsatzeinbussen von 20 % können im Rahmen konjunktureller Schwankungen auftreten, die meisten Gewerbebetriebe sind in der Lage, einen kurzfristigen Umsatzrückgang von 20 % aufzufangen. Brechen jedoch 40 % des Umsatzes weg, wird die Lage kritisch. Wir wollen Geschäfte unterstützen, denen die Krise schadet, nicht solche, die eine normale konjunkturelle Schwankung durchmachen. Wer Umsatzeinbussen von 40 % oder mehr verzeichnet, braucht unsere Hilfe wirklich. Belassen Sie diesen Schwellenwert bitte bei 40 %. Zu Antrag 11: Seit dem Sommer erstatte ich in der AK regelmässig über die Entwicklungen bei der Bewältigung der Folgen von Corona in der Stadt Bericht. Die AKO informiere ich regelmässig über die Fortschritte des Fusionsprojekts. Selbstverständlich werde ich auch der SBK gerne über den Verlauf des Hilfsfonds Bericht erstatten. Eine Bitte habe ich jedoch: Lassen Sie uns direkt Auskunft geben und Ihre Fragen beantworten. Verlangen Sie bitte nicht, dass die Verwaltung schriftliche Berichte verfasst. Wir erstatten Ihnen gerne mündlich Bericht und geben Ihnen auch gerne Einblick in die Unterlagen. Zum Antrag 12 von Tom Berger habe ich mich schon geäussert: Eine solche Regelung erzeugt Mitnahmeeffekte, dadurch kämen wir dem nahe, was Eva Gammenthaler als Unterstützung der Vermieterschaften bezeichnet hat. Ich verstehe die Motivation des Antragsstellers, er argumentiert aus der Sicht der Clubs. Wir helfen den Clubs ab jetzt, für einen Zeitraum von fünf Monaten. Die Zustimmung zu diesem Antrag würde dazu führen, dass der Hilfsfonds innert kurzer Zeit aufgebraucht wäre, obschon die Folgen des Lockdowns im Frühjahr weitgehend bewältigt sind. Wir wollen in der Gegenwart wirksame Massnahmen ergreifen, nicht Vergangenheitsbewältigung betreiben. Bitte stimmen Sie dieser Vorlage zu. Abschliessend kann ich Sie darüber informieren, dass der Grosse Gemeinderat von Ostermundigen der Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern zugestimmt hat. Mit 51 Ja- zu 2 Nein-Stimmen hatte der Stadtrat die Latte hoch angelegt, aber Ostermundigen übertraf dieses Resultat: Die Abstimmung ging einstimmig, mit 30 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen, zugunsten der Fusionsverhandlungen aus.

Beschluss

3. Antrag 1 SBK ist zurückgezogen.
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 2 SBK zu. (65 Ja, 2 Nein) *Abst.Nr. 013*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 3 SBK zu. (65 Ja, 1 Nein) *Abst.Nr. 014*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 4 SBK zu. (65 Ja, 1 Nein) *Abst.Nr. 015*
7. Antrag 5 SBK ist zurückgezogen.
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 GB/JA! ab. (26 Ja, 41 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 017*
9. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 7 GB/JA! zu. (37 Ja, 28 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 018*

10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 GB/JA! ab. (21 Ja, 42 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 019*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 GB/JA! ab. (19 Ja, 40 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 020*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 GB/JA! ab. (26 Ja, 38 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 021*
13. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 11 GB/JA! zu. (35 Ja, 31 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 022*
14. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 12 Berger zu. (41 Ja, 22 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 023*
15. Der Stadtrat stimmt der bereinigten Vorlage zu. (63 Ja, 3 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 024*

2020.SR.000342

13 Dringliche interfraktionelle Interpellation SP/JUSO, GFL/EVP, SVP (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Alexander Feuz, SVP): Wie löst die Stadt Bern die Problematik der Schulumknappheit im Schulkreis Länggasse-Felsenau rasch?

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht. (40 Ja, 22 Nein, 4 Enthalten) -

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Diese Abstimmung hatte konsultativen Charakter. Da die Beratung zu diesem Geschäft länger als 30 Minuten dauert, vertagen wir die Diskussion auf den Januar 2021. Der neue Stadtrat wird dieses Traktandum behandeln.

Rede der Stadtratspräsidentin zum Jahresende

Präsidentin *Barbara Nyffeler*: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, des Stadtratsjahrs 2020 und der Legislatur 2016 bis 2020. In normalen Zeiten würden wir jetzt in einen Extra-Bus von Bernmobil einsteigen oder auch per Velo nach Bethlehem fahren, und zwar ins Wohnheim Acherli. Es war vorgesehen, dass dort ein Apéro und ein gutes Nachtessen serviert werden, auch vegan. Wir hätten zusammen sein können, aber eben: 2020 ist kein normales Jahr.

Ich habe in diesem Jahr viel geredet, aber kaum etwas gesagt; schenken Sie mir deshalb jetzt für ein paar Minuten Ihre Aufmerksamkeit. Ich sage nicht: «Ich fasse mich kurz», weil das Reglement keine vorgeschriebene Redezeit für die Abschlussrede vorgibt. Ich verspreche jedoch, dass ich mich bei der Eröffnung im Januar 2021 kurzhalten werde.

Abschiessen heisst zunächst einmal, Abschied zu nehmen, Adieu und «Uf Wiederluege» zu sagen. Ich beginne mit den Verabschiedungen aus dem Stadtrat. Wir müssen 20 Stadträtinnen und Stadträte verabschieden. Ich rufe die Betreffenden in alphabetischer Reihenfolge auf, nicht nach Dienstalter:

Devrim Abbasoglu-Akturan (GB), Sophie Achermann (GB), Oliver Berger (FDP), Michael Burkard (GFL), Joëlle de Sépibus (GFL), Bernhard Eicher (FDP), Barbara Freiburghaus (FDP), Ueli Fuchs (SP), Lionel Gaudy (BDP), Hans Ulrich Gränicher (SVP), Thomas Hofstetter (FDP), Matthias Humbel (GFL), Irène Jordi (GLP), Marieke Kruit (SP), Peter Marbet (SP), Daniel Michel (SVP), Szabolcs Mihalyi (SP), Patrizia Mordini (SP), Niklaus Mürner (SVP) und Johannes Wartenweiler (SP). Sie haben alle im Stadtrat mitgearbeitet; einige viele Jahre lang, andere weniger lang. Der Stadtrat war Teil Ihres Lebens. Leider kann ich hier nicht die politische Arbeit von Ihnen allen würdigen. Danke für das Verständnis.

Zwei Stadtratsmitglieder möchte ich besonders erwähnen, weil sie sehr lange im Stadtrat mitgemacht haben:

Bernhard Eicher ist seit dem 5. Dezember 2007 dabei. Seinen ersten Vorstoss reichte er im Januar 2008 ein. Es handelte sich um folgendes Postulat: Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): «Heimstätte für Drogenabhängige». Diesem folgten viele weitere Vorstösse, die

Bernhard Eicher einreichte oder miteinreichte. Die Liste auf der Webseite des Stadtrats reicht über vier Seiten. Die Themen, mit denen Sie sich beschäftigen, variieren: Früher waren Ihnen Minergie, der Botanische Garten oder «Gartenwirtschaften» grosse Anliegen. – Das ist heute ein nostalgischer Begriff, heute geht es mehr um die Gastrokultur und um Pop-ups. Später folgten eher klassische bürgerliche Themen zu Steuern, Finanzen, Wirtschaft und Verkehr. Lieber Bernhard Eicher, Sie waren ein sehr präsender Stadtrat. Man kann sich kaum vorstellen, wie es ohne Sie sein wird. Sie waren immer sehr gut vorbereitet und pointiert in Ihren Aussagen, im direkten Kontakt immer korrekt, humorvoll und kompromissfähig. Merci!

Applaus im Saal.

Noch länger als Bernhard Eicher war Patrizia Mordini im Stadtrat, nämlich seit dem 28. April 2005. Ihre Themen waren: Gleichstellung, Frauenrechte, Lohngleichheit, Service public oder die Rechte der Migrationsbevölkerung. Sie haben sehr engagiert mitdiskutiert und pointiert entschieden, und Sie haben auch Emotionen eingebracht. Ein Postulat erwähne ich besonders, das Sie 2016 eingereicht haben: Postulat Patrizia Mordini (SP), Christa Ammann (AL), Melanie Mettler (GLP), Daniela Lutz-Beck (GFL): «Für ein abwechslungsreiches Menüangebot mit tierischen und pflanzlichen Gerichten!». Das und die anderen Themen, die ich erwähnt habe, zeigen auf, dass Sie neue und wichtige Themen früh aufgenommen haben, die heute selbstverständlich sind. Merci!

Applaus im Saal.

Patrizia Mordini und Bernhard Eicher stehen an verschiedenen politischen Polen. Sie haben aber auch eine Gemeinsamkeit, nämlich die Liebe zur Kultur und zur Musik. Mit Ihnen verlassen die beiden letzten Aktivmitglieder der Band «Fraktionszwang» den Stadtrat. Nun haben Sie mehr Zeit für Ihre eigenen Interessen: Patrizia Mordini für Kulturveranstaltungen und Konzerte – wenn sie denn wieder stattfinden. Bernhard Eicher kann seine Lieblingsorte häufiger aufsuchen und uns darüber berichten.

Folgende Klammerbemerkung: Wer von den aktuellen Stadratsmitgliedern war schon in den Nuller-Jahren dabei? – Mit einem Unterbruch sind es Erich Hess und Ueli Jaisli, ohne Unterbruch ist es Manuel C. Widmer, unser neuer Alterspräsident.

Nachträgliche Ergänzung durch die Stadratspräsidentin: «Zu den langjährigen Mitgliedern des Stadtrats gehört – nebst den namentlich erwähnten - auch Hans-Ulrich Gränicher, SVP. Er ist erstmals im Februar 1992 in den Stadtrat eingetreten und gehörte ihm bis Ende 2004 an. Er trat am 15. August 2013 erneut in den Stadtrat ein und ist seit dem 3. Mai 2018 ununterbrochen Mitglied des Stadtrats. Die Stadratspräsidentin entschuldigt sich für dieses Versehen.»

Liebe scheidende Stadträtinnen und Stadträte, wir können heute nicht feiern, trotzdem möchte ich Ihnen etwas mitgeben: eine kleine Wegzehrung für den neuen Abschnitt. Stadtrat oder Stadträtin zu sein, ist oft hart und trocken, verlangt Ausdauer und Biss. Ist ein Geschäft einmal gut durchgekaut, schmeckt es im Nachhinein doch irgendwie gut und süss, wie wir es soeben mit dem Geschäft zum Hilfsfonds erlebt haben. Ich gebe allen, die nächstes Jahr nicht mehr dabei sein werden, einen Haselnusslebkuchen mit auf den Weg. Sie finden Ihren persönlichen Lebkuchen vorne auf dem Tisch, bitte nehmen Sie ihn mit. Denen, die heute nicht persönlich anwesend sind, werden die Lebkuchen nachgesendet. Nochmals vielen Dank und einen Applaus für alle, die nächstes Jahr – freiwillig oder unfreiwillig – nicht mehr dabei sein werden.

Applaus im Saal.

Wir verabschieden uns heute auch von Gemeinderätin Ursula Wyss. Sie war während der letzten acht Jahre Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün. Ursula Wyss, Sie sind eine Frau, die die Politik früh und konsequent zu ihrem Beruf gemacht hat. So haben Sie auch die Arbeit als Gemeinderätin verstanden: als Beruf, nicht als Amt. Sie wollten gestalten, nicht verwalten. Sie haben von Beginn an über die Stadtgrenzen hinausgeschaut. Ihre Welt hat sich nicht nur zwischen dem Loryplatz, dem Breitenrain, dem Marzili oder dem Wankdorf Stadion abgespielt. Sie haben welt- und europaweite gesellschaftliche Veränderungen von Beginn an beobachtet und Sie haben neue Bedürfnisse frühzeitig erkannt, benannt und in Lösungen für die Stadt Bern umgesetzt. Beharrlich und zäh; Ihnen war es ernst, Sie haben nicht nur darüber geredet. Ihnen waren die Ergebnisse wichtiger als die eigene Beliebtheit. Sie waren keine Gemeinderätin zum Anfassen. Sie haben Angriffsflächen geboten, vor allem wegen Ihrer Verkehrspolitik. Mit Ihrem Commitment, dass der Stadtraum für die Menschen da sein soll, die hier leben, und dass der öffentliche Raum gestaltbar ist, waren Sie wohl für viele Leute zu früh und zu frisch. Sie haben sich auf Sie als Politikerin und als Person eingeschossen: Verbandsvertreter, Journalisten, Leserbriefschreiber und Kommentatoren – um hier für einmal nur die männlichen Formen zu benutzen –; manchmal ging es weit über die Schmerzgrenze hinaus. Jetzt gehen Sie. Vielleicht wünschen sich einige Bernerinnen und Berner, dass nun alles wieder wie früher wird: Keine Politik mehr für den Velo- und Fussverkehr, dafür wieder mehr Parkplätze auf Trottoirs und auf Plätzen und natürlich flächendeckend Tempo 50. Auch soll es weniger «Luxuszeugs» wie farbige Stühle, Kisten für Urban Gardening usw. geben. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Bevölkerung auf den Geschmack gekommen ist. Die roten Stühle werden im Stadtbild erhalten bleiben, weil sie praktisch sind, bequem und auch irgendwie chic. Liebe Ursula Wyss, Sie brechen nun in ein neues Leben auf. Wir wünschen Ihnen alles Gute dafür. Ich möchte Ihnen ein Buch mit auf den Weg geben: «1000 Places to See Before You Die». Und natürlich gibt es für Sie auch einen feinen Haselnusslebkuchen, hergestellt von einem Berner KMU. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Applaus und Standing Ovarions für Ursula Wyss.

Ursula Wyss geht, vier Gemeinderatsmitglieder bleiben. Ich will auch dem Gemeinderat und dem Stadtpräsidenten danken. Sie haben uns in diesem Jahr mit einer Flut an Geschäften gefordert und wir Sie mit vielen Vorstössen und Anfragen. Manchmal haben wir nicht so getan, wie Sie wollten, und auch umgekehrt. Deswegen möchte ich Ihnen auch je einen Haselnusslebkuchen geben. Und damit Sie in den nächsten vier Jahren den Halt und die Orientierung nicht verlieren, liegen kleine Kompassse mit Karabinerhaken bei. Vielen Dank!

Applaus im Saal.

Erlauben Sie mir zum Schluss ein paar Worte in eigener Sache: 2020 war ein ausserordentliches Jahr. Das haben wir uns nicht so ausgesucht. Ende Februar tauchte das neue Virus auch in Bern auf. Im Vorfeld der Sitzung vom 12. März 2020 – es war die letzte im Rathaus – waren das Ratssekretariat und ich nicht sicher, ob sie überhaupt durchgeführt werden darf oder besser abgesagt werden soll. Am Freitag 13. März 2020 ging die Schweiz erst in einen halben, am Montag dann in den totalen Lockdown. Im Moment scheint es wieder in dieselbe Richtung zu gehen. Am Anfang dachten wir noch, es sei nur ein böser Traum, in ein paar Wochen werde alles vorbei sein und es werde wieder Normalbetrieb herrschen: Wir treffen uns im Rathaus und nach den Sitzungen im «Volver» oder in einem anderen Restaurant. Aber es kam anders.

Die «Berner Zeitung» bezeichnete mich vor ein paar Wochen als «rustikale Umzugsmanagerin». Das trifft es nicht schlecht. Meine Vorgängerinnen und Vorgänger im Präsidium mussten sich nicht mit solchen Fragen betreffend das Vorgehen und die Logistik befassen. Ich selbst stand seit März 2020 eher auf der pessimistischen Seite, meinem Naturell entsprechend. Ich versuchte immer, ein paar Wochen vorzudenken und zu überlegen, was in naher Zukunft sein wird. Ich orientierte mich nicht nur an den tagesaktuellen Zahlen. Leider kam es so, wie ich befürchtet hatte. Ich weiss, Sie waren mit meinen Entscheiden nicht immer einverstanden. Das haben Sie mir auch mitgeteilt, im Sinne von: «Ich kann überhaupt nicht verstehen, weshalb wir noch hier tagen ... ». Ich sei wenig innovativ, unkreativ, nicht dynamisch, so wurde mir gesagt. Ich kann damit leben. Es ist okay. Weil: Mit Distanzregeln, Gesichtsmasken und Zoom-Sitzungen kann man nicht wirklich miteinander sprechen. Anders als im Rathaus sass ich immer weit entfernt vom Stadtrat, mir fehlte es, dass wir uns mit Mimik und Zeichensprache verständigen konnten. Das funktioniert nicht, weil die Distanz zwischen uns in der Sporthalle Wankdorf oder in der Festhalle zu gross ist. Der persönliche Austausch und das direkte Gespräch unter uns Stadträtinnen und Stadträten kam jeweils zu kurz. Es gab aber auch andere Rückmeldungen, von Leuten, die eher ängstlich waren und dazu tendierten, Sitzungen ausfallen zu lassen, respektive strengere Vorgaben wünschten. Es ist eine Gratwanderung: Entweder man macht es denen oder jenen recht oder am Ende niemandem. Darum haben mich die unterstützenden und aufmunternden Rückmeldungen, die ich auch erhielt, besonders gefreut. Ich habe nach gefühlten 50 Jahren auch wieder einmal eine Tafel Militärschokolade erhalten.

Trotz aller Unsicherheiten haben wir es geschafft. Ab Mitte Mai konnten wir einen intensiven Stadtratsbetrieb durchziehen. Wir froren gemeinsam im Wankdorf, hatten aber zumindest ein Dach über dem Kopf und eine funktionierende Infrastruktur. Die hohe Kadenz an Sitzungen und Geschäften haben wir bewältigt, dank Ihrer Leistungsbereitschaft. Das haben die Berner*innen positiv gewürdigt: Die Abstimmungsgeschäfte fanden gute Mehrheiten, auch das Budget 2021. Dafür möchte ich vielen Leuten danken, in ungeordneter Reihenfolge:

Den Mitarbeiter*innen des Ratssekretariats für die Geduld, immer wieder neu zu planen, meistens in drei Varianten an drei verschiedenen Orten, dann wieder alles umzustellen, und auf die Ideen und Vorgaben der Präsidentin einzugehen, auch wenn man es noch nie so gemacht hat. Ein besonderer Dank geht an Cornelia Stücker. Sie hat mit Gleichmut und Geduld unermüdlich die Redepulte desinfiziert. Das ist in ihrer Stellenbeschreibung sicher nicht enthalten. Danke vielmals!

Applaus im Saal.

Ein Merci geht auch an das Team von «Spinner Konferenztechnik» und ein grosser Dank an die Stadtkanzlei, mit der ich in der Zeit von März bis Juni 2020 intensiv zusammenarbeitete. Den Präsident*innen der Fraktionen danke ich für den guten Austausch und die konstruktive Unterstützung. Wir konnten uns ab April – als viele noch nicht wussten, was das ist oder wie man das schreibt – per Zoom miteinander austauschen. Und ich konnte weitere grundsätzliche Entscheidungen, wie es weitergehen soll, mit ihnen abgleichen. Dieser Austausch hat sich bewährt und sollte weiterhin gepflegt werden, indem das Gefäss der Fraktionspräsidienkonferenz gut genutzt wird. Ich danke auch den Kolleg*innen des Ratsbüros. Wir hielten in diesem Jahr ungefähr dreimal so viele Sitzungen ab, wie vorgesehen waren. Von den Zirkularbeschlüssen reden wir gar nicht. Danke Kurt Rüeegsegger, Manuel C. Widmer, Irène Jordi und Nadja Kehrl-Feldmann, ohne Ihre Mitarbeit hätten wir dieses Stadtratsjahr kaum durchgebracht. Ich danke auch allen Stadträt*innen fürs Mitmachen und für den Pragmatismus, den Sie an den Tag legten, indem Sie die Rahmenbedingungen akzeptierten. Vielen Dank!

Die aktuelle Stimmung erinnert an diejenige im März. Als ich Mitte März durch die Gerechtigkeitsgasse ging, las ich bei einem Geschäft, das schliessen musste, einen Zettel, auf dem von Hand geschrieben stand: «Liebe Kundinnen und Kunden, niemand hat uns versprochen, dass das Leben ein Spaziergang wird. Wir hoffen auf gute Lösungen und Leben für Alle. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen».

So, nun höre ich auf. Das Stadtratsjahr und die Legislatur gehen nicht mit einem Fest, sondern leider sang- und klanglos zu Ende. Noch vor 14 Tagen dachte ich, dass eine Musik aufspielen könnte. Es gibt einen «Apéro pauvre» aus der Tüte. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage im kleinen Kreis. Ich freue mich auf das nächste Jahr und auf bessere Zeiten. Bleiben Sie gesund! Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen. Und ganz zum Schluss will ich doch noch sagen, dass es für mich ein wunderbares Wahnsinnsjahr war. Merci!

Applaus und Standing Oventions für Barbara Nyffeler.

Marieke Kruit (SP): Liebe Barbara Nyffeler, zu Ihrem Abschied möchte ich im Namen aller Fraktionen kurz ein paar Worte sagen. Das ist nicht üblich, aber was ist in diesem Jahr denn schon normal? – Sie haben es gesagt, ein spezielles und schwieriges Jahr geht zu Ende. Es war von Corona geprägt und von vielen Unsicherheiten, Befürchtungen und Ausnahmesituationen begleitet. Aus diesem Grund konnten Sie fast keine öffentlichen Anlässe besuchen oder die Stadt Bern an Anlässen repräsentieren. Es waren viel Flexibilität, Improvisationstalent, Voraus- und Umplanen nötig. Sie haben diese Aufgabe mit Bravour gemeistert. Alle Ratsmitglieder danken Ihnen herzlich für Ihr grosses Engagement, für Ihre Weitsicht und dafür, dass Sie die Übersicht und Ruhe bewahrt haben. Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Jahr. Hoffentlich haben Sie die Gelegenheit, mit Ihrer Familie Zeit zu verbringen. Für Speis und Trank haben wir gesorgt – in Form von Gutscheinen. Herzlichen Dank!

Applaus im Saal. Barbara Nyffeler bedankt sich.

Traktandenliste

Die Fortsetzung der Beratung zu Traktandum 13 wird auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Postulat Oliver Berger, Dolores Dana (FDP): Sicherstellung ausgewogener Mietermix in städtischen Liegenschaften
2. Postulat Oliver Berger (FDP): zweckmässige Alternativrouten zu Bahnhofdurchfahrt entwickeln
3. Postulat Oliver Berger (FDP): Bessere und effizientere ÖV-Erschliessung von Berns Südwesten
4. Postulat Michael Burkard (GFL), Fuat Köçer (SP), Mohamed Abdirahim (JUSO), Brigitte Hilti-Haller (GFL), Tabea Rai (AL), Marianne Schild (GLP): Pilotprojekt mit anonymen Bewerbungsverfahren in der Stadtverwaltung
5. Motion Oliver Berger (FDP): Förderung kombinierter Mobilität: (Aus)Bau von P+R Anlagen vor den Toren Berns
6. Kleine Anfrage Michael Burkard (GFL), Manuel C. Widmer (GFL): Wann kommt die Information über die Oberstufenzentren?
7. Kleine Anfrage Marcel Wüthrich (GFL): Das Zeitfenster für eine Alternativplanung von «Zukunft Bahnhof Bern Stadt» (ZBBS) nutzen!
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Janosch Weyermann, SVP): Stecket den Zun nicht zwyt, Herr Schultheiss!
9. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Michael Burkard (GFL) und Thomas Glauser (SVP): BEA EXPO und Trainingsplätze YB: Was gilt? Wem wurde was von wem versprochen? Teil 1
10. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Michael Burkard (GFL) und Thomas Glauser (SVP): BEA EXPO und Trainingsplätze YB: Was gilt? Wem wurde was von wem versprochen? Teil 2
11. Kleine Anfrage Alexander Feuz (SVP), Michael Burkard (GFL) und Thomas Glauser (SVP): BEA EXPO und Trainingsplätze YB: Was gilt? Wem wurde was von wem versprochen? Teil 3

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 21.40 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

X

Barbara Nyffeler

Die Protokollführerin

X

Barbara Waelti